

Preußische Allgemeine

Nr. 6 · 12. Februar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Die anderen Corona-Opfer

Rund ein Jahr nach Beginn der Pandemie zeigen sich die furchtbaren Kollateralschäden des Lockdowns. Suizide und Selbsttötungsversuche nehmen dramatisch zu **Seite 2**



Essay Der Publizist Holger Fuß plädiert für ein neues Links-Sein **Seite 3**



Geschichte Vor 30 Jahren wurde die Visegrád-Gruppe gegründet **Seite 10**

„SCHNEEKATASTROPHE“

Deutsche Bahn im Lok-Down

Alle reden vom Wetter – und die Deutsche Bahn stellt ihre Arbeit ein. Die von den Meteorologen für vergangenen Sonntag, Montag und Dienstag vorhergesagte „Schnee- und Eiskatastrophe“ bot Anlass für einen totalen Lockdown des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs in den mittleren Teilen Deutschlands. Im nördlichen Großraum Hannover, der mitten im Zentrum des „Unwetters“ lag, genügten 15 Zentimeter Neuschnee, der binnen 48 Stunden fiel, dass der Bahn- und Busverkehr völlig eingestellt wurde.

Die Österreicher und Schweizer, die regelmäßig von solchen Schneefällen betroffen sind, hätten sich über dieses Verkehrschaos schlapp gelacht. Dort verkehren Züge und Busse bei noch größeren Schneemengen, und zwar pünktlich. Kurioserweise war am Montag ein von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) betriebener Zug von Zürich nach Hamburg der einzige ICE, der an diesem Nachmittag durch das betroffene Gebiet fuhr. Abgesehen von einigen Zügen der nicht bundeseigenen Bahngesellschaft Metronom stand alles komplett still.

Weil eine tatsächliche Schneekatastrophe wie 1978/79 in Norddeutschland ausblieb, erhielt das „Unwetter“ selbst in den Medien nur eine partielle Aufmerksamkeit. Doch die bundes- und landeseigenen Zugunternehmen machten sich gar nicht erst die Mühe, die Gleise von Schnee und Eis zu befreien. Mit ihrer Arbeitsverweigerung werden sie in diesem „Lok-Down“ für drastisch gesunkene Inzidenzzahlen sorgen – weil keiner reisen und keiner Corona weitertragen konnte. H. Tewes

LOCKDOWN

Glaubwürdigkeit der Regierung schwer erschüttert

Ein Geheimpapier enthüllt, wie das Innenministerium die „wissenschaftliche“ Begründung für die Corona-Zwangsmaßnahmen regelrecht bestellt hat

VON HANS HECKEL

Wer dies bloß einen Tag zu früh öffentlich für möglich gehalten hätte, wäre dem Vorwurf anheimgefallen, ein „kruder Verschwörungstheoretiker“ zu sein: Juristen haben das staatliche Robert-Koch-Institut (RKI) nach monatelangem Rechtsstreit zur Herausgabe eines Geheimpapiers des Bundesinnenministeriums (BMI) vom März 2020 gezwungen. Daraus geht hervor, dass BMI-Staatssekretär Markus Kerber Forscher darum gebeten hat, ein Modell zur Entwicklung der Corona-Infektionen zu erarbeiten, auf dessen Grundlage „Maßnahmen präventiver und repressiver“ Natur geplant werden könnten.

Das heißt also, dass die Politik „die Wissenschaft“, hinter der sie sich zur Rechtfertigung ihrer Zwangsmaßnahmen seit fast einem Jahr verschanzte, selbst dazu aufgefordert hat, das erwünschte Gutachten zu fabrizieren, das geeignet ist, die politisch ohnehin gewollten Maßnahmen zu legitimieren.

Die Reihenfolge ist entscheidend: Es waren also nicht die „Warnungen der Wissenschaft“, welche den Marsch in eine in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Aussetzung von Freiheitsrechten erzwungen haben. Es war umgekehrt die politische Führung selbst, welche jene Wissenschaftler erst beauftragt hat, das

gewünschte Szenario zu fabrizieren. Die Forscher haben in nur vier Tagen geliefert, was bestellt war: Ein „Worst-Case-Szenario“, nach dem mehr als eine Million Deutsche sterben würden, falls das Leben wie vor Corona fortgeführt würde.

Laut „Welt am Sonntag“ waren neben dem RKI weitere Einrichtungen wie das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), die Stiftung Wissenschaft und Politik sowie einige Universitäten beteiligt. Dabei ist zu beachten, dass beispielsweise das RKI, das seitdem die Federführung in der öffentlichen Pandemie-Einschätzung innehat, als Obere Bundesbehörde im Zuständigkeitsbereich des BMI firmiert. Das Institut ist damit direkt ins Geflecht der politisch geführten Regierungsbürokratie eingebunden.

Wie in diesem Geflecht mit Abweichlern verfahren wird, musste Stephan Kohn erfahren, dessen Fall vergangenes Frühjahr für Furore sorgte. Der Oberregierungsrat in der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz des Seehofer-Ministeriums (Referat KM4) hatte in einem umfangreichen Papier vor massiven Kollateralschäden der Corona-Zwangsmaßnahmen gewarnt. Die Maßnahmen könnten viel mehr Todesopfer fordern als die Krankheit selbst.

Kohn fühlte sich sicher, weil Horst Seehofer beim Amtsantritt als Bundesinnenminister seine Mitarbeiter ausdrück-

lich dazu ermuntert hatte, Offenheit zu zeigen und auch Widerspruch zu üben, wo ihnen dies sachlich geboten schien. Das Vertrauen in diese Ministerworte wurde Stephan Kohn jedoch zum Verhängnis. Nach Bekanntwerden seiner Warnung erging umgehend ein „Verbot zur Führung der Dienstgeschäfte“ gegen ihn. Er wurde öffentlich diffamiert, seine Ausführungen als „Privatmeinung“ heruntergespielt.

Mit der erzwungenen Veröffentlichung der geheimen BMI-Aufforderung erscheint die Affäre Kohn in noch grellerem Licht. Wie es jetzt aussieht, war der Oberregierungsrat mit seiner sachlichen Warnung – ohne es zu ahnen – einem Plan in die Quere gekommen, der schon bestanden hatte, bevor die wissenschaftliche Begründung dafür überhaupt geliefert war. Vor diesem Hintergrund wird auch die bemerkenswert harsche Reaktion von Kohns Dienstherrn erklärbar.

Als wie brisant das Ministerium jenes Papier einschätzte, wird auch daran sichtbar, dass es geheim gehalten wurde. Und tatsächlich: Für die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung ebenso wie des RKI bedeutet die erzwungene Veröffentlichung des Geheimpapiers eine glatte Katastrophe. Wer ohnedies vermutet hatte, dass die Regierung die Corona-Krise missbrauche, um lange vorher gehegte politische Pläne in die Tat umzusetzen, mag sich nunmehr bestätigt fühlen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Auswirkungen von Corona auf die Versicherten **Seite 4**

Kultur

Wie Museen mit digitalen Angeboten ihr Publikum bei Laune halten wollen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg wurde das Museum der Weltmeere erweitert **Seite 13**

Lebensstil

Wie der Corona-Lockdown den Handel mit Hundewelpen befördert **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Corona-Maßnahmen Möglicherweise ist die Zahl der Menschen, die den angeblich Leben rettenden Maßnahmen zum Opfer fallen, höher als die Zahl derer, die „an oder mit Corona“ sterben

Soziale Isolation, Existenzangst ...

Aus den mannigfaltigsten Gründen nehmen sich Menschen wegen der Corona-Maßnahmen das Leben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Tag für Tag sterben in Deutschland Menschen „an oder mit Corona“. Ebenso führen aber auch die Maßnahmen zum „Schutz der Bevölkerung“ vor dem Virus SARS-CoV-2 permanent zu Todesopfern. Genaue Zahlen erfahren die Bundesbürger indes nur im ersten Fall. Dahingegen schweigen sich die Regierung und ihr Expertenstab über die personellen Kollateralschäden durch Lockdowns, Soziale Distanz und Traumatisierung aufgrund ununterbrochener Katastrophenberichterstattung aus. Das betrifft auch die Zahl der Suizide hierzulande seit Ausrufung der Covid-19-Pandemie am 11. März 2020.

Im Mai 2020 erschien der Gesundheitsbericht der Bundesregierung, in dem sich detaillierte Angaben zu den Selbsttötungen im Jahre 2018 finden. Insofern wird man also noch bis zum Frühjahr 2022 warten müssen, um aus dieser Quelle Zahlen für das Corona-Jahr 2020 zu erhalten. Etwas schneller arbeitet das Statistische Bundesamt. Das will im September 2021 erste Daten über die Suizide von 2020 veröffentlichen, während diese für 2019 schon vorliegen.

2018 beendeten 9396 Personen ihr Leben bewusst und freiwillig; 2019 waren es 9041. Damit starben hierzulande mehr Menschen pro Jahr durch Selbsttötung als durch Verkehrsunfälle, Mord und Totschlag, illegale Drogen sowie HIV-Infektionen zusammen. Dazu kommt eine erhebliche Anzahl von Suizidversuchen, die in keiner bundesweiten Statistik auftauchen.

Suizidbereitschaft nimmt zu

Vieles deutet darauf hin, dass es 2020 eine signifikante Zunahme von Selbsttötungen gegeben hat und die Verhältnisse mit Beginn dieses Jahres keineswegs besser geworden sind. So mehren sich jetzt Wortmeldungen wie die des Regisseurs Thomas Bohn in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 13. Januar 2021. Darin ist von einem Suizid infolge von Existenzangst und fünf weiteren Fällen die Rede, in denen Künstler den gleichen Schritt erwägen. Dabei stehen wirtschaftliche Sorgen vermutlich nicht an erster Stelle, wenn Menschen in der Corona-Dauerkrise mit all ihren von oben verordneten



Setzt vielen, vor allem Älteren, zu: Einsamkeit als Folge von Maßnahmen zur räumlichen Distanzierung (social distancing)

Einschränkungen beschließen, aus dem Leben zu scheiden.

Für eine Zunahme der Suizidbereitschaft sorgt wohl vorrangig die soziale Isolation, die besonders alleinlebenden älteren Menschen, aber auch Heimbewohnern zu schaffen macht. Darüber hinaus hat sich das Krankheitsbild vieler psychisch angeschlagener Personen 2020 dramatisch verschlechtert, was insbesondere im Falle einer Depression fatale Folgen zeitigen kann. Diese Entwicklung resultiert neben den schon genannten Faktoren auch aus Lücken in der therapeutischen Versorgung während der Lockdowns sowie dem permanenten Stress infolge der Corona-Maßnahmen.

Für ganz Deutschland gibt es – wie schon erwähnt – noch keine belastbaren Zahlen, aber so doch wenigstens welche aus einzelnen Bereichen. Und die verheißten nichts Gutes. Beispielsweise meldete

die Feuerwehr Berlin im April 2020 eine Zunahme der Rettungseinsätze aufgrund von Suizidversuchen durch Einnahme von Überdosen antidepressiver Medikamente um 89 Prozent. Ebenso verzeichnete die Telefonseelsorge bundesweit deutlich mehr Anrufe aufgrund drängender Suizidgedanken. Aufschlussreiche Daten lieferten darüber hinaus die Justizbehörden von Nordrhein-Westfalen. Obwohl viel weniger Straftäter als 2019 einsaßen, ist die Zahl der gelungenen Suizide in den Haftanstalten des Landes von elf auf 23 gestiegen. Gleichmaßen alarmierend sind die Aussagen von Psychiatern am Klinikum Augsburg: 2020 habe man doppelt so viele Patienten wegen schwerer psychischer Probleme wie eben akuter Suizidalität aufnehmen müssen wie im Jahr zuvor; parallel hierzu sei es zu einer Zunahme der Selbsttötungsversuche innerhalb des Stadtgebietes von 80 auf 130 gekommen.

Allerdings stehen diesen Aussagen Behauptungen über rückläufige Suizidraten in der Corona-Krise gegenüber, wie sie unter anderem von den Wissenschaftlern des Frankfurter Projekts zur Prävention von Suiziden mittels Evidenz-basierter Maßnahmen, der Arbeitsgruppe Suizidforschung am Universitätsklinikum Dresden und dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz aufgestellt wurden. Abgesehen davon, dass nur das LKA in Mainz mit konkreten Zahlen aufwartete, die allerdings auch nicht das ganze Jahr 2020 abdecken, ist hier Skepsis angebracht. Die Theorie vom Rückgang der Suizidneigung in Krisenzeiten aufgrund einer Zunahme des gesellschaftlichen Zusammenhalts gilt keinesfalls für die Corona-Pandemie. Schließlich führte die erzwungene soziale Distanzierung zu einer Entfremdung zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen.

AUSLAND

Alarmierende Hinweise aus Asien und den USA

Ab dem August 2020 ist die Zahl der Selbsttötungen in Japan rapide angestiegen

Nur wenige Länder auf der Welt erfassen Suizide zeitnah und publizieren die entsprechenden Daten umgehend. Eines davon ist Japan. Und von dort wird Beklemmendes berichtet.

Zunächst gab es in Nippon 2020 keinen Anstieg der Selbsttötungen – bis diese im August plötzlich rapide zunahmen, sodass mit 1850 der Wert des Vorjahres-August um 15 Prozent übertroffen wurde. Im Oktober lag die Zahl dann schon bei 2153. Bis dahin waren rund 1800 Menschen an Covid-19 gestorben. Gleichzeitig registrierte man 13.000 Suizide. Unter den Toten waren besonders viele Schulkinder und Frauen. Dazu kamen mehrere prominente Schauspieler. Schockiert

hierüber hat die Regierung in Tokio den Fonds für die Suizid-Prävention eiligst um 40 Prozent aufgestockt.

Ähnliche Meldungen wie aus Japan kamen aus Südkorea, Thailand und Indien. In den USA wurde nach Beginn der Corona-Pandemie und der diversen Lockdowns im Lande ebenfalls eine Welle von Selbsttötungen beobachtet, während gleichzeitig der Alkohol- und Drogenkonsum neue Rekordwerte erreichte. Nach Schätzungen der US-Gesundheitsorganisation Well Being Trust könnte das alles zu 75.000 zusätzlichen Todesopfern führen. Welche unabsehbaren psychischen Folgen die Corona-Maßnahmen und die dadurch verursachte Vereinsa-

mung hervorzurufen vermögen, schilderten unter anderem die Mitarbeiter des John Muir Medical Center in der kalifornischen Stadt Walnut Creek in der San Francisco Bay Area auf eindringliche Weise. Der Leiter der Notaufnahme des Krankenhauses, Mike deBoisblanc, sagte im Mai 2020 in einem Furore machenden Interview mit dem Fernsehsender KGO-TV: „Wir haben in vier Wochen so viele Suizidversuche wie sonst in einem ganzen Jahr.“ Woraufhin die Krankenschwester Kacey Hansen ergänzte: „Soziale Isolation hat ihren Preis. Ich habe noch nie so viele selbst zugefügte Verletzungen gesehen.“ Und in Las Vegas im benachbarten Bundesstaat Nevada verzeichne-

„Wir haben in vier Wochen so viele Suizidversuche wie sonst in einem ganzen Jahr“

Mike deBoisblanc
Leiter der Notaufnahme des kalifornischen John Muir Medical Center im Mai 2020

ten die Behörden 19 Suizide von Jugendlichen seit Beginn der Schulschließungen im März 2020 – doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Deshalb denkt die Bezirksverwaltung nun darüber nach, nicht länger nur auf die Zahlen der Corona-Infizierten zu schauen, wenn es um die Beendigung des Lockdowns geht.

Einen Schritt weiter ist man diesbezüglich in Kalifornien. Der dortige Gouverneur Gavin Newsom hob die strikte Ausgangssperre am 25. Januar auf – acht Monate, nachdem der Arzt deBoisblanc angesichts der Zunahme an psychischen Störungen und Suiziden genau dies gefordert hatte.

VERNACHLÄSSIGT

Der Kampf gegen andere Krankheiten

Wie ein ungewollt an die Öffentlichkeit gelangtes Dokument aus dem Bundesinnenministerium besagt, könnten bereits der erste Lockdown im Frühjahr 2020 und die anderen damaligen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hierzulande zum Tode von bis zu 125.000 Menschen geführt haben. Schließlich starben ja nicht nur suizidal Veranlagte, die mit der Situation überfordert waren, sondern auch chronisch Kranke, Krebspatienten und andere gesundheitlich Gehandicapte aus dem Grunde, dass deren Versorgung streckenweise fast komplett zusammenbrach.

Allein zwischen März und Mai 2020 wurden acht von zehn geplanten operativen Eingriffen verschoben oder ganz abgesagt, darunter auch 50.000 Krebsoperationen. Gleichzeitig behandelten die Notaufnahmen der Kliniken ein Drittel weniger Patienten mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und ähnlichen Krankheitsbildern – offensichtlich scheuten die Betroffenen in leichteren Fällen den Weg ins Krankenhaus. Und das hat Konsequenzen, wie der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin, Andreas Gassen, bereits Anfang Juni 2020 konstatierte: „Ein verschleppter Herzinfarkt oder ein zu spät entdeckter Tumor sind in der Regel sehr viel folgenreicher als eine Corona-Infektion.“

Infolge des ersten Lockdowns entfielen auch bis zu 80 Prozent der Vorsorgeuntersuchungen oder wurden gefährlich lange hinausgezögert. Ebenso blieben jene Personen auf der Strecke, die eine intensive präventive Betreuung benötigten, zum Beispiel wegen Suchtproblemen, Essstörungen oder psychischen Erkrankungen. Niemand vermag genau auszurechnen, wie viele Tote es durch all das geben wird oder schon gegeben hat, aber die deutsche Corona-Bekämpfung fordert definitiv Opfer. Und deren Zahl könnte am Ende höher liegen als die der „an oder mit Corona“ Gestorbenen.

W.K.

Ein linker „Ruck“ für unser Land

Anstatt dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu dienen, fördern die Parteien links der Mitte seit Jahren die Vereinsamung der Menschen – und ihre Abhängigkeit vom globalen Kapitalismus. Warum wir das Linkssein neu erfinden müssen

VON HOLGER FUSS

Am vergangenen Wochenende traf sich die SPD-Spitze zu einer Klausur, um mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz den programmatischen Fahrplan fürs Wahljahr 2021 zu beschließen. Die Ergebnisse sind so farblos wie der Kanzleramtsanwärter selbst. Die Themen Klimaschutz, Digitalisierung, Mobilität und Gesundheit werden vollmundig zu „Zukunftsmissionen für unser Land“ ernannt. Und keinem der Beteiligten scheint aufzufallen, dass hier eine Partei, die seit 22 Jahren bis auf eine Legislaturperiode mitregiert, eingesteht, wie sehr die Infrastruktur in diesem Land währenddessen kaputtgespart wurde.

Einige Tage zuvor hatte der SPD-Vorstand die Resultate des Koalitionsausschusses am 3. Februar ins Netz gestellt. Die Überschrift lautete: „Mehr Corona-Hilfen: Damit alle weiter gut durch die Krise kommen“. Alle weiter gut durch die Krise? In welchem Land leben die SPD-Funktionäre? Seit Monaten steht die Wirtschaft still, sind Schulen und Kindergärten geschlossen, fürchten sich die Menschen vor Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten und Wohlstandsverlust – als Folgewirkungen der Corona-Maßnahmen. Aber die gutdotierten Festangestellten im Willy-Brandt-Haus wollen uns weismachen, wir seien bislang gut durch die Krise gekommen.

Dies sind nur zwei aktuelle Beispiele für den Realitätsverlust, der sich bei der SPD eingenistet hat, aber auch bei den beiden anderen Parteien links der herkömmlichen politischen Mitte, den Grünen und der Linkspartei. Verblendet durch jahrelanges Schattenboxen in der Identitätspolitik, im „Kampf gegen Rechts“, durch feministische Diskurse, im Umgang mit Migration und mit einer Appeasement-Haltung gegenüber dem politischen Islam ist das Gespür für die sozialen Verwerfungen im Lande verlorengegangen.

Diener der Profitmaximierung

Linkssein, so scheint es, hat seit geraumer Zeit seine Seele verloren. Deshalb dient das unentwegte Gerede vom „Rechtsruck“ offenbar der Verschleierung des Umstands, dass Linke ihren einst identitätsstiftenden Widerstand gegen den Kapitalismus längst aufgeben und sich zu einer kulturellen Avantgarde des Neoliberalismus entwickelt haben. Der Mainstream wird nicht von rechten oder auch nur konservativen Gesinnungen dominiert, sondern von linksliberalen Lebensgefühlen. Das heutige „juste milieu“, das sich für progressiv hält, hat es sich in Wohlstand und Konsum gemütlich gemacht und denkt deshalb nicht daran, wie einst die Vorfahren das kapitalistische System in Frage zu stellen, sondern beschränkt sich in seiner Systemkritik auf Ernährungs- und Klimafragen.

Die Studentenrevolte von 1968, die der Philosoph Jürgen Habermas damals eine gesellschaftliche „Fundamentalliberalisierung“ nannte, fand ihre Erfüllung nicht etwa im Kommunismus, sondern im Konsumismus. In der wohligen Wetterzone der Allkäufligkeit ist Fortschrittlichkeit zum leeren Selbstzweck verkommen, zu einer ziellosen Verachtung des Alten und einer blinden Vergötzung des Neuen. Dies dient jedoch keineswegs dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern den Wachstumsillusionen des globalen Turbokapitalismus.

Während Sitten, Bräuche und Traditionen über Bord geworfen und Begriffe wie Heimat, Familie und Geschichte entwertet werden, vereinzeln die Menschen zunehmend. Zugleich werden immer mehr Lebensbereiche kommerzialisiert und ihre unbehausten Insassen dem Konsumismus überlassen. Das Weihnachtsfest ist längst zur winterlichen Kulisse für eine Umsatzorgie des Einzelhan-



„Zukunftsmissionen für unser Land“: Unter diesem Motto beriet die SPD-Spitze am vergangenen Wochenende und am Wochenbeginn ihre Ideen zum diesjährigen Bundestagswahlkampf
Foto: action press

dels verkommen. Die Kaufhäuser sind besser besucht als die Kirchen.

Kurzum, Linkssein nach heutiger westlicher Manier bedeutet, unter dem Banner der Freiheit als sozialtherapeutischer Spielmannszug einen immer skrupelloseren Kapitalismus bei Laune zu halten, der nichts als Profitmaximierung als Zielsetzung kennt. Deshalb ist es höchste Zeit, das Linkssein noch einmal neu zu erfinden.

An solch einer Neuerfindung dürfte nicht nur den sich heimatlos fühlenden Linken gelegen sein. Auch die nichtlinken Milieus, die Liberalen und Konservativen, sollten an einer starken und wirklichkeitsnahen Linken interessiert sein. Denn wie sehr die Demokratie darunter leidet, wenn sich die politischen Polaritäten verflüchtigen und ein formloses Amalgam zurückbleibt, das sich als „politische Mitte“ etikettiert und in seiner Sprachlosigkeit den politischen Diskurs, den parlamentarischen Streit buchstäblich zum Versiegen bringt, können wir seit Jahren beobachten. Was wir derzeit als soziale Sprechverbote, politische Korrektheit, begriffliche Umerziehung und gedankliche Tabuisierungen erleben, ist nichts anderes als der Verlust einer kultivierten Spannung, wie sie in einer funktionierenden Demokratie zwischen widersetzlichen Polen eines politischen Spektrums besteht.

Abkehr von den eigenen Wählern

Solange sich die Grundströmungen in der Bevölkerung durch die Auseinandersetzungen im Parlament ausreichend repräsentiert sahen, waren die gesellschaftlichen Spannungen auf dialektische Weise über das System der repräsentativen Demokratie aufgefangen. Heute fehlen diese Stellvertretergefechte im Bundestag. Die Positionen links, rechts und Mitte verschwimmen. Die CDU-Kanzlerin könnte bruchlos auch die SPD führen, die Grünen haben den ökosozialistischen Neoliberalismus erfunden, die FDP vermag es nicht einmal in der Corona-Krise, sich überzeugend als Bürgerrechtspartei zu positionieren, die Linkspartei kriegt es fertig, Sahra Wagenknecht als einzig intelligente Galionsfigur zu vergraulen, und der AfD gelingt es nicht, das konservative Erbe der Union anzutreten, und ringt stattdessen mit Rabauken und Stümpern in den eigenen Reihen.

Alle drei Parteien links der Mitte haben sich von einer Wählerklientel abgewandt, die lange Zeit die sozialdemokratische Stammwählerschaft ausmachte. Stattdessen machen sie Identitäts- und Minderheitenpolitik für

großstädtische Milieus. Doch der gemeine SPD-Wähler lebt, wie die Deutschen überhaupt, eher in der Provinz. Er ist zwar nicht ausländerfeindlich, will aber, dass sich Migranten an die deutsche Leitkultur anpassen und nicht umgekehrt. Er möchte, dass Gesetze für alle gelten, weshalb ein Drogendealer, ein Vergewaltiger und ein Mörder ausländischer Herkunft genauso konsequent strafverfolgt werden sollen wie er es selbst bei kleinsten Straftaten von Einheimischen gewohnt ist. Das mag alles bieder und spießig klingen, doch so ist eben das normale Leben.

Eine neue Linke darf deshalb keine Berührungängste haben. Sie muss den Rechten, den Konservativen, die besten Themen abjagen und sich linksgestrickt aneignen. Es wird keine schlagkräftige Linke geben, die nicht ihren Frieden mit dem Patriotismus gemacht hat. Ein menschenfreundliches Gemeinwesen lässt sich nicht auf dem Fundament von Selbstverachtung schaffen. Dies zeigt die Einwanderungspraxis. Als 2015 das Land in Willkommenseuphorie schwelgte, begriff kaum jemand, dass die Eingewanderten nirgendwo sinnlich erfahren konnten, in welch eine deutsche Kultur sie sich eigentlich integrieren sollten. Mit technokratischem Charme wurde ihnen zwar der Wertekanon des Grundgesetzes vorgelegt. Aber Deutschtum ist eben mehr als Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, bauchfreie Sommergarderobe und Ehe für alle.

Schon Ende der 90er Jahre beschrieb der US-Philosoph Richard Rorty in seinem Buch „Stolz auf unser Land“, wie sehr sich Menschen in der amerikanischen Mittel- und Unterschicht nach Gemeinschaft und Wertschätzung sehnen – und wie wenig eine Kulturlinke diesen Bedürfnissen nachkommt. Amerikanische Progressive machen sich für die Interessen von Minderheiten stark, ihre traditionellen Wähler jedoch, unscheinbar und schweigend, fühlen sich kaum wahrgenommen und ob ihres Patriotismus verachtet. Rorty sah voraus, dass die Enttäuschungen dieser Bürger eines Tages von einem starken Mann instrumentalisiert werden würden. Auf dieser Wutwooge schaffte es Donald Trump schließlich 2016 ins Weiße Haus.

Ideen für eine neue Linke

Um endlich das sedierende „Weiter so!“ der Merkel-Ära hinter uns lassen zu können, benötigen wir eine Linke mit kühner politischer Phantasie. Feuerköpfe, die sich an einen wirklichen Strukturwandel herantrauen und darüber debattieren, wie ein bedingungsloses

In der wohligen Wetterzone der Allkäufligkeit ist Fortschrittlichkeit zum leeren Selbstzweck verkommen, zu einer ziellosen Verachtung des Alten und einer blinden Vergötzung des Neuen. Dies dient jedoch keineswegs dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern den Wachstumsillusionen des globalen Turbokapitalismus

Grundeinkommen geschaffen werden kann – um den Bürgern ein tiefenwirksames Gefühl der Anerkennung zu geben, und sie damit zu beflügeln. Wer glaubt, das Grundeinkommen bringe eine Gesellschaft von Faulpelzen hervor, hat vom menschlichen Wesen wenig verstanden. Viel wahrscheinlicher ist, dass ein „Ruck“ durchs Land geht, wie es Bundespräsident Roman Herzog in einer Rede 1997 gefordert hatte.

Ein zweites Projekt, das Linke seltsamerweise bisher viel zu wenig ernst genommen haben, ist die Bürgerversicherung. Warum es noch immer mehr als 100 gesetzliche Krankenkassen gibt, versteht niemand so recht. Eine zentrale Kasse wäre effektiver und sparsamer zu unterhalten. Es müsste nur ein Kassen-Chef bezahlt werden, anstatt gut hundert. Die Deutschen könnten ihr Zwei-Klassen-Gesundheitssystem verlassen, jeder bekäme denselben hohen Versorgungsstandard. Und wer ein paar Extras will, kann sich privat Ergänzungspolice dazu buchen.

Das dritte Großprojekt einer neu aufgestellten Linken heißt Gemeinwohl-Ökonomie. Das Konzept stammt aus Österreich und findet dort auch in Unternehmerkreisen Anklang. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist keine Planwirtschaft, sondern eine Marktwirtschaft, die der Staat mit Steuerungsmechanismen auf Gemeinwohlkurs bringt. Eine Wirtschaftskultur, die von der maximalen Profitorientierung umschwenkt auf nachhaltiges Wirtschaften zum Ruhme von Natur und menschlicher Gemeinschaft.

Um solche Ideen zu verwirklichen, müssen sich die Linken vom Arbeitsbegriff des 19. Jahrhunderts lösen. Als die Arbeiterbewegung entstand, gab es nur durch eigene Hände Arbeit die Chance auf sozialen Aufstieg. Heute absorbieren Roboter immer mehr menschliche Arbeit. Erwerbstätigkeiten wird es in Zukunft womöglich nicht für jedermann geben, zu leistende sinnvolle Arbeit füreinander aber durchaus. Das Grundeinkommen würde beispielsweise die häusliche Arbeit entgelten, die überwiegend Frauen bislang gratis verrichteten.

Frieden mit der Nation

Die Gemeinwohlorientierung einer somit tatsächlich sozialen Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard in seinem Klassiker „Wohlstand für alle“ 1957 bereits beschrieben hat, würde auch der künftigen Klima- und Umweltpolitik die Richtung weisen. Gemeinwohl wäre eine Immunisierung gegen eine eventuelle Öko-Diktatur, die den Menschen gegen die Natur ausspielen will. Eine Politik, die nicht die Bedürfnisse der menschlichen Natur berücksichtigt, wird auch die außer-menschliche Natur nicht retten können.

Eine neuerfundene Linke weiß nicht zuletzt auch, dass Demokratie nicht in global tätigen Organisationen funktioniert. Schon im Format der Europäischen Union scheitern viele demokratische Prozesse. Demokratie kann nur in überschaubaren Gemeinschaften lebendig bleiben. Überschaubare Gemeinschaften sind die Nationen, vor denen sich linke Patrioten nicht zu fürchten brauchen. Sie müssten dafür nicht einmal ihre universalistischen Gewohnheiten preisgeben. Denn wer stolz ist, ein Deutscher zu sein, kann sich bestens einfüllen in Menschen, die stolz sind, dass sie Franzosen, Brasilianer oder Chinesen sind. Links kann eben auch eine Internationale von Patrioten sein. Wer diese Art von Leidenschaft im Herzen trägt, ist für rechten Hass unerreichbar.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Klagen gegen Mietendeckel

Karlsruhe – Neben anderen Vermietern haben auch vier Berliner Genossenschaften vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen den Mietendeckel eingereicht. Aus Sicht der Anwälte der Genossenschaften fehlt dem Land Berlin die Gesetzgebungskompetenz für eine eigene mietenrechtliche Regelung. Die Anwälte argumentieren, den Bundesländern stehe es nicht zu, Entscheidungen des Bundesgesetzgebers nachzubessern. In ihrem 157-seitigen Schriftsatz an das Bundesverfassungsgericht führen die vier Beschwerdeführer auch Nachteile auf, die aus ihrer Sicht durch den Mietendeckel entstehen: Unter anderem müssten Renovierungen nun von neuen Mietern getragen werden, da eine Vorfinanzierung nicht mehr solidarisch durch die Genossenschaften erfolgen könne. Aus finanziellen Gründen müssten auch Modernisierungen und der Neubau von Wohnungen durch die Genossenschaften zurückgefahren werden. **N.H.**

Linksextreme Brandanschläge

Dresden – Wie das Landeskriminalamt Sachsen jetzt mitteilte, haben linksextreme Täter zwischen 2017 und Ende 2020 134 Brandstiftungen in dem Freistaat verübt. 2017 und 2018 wurden jeweils 30 Fälle registriert, 2019 stieg die Zahl dann auf 38 und 2020 zählte das LKA 36 Brandanschläge. Schwerpunkt ist dabei die Stadt Leipzig, die als Hochburg der sächsischen Linksextremisten gilt. 28 der Brandstiftungen des letzten Jahres ereigneten sich hier. Der folgenschwerste Anschlag in der Messestadt fand schon im Oktober 2019 statt: Damals brannten vier Baukräne gleichzeitig, was zu einem Schaden in Höhe von zehn Millionen Euro führte. Die Aufklärungsquote ist mehr als dürrtig: 2020 konnte die Polizei lediglich einen Täter dingfest machen, bei den anderen 35 Brandstiftungen erzielte sie keinerlei Ermittlungserfolge. Also wird es 2021 wohl so weiter gehen. Der Auftakt hierzu fand am 11. Januar in Dresden statt. **W.K.**

„Kinderbonus“ kommt nicht an

Berlin – Eltern sollen im Mai einen einmaligen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro pro Kind erhalten. Dieser wird mit der Ersparnis aus dem steuerlichen Kinderfreibetrag verrechnet. Die Folge ist, dass der Bonus nicht bei allen Eltern ankommt. Das war bereits bei den 300 Euro Kinderbonus im vergangenen Jahr der Fall. Der Grund: Der Kinderfreibetrag wird nicht wie das Kindergeld ausgezahlt, sondern erst am Jahresende vom zu versteuernden Jahreseinkommen abgezogen. Laut einem Steuerexperten profitieren Eltern nur bei einem Jahreseinkommen bis zu 75.000 Euro vom Kinderbonus. Bei einem Brutto-Jahreseinkommen von 80.000 Euro erhalten beispielsweise Eltern mit einem Kind aus dem Kinderfreibetrag eine Entlastung in Höhe von 2842 Euro. Nun erhalten sie monatlich 219 Euro Kindergeld plus einmalig 150 Euro Kinderbonus, in der Summe also 2778 Euro. Das ergibt eine Differenz von 64 Euro, die ihnen weniger steuerfrei zur Verfügung stehen. **MRK**

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Folgen der Corona-Pandemie und des durch sie bedingten Lockdowns sind noch nicht vollumfänglich absehbar, so auch im Bereich Versicherungen. Weitgehend ungeklärt ist nämlich, ob Corona ein versicherbares Risiko ist.

Der „Stern“ berichtete kürzlich über eine 26-jährige Frau aus Berlin, die wegen einer kurzen Corona-Erkrankung im vergangenen März mit leichtem Verlauf bei ihrem Versicherungsmakler keine Berufsunfähigkeitsversicherung abschließen konnte. Denn Vorerkrankungen wie eine Infektionskrankheit müssen bei jeder Personenversicherung – dazu gehören neben der Berufsunfähigkeits- auch die Kranken-, Lebens-, Unfall-, Sterbegeld- und Pflegeversicherung – angegeben werden. Handelt es sich hier um einen Einzelfall oder werden Menschen, die eine Corona-Erkrankung überstanden haben, generell benachteiligt beim Abschluss einer der genannten Versicherungen?

Der Bund der Versicherten (BdV), der als Verbraucherschutzorganisation die Interessen von Versicherten gegenüber den Gesellschaften vertritt, teilt auf seiner Internetseite mit, dass ihm bislang keine derartigen Beschwerden vorliegen.

Auf Anfrage der PAZ, ob Verbraucher grundsätzlich keine Berufsunfähigkeitsversicherung abschließen können, wenn sie zuvor an Corona erkrankt waren, schrieb der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): „Ist ein an COVID-19 Erkrankter wieder vollständig genesen, steht dem Abschluss einer Berufsunfähigkeits-Versicherung (BU) grundsätzlich nichts im Wege. Sollten sich im Einzelfall Spätfolgen der Erkrankung ergeben (denkbar wäre zum Beispiel eine dauerhafte Lungenschädigung), so wird dies in aller Regel im Rahmen der Gesundheitsprüfung relevant sein.“ Eine allgemeingültige branchenweite Aussage lasse sich allerdings nicht treffen.

Eine ganze Reihe von Vorerkrankungen führt generell – ganz abgesehen von der aktuellen Pandemie – zu Schwierigkeiten beim Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung, Krankenzusatzversicherung oder Risikolebensversicherung. Bei diesen wird bereits bei der Antragsstellung nach früheren Erkrankungen gefragt. Es handelt sich um die sogenannte vorvertragliche Anzeigepflicht. Sollte die Frage nach Vorerkrankungen falsch beantwortet sein und die Versicherungsgesellschaft findet im Schadensfall heraus – beispielsweise durch eine Arztanfrage –, dass die Krankheit bereits vor Vertragsabschluss bestand, ist sie berechtigt, die Leistung abzulehnen und schlimmer noch: Sie kann rückwirkend vom Vertrag zurücktreten.

In der Regel wird nach Erkrankungen in den letzten fünf Jahren gefragt. Bei chronischen Krankheiten, zum Beispiel Asthma, kann es vorkommen, dass die Versi-



FOTO: SHUTTERSTOCK

Kritischer Blick: Sind im Antrag für eine Personenversicherung Vorerkrankungen angegeben, wirkt sich das negativ aus

CORONA

Versicherbares Risiko?

Wie sich die Pandemie auf den Abschluss von Risiko-Policen auswirkt

cherer sich schwertun mit einem Vertragsabschluss. Deshalb sei es ratsam, so der GDV, möglichst frühzeitig eine BU abzuschließen, die eine Vielzahl von Risiken, durch die man berufsunfähig werden kann, absichert. Auch wenn jemand aufgrund der Folgen einer COVID-19-Erkrankung berufsunfähig werde, zahle die Versicherung.

Die Versicherungsgesellschaften arbeiten mit verschiedenen Modellen der Risikobewertung. Für viele sind schwere Vorerkrankungen wie Asthma, Herzinfarkt, Multiple Sklerose ein Ausschlusskriterium. Menschen, die einmal wegen einer psychischen Störung behandelt wurden, haben keine Chance, eine BU abzuschließen, da psychische Erkrankungen als nicht versicherbares Risiko gelten.

Bei Erkrankungen wie Allergien, Bandscheibenvorfall oder auch Fehlsichtigkeit oder Schilddrüsenunterfunktion hängt es von der Schwere der Vorerkrankung ab, ob eine Gesellschaft einen Antrag annimmt oder Risikozuschläge erhebt. Für rund ein Zehntel der abgeschlossenen BU-Anträge wird ein solcher erhoben. Dieser kann im Einzelfall bis zu 50 Prozent betragen. In nur weniger als fünf Prozent lehnen Versicherer dagegen komplett ab.

Bei der Württembergischen Versicherung ist COVID-19 laut Aussage eines Fachmanns in der Unfallversicherung eingeschlossen. Vor Abschluss einer BU müsse die Infektionserkrankung wie jede ande-

Die Benachteiligung psychisch Kranker bei den Personenversicherungen geht an der Realität weit vorbei angesichts der Tatsache, dass in den vergangenen zehn Jahren die Statistiken immer mehr psychische Krankheiten registrieren und sie für die Arbeitswelt erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Die Corona-Maßnahmen haben die Probleme verstärkt.

Die Krankenkasse KKH verzeichnet für das erste Halbjahr 2020 eine Zunahme von psychischen Erkrankungen um 80 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Existenzängste durch Jobverlust und Kurzarbeit sowie die Furcht vor der Krankheit sowie die Kontaktbeschränkungen führten dazu. Erkrankte, die bereits vor den Corona-Maßnahmen unter Depressionen litten, trifft es besonders hart. Für Menschen in komplizierten Lebensverhältnissen führen Einsamkeit und fehlende Tagesstrukturen häufig zu einer Verschlimmerung ihrer Symptome.

Die Anfrage der PAZ beim Bundesgesundheitsministerium, ob es Gespräche oder Verhandlungen zwischen dem Ministerium und der Versicherungswirtschaft darüber gibt, wie mit Menschen mit dem Virus SARS-COVID-19 umgegangen werden soll, blieb unbeantwortet.

Wer einmal psychisch krank war, bekommt keine Berufsunfähigkeits-Versicherung

re Vorerkrankung angegeben werden, führe jedoch nicht zum Ausschluss, heißt es auf PAZ-Nachfrage.

Der BdV rät, vor Abschluss einer Versicherung eine anonymisierte Anfrage zu stellen, denn die Versicherer tauschen ihre Informationen über das Hinweis- und Informationssystem der deutschen Versicherungswirtschaft (HIS) aus. Auch abgelehnte Anträge werden neben Angaben zu Versicherungsnehmern dort gespeichert.

AGRAR-HOLDINGS

Äcker statt Anleihen

Investoren suchen Anlagemöglichkeiten – Preise für landwirtschaftliche Flächen schießen in die Höhe

Ein Firmenkauf im ländlichen Raum stieß vergangenes Jahr auf bundesweites Interesse: Thüringens früherer Bauernpräsident Klaus Kliem (70) wollte seinen Agrarbetrieb abgeben. Die Kinder hatten Berufe außerhalb der Landwirtschaft und standen als Nachfolger nicht zur Verfügung. Interesse zeigte eine GmbH, die zur Lucas Stiftung des Aldi-Erben Theo Albrecht junior gehört. Mit einer bewirtschafteten Fläche von rund 6000 Hektar und einem Kaufpreis von 40 Millionen Euro war dies die bislang größte Übernahme eines Agrarbetriebes in Thüringen.

Dieser Eigentümerwechsel kann exemplarisch für eine Entwicklung gesehen wer-

den, die in den östlichen Bundesländern in Gang gekommen ist: Hier sind Agrarbetriebe meist deutlich größer als die rund 62 Hektar im Bundesdurchschnitt. Das Statistische Bundesamt gibt für 2019 für Thüringens Agrarbetriebe im Schnitt eine Betriebsgröße von 219 Hektar an. Bei vielen dieser Anfang der 1990er Jahren gegründeten großen Agrarfirmer steht ein Generationswechsel an.

Dem gegenüber steht das Interesse von Investoren, die angesichts von Niedrigzinsen Anlagemöglichkeiten suchen. Die Nachfrage hat mit dazu beigetragen, dass vielerorts die Preise für landwirtschaftliche Flächen durch die Decke gegangen

sind. So stark, dass bäuerliche Familienbetriebe sich weder Kauf noch Pacht leisten können. Verschärfend kommt aus Sicht der Landwirte hinzu, dass oft sehr große Flächen angeboten werden. Genau das kommt den branchenfremden Investoren entgegen. Sie erwerben Beteiligungen an Agrarfirmer samt riesigen Flächen und entsprechenden EU-Agrarsubventionen.

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und auch Landespolitiker betrachten die Entwicklung mit Sorge. Wie das Bundesforschungsinstitut Thünen in einer Studie festgestellt hat, sind die Auswirkungen für den ländlichen Raum tiefgreifend: Bäuerliche Familienbetriebe ver-

schwinden, stattdessen entstehen überregionale Agrarholdings. Mit dieser Entwicklung fallen Steuereinnahmen in der Region weg. Die Wertschöpfung fließt zu den Zentren der Agrarholdings. Untersucht haben die Braunschweiger Forscher für ihre Studie Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland. In den ausgewählten Regionen war die Hälfte der Flächen in den vergangenen Jahren an Nicht-Landwirte übertragen worden. Laut dem Studienleiter Andreas Tietz handelt es sich bei den branchenfremden Investoren oft um Unternehmer, die ihr Privatvermögen anlegen wollen. **Norman Hanert**

SUBVENTIONEN

Roter Teppich und viel Steuergeld

Multimilliardär Elon Musk kassiert gewaltige Summen vom deutschen Staat für seine Tesla-Fabrik

VON NORMAN HANERT

Mit dem Land Brandenburg als Standort für seine nächste Tesla-„Giga Factory“ hat der Multimilliardär Elon Musk offenbar eine gute Wahl getroffen: Weil Landesregierung und Behörden mitziehen, kann Tesla sein neues Werk so schnell hochziehen, wie dies sonst nur im kommunistisch regierten China möglich ist. Elon Musk, laut Wirtschafts magazin „Forbes“ mit einem Vermögen von rund 181 Milliarden US-Dollar derzeit ohnehin die reichste Privatperson weltweit, wird über Tesla womöglich auch noch massiv von deutschen Steuergeldern profitieren.

Bereits im vergangenen November hatte der Tesla-Chef angekündigt, das neue Werk des Elektroauto-Herstellers südöstlich von Berlin auch zur weltgrößten Batteriefabrik machen zu wollen. Wie das Wirtschafts magazin „Businessinsider“ unter Berufung auf Regierungskreise kürzlich berichtet, wird Tesla für sein Batterie-Vorhaben staatliche Förderung in Milliardenhöhe erhalten.

Fließen soll das Geld im Rahmen des Programms „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI). Dass Tesla auf dieser Grundlage Fördergelder erhalten soll, ist wirtschaftspolitisch ziemlich heikel: Als die EU-Kommission 2014 IPCEI aus der Taufe hob, wollte sie damit ausdrücklich „die Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöhen“. Nach dem Willen der Brüsseler Kommission sollten die Beihilfen europäische Unternehmen gegen die Konkurrenz aus Amerika und Asien fit machen. Erhält Tesla nun Fördergelder für eine Batteriefabrik in Brandenburg, wird damit aber ganz offensichtlich ein Konkurrent der europäischen Autobauer unterstützt.

Geld für ausländische Konkurrenz

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sah sich bereits gezwungen, die Milliardenförderung für Tesla zu verteidigen: „Über zwei Drittel unserer Fördermittel bekommen Unternehmen, die schon immer hier waren und produzieren“, so Altmaier, der auch auf das Prinzip der Gleichbehandlung verwies.



„Auf Gedeih und Verderb“: Musk im September 2020 auf der Tesla-Baustelle bei Berlin

Foto: imago images/Future image

Das US-Unternehmen konnte offenbar glaubhaft nachweisen, dass es Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zur Batteriezellenfertigung nach Europa bringen werde.

Doch Altmaier unterläuft möglicherweise eine Milchmädchenrechnung: Tesla betreibt auf drei Kontinenten Produktionsanlagen. Das Unternehmen wird kaum darauf verzichten, die in Brandenburg gewonnenen Forschungsergebnisse künftig auch für seine Werke in den USA und China zu nutzen. Daimler, BMW und VW müssten dann mit ansehen, wie der kalifornische Konkurrent mit deutschen Steuergeldern seine Position auf dem Weltmarkt gegen sie ausbaut.

Zumindest theoretisch besteht für Tesla das Risiko, dass eine Batteriezellenfertigung am Standort Grünheide vom Landesumweltamt nicht genehmigt wird: Das Gelände befindet sich zu zwei Dritteln in einem Trinkwasserschutzgebiet. Schon die Wasserbereitstellung für das E-

Autowerk hat sich als Schwachpunkt des Standorts herausgestellt. Sollte Tesla neben dem Autowerk auch noch die weltgrößte Batteriezellenfertigung aufziehen, würde sich die Wasserproblematik weiter verschärfen.

Batteriefabrik umstritten

Bei den immissionsschutzrechtlichen Anträgen von Januar und Juli 2020 hatte Tesla darauf verzichtet, eine Batteriefertigung aufzuführen. Auch bislang liegt den Behörden für die Batteriefabrik noch kein Bauantrag vor. Sebastian Walter, Fraktionschef der Linkspartei im Brandenburger Landtag, kritisiert: „Das Land soll Förderzusagen für eine Fabrik abgeben, für die noch nicht einmal ein Bauantrag vorliegt – ohne dass das Parlament wenigstens mal darüber informiert worden wäre.“ Da sich Bund und Länder im Fall von Tesla die Beihilfekosten teilen, wird auch Brandenburg einen höheren Betrag zuschießen müssen.

Aus Sicht des Abgeordneten Lars Günther, der sich für die Potsdamer AfD-Landtagsfraktion intensiv mit dem Ansiedlungsprojekt beschäftigt, ist vor dem Hintergrund der Wasserschutzproblematik eine Batteriefabrik in Grünheide gar nicht genehmigungsfähig. Günther äußerte gegenüber der PAZ die Vermutung, es könnte auf den Versuch hinauslaufen, die Batteriefabrik dennoch zu realisieren. „Man kann es natürlich versuchen, wenn man der Meinung ist, eine bereits im Rohbau stehende Fabrik, eine beantragte Lagerhalle und die Aussicht auf Fördermittel wären zusätzliche Argumente.“

Nach Einschätzung des Abgeordneten hat die rot-schwarz-grüne Landesregierung bei dem Projekt einem global aufgestellten Investor den sprichwörtlichen roten Teppich ausgerollt und ist nun „einer erfolgreichen Ansiedlung der Giga-Factory auf Gedeih und Verderb ausgeliefert“.

LOCKDOWN-OPFER

Keine Corona-Hilfe für Teltower Privatzoo

Mitte Januar wäre für Lothar Lübecks Tierpark fast Schluss gewesen – Selbst Spenden muss er versteuern

Der privat geführte Vogelpark und Streichelzoo Teltow hat für Besucher geschlossen. Inhaber Lothar Lübeck kann nicht verstehen, warum. Schließlich habe der große staatliche Berliner Zoo trotz Corona weiter geöffnet. Anfang November 2020 verfügte die zuständige Behörde die Schließung des Tierparks. Der 63-jährige Lübeck ist ratlos.

Der gesamte Betrieb auf einer überschaubaren Größe von 10.000 Quadratmetern liege im Freien, mit einem Hygienekonzept und einer speziellen Wegeführung habe er bereits nach dem ersten Lockdown dafür gesorgt, Kontakte zu vermeiden. Er habe alles getan, was möglich gewesen sei. Da die Anlage vornehmlich für Kinder gedacht ist, gibt es außerdem einen Kinderspielfeld mit Hüpfburg.

Abgesehen von dem Verkauf der von ihm gezüchteten Papageien und Aras hat Lübeck keine Einnahmen mehr, aber

8000 Euro Ausgaben jeden Monat. Rund 200 Tiere (Ziegen, Schweine, Affen, Hirsche, Hühner, Esel, Zwergkaninchen, Ziegen, Hängebauschweine, Shetland-Ponys und andere) benötigen Futter, die vier Tierpfleger (drei Vollzeit, einer Teilzeit), müssen bezahlt werden. Zehn Kisten Möhren, Äpfel, Weintrauben, Bananen, Süßfrüchte, verschiedene andere Gemüsesorten und Körner bis zu Brot und anderen Backwaren sowie 50 Kilogramm Trockenfutter wöchentlich sind nötig.

Nicht mal einen Bescheid

Die Nachbarschaft ist engagiert und hilft. In Folge der Trockenheit in Brandenburg muss Lübeck für den Ballen Heu aber inzwischen 75 Euro bezahlen – früher waren es nur 20. Die Eintrittsgelder (Kinder 2,50 Euro, Erwachsene 3,50) fehlen: „Wir sind von den Besuchern abhängig.“ 100 bis 120 kommen gewöhnlich an den Wochenend-

tagen. Die Einnahmen liegen bei Normalbetrieb bei etwa 10.000 Euro im Monat.

Zwar hat Lübeck Corona-Beihilfen beantragt, nach eigenen Angaben aber nicht einmal einen Bescheid bekommen. Eigentlich sollen Betriebe, die aufgrund des Lockdowns schließen müssen, pro Schließtag Zuschüsse in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes des Vorjahrs bekommen. Warum der Vogelpark Teltow durchs Raster fällt, kann sich Lübeck nicht erklären.

Im Dezember gab es eine sehr erfolgreiche Spendenaktion. Dabei half der Ex-Fußballprofi Maik Franz (Hertha BSC). Der Stadtverordnete Mirko Schlossarczyk (FDP) hatte dem Betrieb 300 Euro gespendet, seine Aufwandsentschädigung als Stadtverordneter. Nun fürchtet Lübeck Ärger mit dem Finanzamt. Rein buchhalterisch hat er keine Verluste gemacht: „Für die Spenden musste ich auch

die volle Umsatzsteuer zahlen.“ Mitte Januar drohte das Aus: „Wenn nicht liebe Menschen etwas gespendet hätten, hätte ich die Tiere schon weggeben und das Tor von außen abschließen müssen. Die Tiere sind meine Familie.“

Dann geschah ein kleines Wunder: Der Immobilien-Unternehmer Bernd von Manteuffel (70) mit Wohnsitz in der Schweiz hörte von der Notlage und spendete 10.000 Euro. Die 25 Mitarbeiter von Manteuffels Jurag-Firmengruppe in Berlin-Charlottenburg sammelten weitere 2500 Euro. Ihr Chef verdoppelte die Summe. So kamen 15.000 Euro zusammen. Manteuffel: „Ich bin ein großer Tierliebhaber und liebe alle Tiere.“

Lothar Lübeck erleichtert: „Einfach Wahnsinn und Danke von Herzen. Die Spende rettet uns volle zwei Monate.“ Also bis Ende Februar. Wie es dann weiter geht, ist ungewiss. Frank Bücker

KOLUMNE

Chaos durch Unterlassung

VON VERA LENGSELD

In der DDR gab es einen Witz: Was sind die vier Feinde des Sozialismus? Antwort: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Hat sich die regierende SED-Linke das gemerkt und gemeint, dass man auch hinter den Jahreszeiten seine Inkompetenz oder seine ideologische Agenda verstecken kann?

Vergangenes Wochenende schneite es in Berlin. Es handelte sich keineswegs um ein moderates Unwetter, das prognostiziert worden war. Was für Stunden auf die Stadt herabkam, war ein leichter Schneefall, sodass die Straßen lange Zeit frei blieben. Es wehte auch ein moderater Wind. Trotzdem kamen über die Berliner Sender pausenlos Unwetterwarnungen und Aufforderungen, zu Hause zu bleiben, vor allem, nicht ins Auto zu steigen. Als ich am Nachmittag in Richtung Potsdam fuhr, stellte ich fest, dass die Hauptstraßen, auch die Stadtautobahn, nicht geräumt waren. Da hatte sich der Schnee schon etwas angehäuft, war aber noch kein allzu großes Problem, wenn man vorsichtig war.

Als ich allerdings am Montag Vormittag zurückfuhr, waren die Hauptverkehrswege immer noch nicht geräumt, weit und breit war kein Räumfahrzeug zu sehen. Über das Radio kamen wieder die Unwetter-Warmmeldungen und die Aufforderung, zu Hause zu bleiben und aufs Auto zu verzichten. Inzwischen ging die Aufforderung aber an die Berufspendler. Die Untätigkeit der Berliner Stadtreinigung wirkt in diesem Fall wie Sabotage. In Deutschland hatten sich die Behörden anscheinend darauf eingestellt, dass es nie wieder richtige Winter geben würde. In ländlichen Gegenden sollen die Räumfahrzeuge schon so verringert worden sein, dass nur die Hauptstraßen geräumt werden können. In der Hauptstadt nicht mal mehr das!

Es wird Zeit, sich Gedanken zu machen, was die permanenten Katastrophenwarnungen in der Gesellschaft anrichten. Und warum unsere Institutionen so oft versagen. In den 16 bleiernen Merkeljahren wurde aus einem effektiven Land ein ängstliches Gebilde, das sich nun schon vor ein paar Schneeflocken fürchtet und aus lauter Furcht nicht mehr richtig funktioniert.

Sieht so das beste Deutschland, das wir je hatten, aus?

MELDUNG

Überfall auf SPD

Berlin – In Pankow, Neukölln und Lichtenberg wurden am 2. Februar die Büros der SPD mit Farbe attackiert. Die Behörden ermitteln, ob ein Zusammenhang zwischen den Anschlägen besteht. Offiziell heißt es, die Ermittlungen des Staatsschutzes würden sich gegen Unbekannt richten. In Pankow wurde ein anonymes Bekennterschreiben aufgefunden. Darin heißt es, die SPD sei für die „Kriegstreiberei im Nahen Osten“ verantwortlich. Der türkische Präsident dürfe kein Partner sein. Zudem wird „die Finanzierung der türkischen Armee durch westliche Staaten“ kritisiert. Familienministerin Franziska Giffey und SPD-Fraktionschef Raed Saleh erklärten dazu: „Wer solche Angriffe verübt, hat von unseren Grundwerten, von Meinungsfreiheit und Demokratie nichts verstanden.“ F.B.

● MELDUNGEN

Maersk gegen die Piraterie

Paris – Vergangenes Jahr gab es weltweit 195 Versuche, Frachtschiffe zu entführen. Davon trugen sich 130 Fälle im Golf von Guinea vor der Küste Westafrikas zu. Dies teilte das Piracy Reporting Centre (PRC) des International Maritime Bureau (IMB), das seinerseits Teil des International Chamber of Commerce (ICC) ist, dieser Tage mit. Manche Frachter konnten entkommen, obwohl sie mit Artillerie und Maschinengewehren beschossen wurden. Jährlich passieren 20.000 Seeschiffe aller Art und Größe die Küste Guineas. Dort sollen sich 15 Banden beziehungsweise Clans gebildet haben. Die weltweite Nummer eins unter den Container-Reedereien, die dänische Maersk-Gruppe aus Kopenhagen, forderte nun eine internationale Initiative zur Eindämmung der dortigen Piraterie. Die westafrikanischen Staaten verfügen meist nur über ungenügende Seestreitkräfte. Maersk wies darauf hin, dass abgesehen vom materiellen Schaden die betroffenen Seeleute physisch und psychisch leiden. Zudem stiegen die Versicherungsprämien erheblich. F.B.

Diebstahl vereitelt

Dresden – Max Immelmann gehörte zu den populärsten deutschen Jagdfliegern des Ersten Weltkriegs. Er starb am 18. Juni 1916 beim Absturz seiner Fokker-Maschine infolge Propellerschadens oder feindlichen Beschusses. Seine letzte Ruhestätte befindet sich auf dem Urnenhain des Friedhofs Dresden-Tolkewitz. Die Grabstelle der Pilotenlegende wird von einer rund 180 Zentimeter großen Bronzestatue gekrönt – genannt „Adler von Lille“ nach dem Beinamen Immelmanns, den er anlässlich des fünften Luftsieges an der Westfront erhielt. In der Nacht zum vorletzten Dienstag versuchten zwei Kriminelle, das 100 Kilogramm schwere Kunstobjekt aus der Werkstatt des Bildhauers Peter Pöppelmann zu entwenden. Allerdings hatten sie nicht mit der Aufmerksamkeit der Anwohner gerechnet. Die informierten die Polizei, welche die Täter beim Verladen der Beute vor dem Friedhof stellte. Die Figur blieb bei der Aktion weitestgehend unbeschädigt. W.K.



Anwachsender Unmut: Ende Januar trafen sich tausende Österreicher zu einem „Spaziergang“ in der Wiener Innenstadt

ÖSTERREICH

Ende der Wiener Leichtigkeit

Das Bild der friedlich-verschlafenen, aber funktionierenden Nachbarrepublik zerbröckelt unter zahlreichen Krisen

VON GERNOT DANOWSKI

Routiniert, staatstragend ernst und doch mit einem Hauch Landesväterlichkeit – so trat der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in den letzten Jahren vor die Presse. Egal ob zur Flüchtlingskrise oder zum Ibiza-Skandal. Stets gelang es Kurz mit souveränem Auftreten der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass er das Richtige tue – und das mit einem Charme, der sich für Bundesdeutsche wie eine Einladung zu Sachertorte und einem „Verlängerten“ anhörte.

Vom Aufbruch zum Krisenmodus

Als vor gut einem Jahr die aktuelle Koalition aus der türkisfarbenen Österreichischen Volkspartei und den Grünen ans Werk ging, schaltete es in den Medien, „das Beste aus beiden Welten“ würde nun zusammengeführt werden: die „wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vernunft“ der Konservativen mit „der Menschenliebe und dem frischen Fortschrittsbestreben“ der Grünen.

Davon ist nach einem Jahr Türkis-Grün nichts geblieben. Besonders in den letzten Wochen rissen die Skandale und Peinlichkeiten nicht ab. Da scheint die

Plagiatsaffäre um die mittlerweile zurückgetretene Arbeitsministerin Christine Aschbacher (ÖVP) noch eines der kleineren Probleme zu sein. Sie hatte ihre Abschlussarbeit an der Hochschule Wiener Neustadt so plump gefälscht, dass es bei einer Seite hieß, keine 15 Wörter stammen von ihr selbst. Und der nächste Plagiatsvorwurf gegen den Nationalratsabgeordneten Peter Weidinger (ÖVP) ist bereits erhoben.

Für einen handfesten Koalitionsstreit sorgte die Abschiebung zweier abgelehnter Asylbewerberfamilien aus Georgien und Armenien bei Nacht und Nebel, da unter anderem ein zwölf und ein fünf Jahre altes Mädchen unter den Abgeschobenen waren. Vizkanzler Werner Kogler (Grüne) griff direkt ÖVP-Innenminister Roland Nehammer an, die Maßnahme sei unmenschlich und unverantwortlich. Sogar der grüne Bundespräsident Alexander van der Bellen fühlte sich berufen, öffentlich zu fragen, ob die Abschiebungen angemessen waren. Innenminister Nehammer konterte umgehend und forderte den Bundespräsidenten höflich auf, die Unabhängigkeit der Justiz zu respektieren.

Doch das alles war harmlos im Vergleich zum alles beherrschenden Thema – Corona! Hier folgte eine Regierungsplei-

te auf die nächste. Anfang Dezember rief Gesundheitsminister Rudolf Anschober zum Massentesten auf. Die Österreicher dachten aber nicht daran, und so blieben die Teststraßen in der Wiener Stadthalle weitestgehend leer. Obwohl die Bevölkerung gleichwohl Verantwortungsbewusstsein zeigte und die Hygieneregeln überwiegend einhielt, war mit 2000 neuen Testpositiven die tägliche Fallzahl so hoch, dass Österreich vom 26. Dezember 2020 bis zum 8. Februar 2021 in seinen dritten Lockdown ging. Wie in Deutschland hatten hier nur die „systemrelevanten“ Geschäfte geöffnet, der Lebensmittel-einzelhandel, Tankstellen, Post etc.

Schnell zeigte sich, dass die Zustimmung der Bevölkerung zu den Maßnahmen mit fortschreitender Dauer abnahm. Hatten für den ersten Lockdown im März noch 91 Prozent der Österreicher Verständnis, so fiel diese Zahl im zweiten Lockdown schon auf 53 Prozent. Zum Ende des dritten Lockdowns standen nur noch 50 Prozent der Menschen hinter den harten Eingriffen.

Vom Unmut zum offenen Protest

Wenn der Lockdown bleibe, komme ein Politerdbeben, kommentierte dies zum Ende des alten Jahres der Herausgeber

der Gratis-Tageszeitung „Österreich“, Wolfgang Fellner. Die Regierung müsse einen Weg finden, ohne Lockdown durch die Krise zu kommen. Fellners Prognose bewahrheitete sich in den folgenden Tagen. Allein für den 31. Januar waren 17 Demonstrationen angemeldet worden, die meisten davon mit regierungskritischem Hintergrund. 15 davon wurden von der Polizei verboten, obwohl die Veranstalter im Vorfeld zu Verständnis für die Polizei, zum Einhalten des Mindestabstandes von zwei Metern und zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes aufgerufen hatten. Die Demoverbote riefen wiederum die Freiheitliche Partei (FPÖ) auf den Plan. Auf Anregung des Parteiobmanns Herbert Kickl sollte die FPÖ den Demonstranten eine Plattform für ihren Protest geben, ohne sich als Partei zu profilieren. Auch diese Kundgebung wurde untersagt, mit der Begründung, sie sei eine Gefahr für die Gesundheit.

Trotz der Verbote kam es Ende Januar zu „Spaziergängen“ in der Wiener Innenstadt. Zwischen Heldenplatz und Maria-Theresia-Denkmal fanden sich mehrere Tausend Menschen ein. Das Publikum war bunt gemischt. Von Familien mit Kindern und Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft bis hin zu Aktivisten von links und rechts war alles auf der Straße. Entsprechend groß war das Polizeiaufgebot. Die Stimmung war angespannt, Bußgelder wurden verhängt und Provokateure gezielt verhaftet. FPÖ-Chef Kickl revanchierte sich anschließend im Parlament beim Innenminister für die Demoverbote mit einem Misstrauensvotum, das jedoch nicht durchging.

Nach dem Lockdown

Als leichte Deeskalation und Hoffungsschimmer kann nun die Lockerung des Lockdowns gesehen werden. Seit dem 8. Februar sind die Geschäfte wieder offen, Friseure und Kosmetikstudios dürfen wieder arbeiten, und auch die Schulen sollen mehr und mehr zur Normalität zurückkehren. Ein Geschäft betreten darf jedoch nur, wer einen negativen Corona-Test vorweisen kann, der nicht älter ist als 48 Stunden. Die Gastronomie, einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Österreichs, muss jedoch weiterhin geschlossen bleiben. Ob die Lockerung der am Boden liegenden Wirtschaft den erhofften Schwung gibt, bleibt abzuwarten. Ebenso, wie lange die Öffnungsphase anhält. In einem Interview mit der „Kronen-Zeitung“ ließ Gesundheitsminister Anschober schon mal anklingen, einen vierten Lockdown könne niemand ausschließen.

Warum auch? Die nächsten Alarmglocken läuten bereits im „heiligen Land“ Tirol. Dort soll sich die südafrikanische Corona-Mutation stark ausbreiten. Es wird sogar darüber diskutiert, das Land teilweise abzuriegeln. Und so stehen dem geeigneten Beobachter der österreichischen Politik weiterhin spannende Zeiten bevor.

NORDKOREA

Kim Jong-un setzt weiter auf atomare Aufrüstung

Der Durchschnittsbürger in den USA fühlt sich indes trotz Raketendrohung „sehr sicher“ – Das ergeben neue Umfragen

Hatte Kim Jong-un einst seinen Untertanen das irdische Paradies versprochen und ihnen noch vor fünf Jahren zugesichert, sie bräuchten den Gürtel künftig nicht mehr enger zu schnallen, so schrumpfte die Wirtschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea vergangenes Jahr nach Ansicht westlicher Experten um 8,5 bis zehn Prozent. Ursachen waren neben der üblichen bürokratischen Planwirtschaft die starken Monsunregenfälle, welche die Ernten weitgehend zerstörten, und der Corona-bedingte Rückgang des Handels mit China um drei Viertel. Schon in seiner Rede zum 75. Jubiläum der Partei der Arbeit

Koreas (PdAK) im vergangenen Oktober sprach Kim von den Leiden seines Volkes „in diesen schweren Zeiten“ und ließ durchblicken, dass der mit einer viel zu hoch angesetzten Wachstumsrate von acht Prozent angesetzte Fünfjahresplan in sehr vielen Bereichen nicht erfüllt wurde. Man wird davon ausgehen müssen, dass der Norden Koreas in diesem Jahr zwar nicht vor einer Hungersnot, aber in der Lebensmittelversorgung vor überaus harten Zeiten steht.

Auf dem PdAK-Parteitag Mitte vergangenen Monat setzte Kim auf eine weitere Verstärkung der Kraftanstrengungen bei der atomaren Aufrüstung. Davon zeugt

auch das neue Politbüro. Die Minister für Verteidigung und für Rüstung wurden Vollmitglieder. Letzterer rückte sogar in das Präsidium auf, während der Außenminister lediglich Kandidat wurde. Die eigentliche Überraschung aber betraf die jüngere Schwester des Diktators, Kim Yo Jong. Obwohl sie während des gesamten Parteitages an seiner Seite saß und die physische Nähe zur Machtzentrale in Nordkorea ein äußerst wichtiges Symbol ist, wurde sie nicht wieder ins Politbüro gewählt. Über die Ursachen kann nur spekuliert werden. Möglicherweise lehnten die alten Generäle die relativ junge Frau ab. Es kann aber auch sein, dass ihr Bruder

ihr doch nicht allzu viel Macht einräumen wollte.

Dieser bezeichnete die Vereinigten Staaten in gewohnter Diktion als „größten Feind“ seines Landes, unterließ diesmal aber jegliche Drohungen. Offenbar will er sich die Möglichkeit zu Gesprächen mit deren jetzigem Präsidenten nicht völlig verbauen. Nichtsdestoweniger prahlte er mit neuen Waffen wie militärischen Drohnen, Überwachungssatelliten und einem mit Atomraketen bewaffneten Unterseeboot, das mit einer Reichweite von 15.000 Kilometern die USA treffen könnte – „die mächtigste Waffe der Welt“, wie die nordkoreanischen Medien triumphierten.

Hohe Militärs im Pentagon scheinen sich bereits darauf einzustellen. So haben US-Flugzeuge entlang der Pazifikküste Nordamerikas Bojen abgeworfen, die Empfänger wie Sender zugleich sind. Sie nehmen die Ultraschallreflexionen und elektromagnetische Wellen des U-Bootes auf und informieren mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit das Raketenabwehrsystem der USA. Selbst ein tieftauchendes Unterseeboot ist vor den neuesten Satelliten der US-Streitkräfte nicht sicher. „Sehr sicher“ hingegen fühlt sich nach neuen Umfragen der Durchschnittsbürger der USA.

Friedrich-Wilhelm Schломann

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Januar stiegen die Renditen für langjährige US-Staatsanleihen deutlich, wenngleich noch auf niedrigem Niveau. Das könnte eine Trendwende bei der Zinsentwicklung ankündigen – ausgelöst durch die Erwartung eines größeren Geldbedarfes des Staates unter dem neuen Präsidenten Joe Biden. Allerdings wächst nun nicht nur die Hoffnung auf bessere Renditen, sondern auch die Inflationsangst. Und es stellt sich die Frage, inwieweit eine steigende US-Inflation auf die übrigen Volkswirtschaften durchzuschlagen vermag. Ein Anziehen der Inflation hierzulande wäre problematisch, da die Lebenshaltungskosten dann noch weiter nach oben klettern würden. Denn die sind auch so schon beträchtlich gewachsen. Das zeigen die Preise für Nahrungsmittel.

Inflationsangst wächst

Diese lagen 2020 um 2,5 Prozent höher als 2019 – und das trotz der Mehrwertsteuersenkung von sieben auf fünf Prozent zwischen dem 1. Juli und 31. Dezember. Dabei handelt es sich um einen Durchschnittswert, was impliziert, dass manche Lebensmittel auch billiger wurden. Wie insbesondere Kartoffeln, wo die Nachfrage infolge der Gaststättenschließungen und des dadurch verursachten geringeren Absatzes von Pommes Frites massiv einbrach. Dafür fiel der Preisanstieg bei anderen Lebensmitteln jedoch umso deutlicher aus. Schweinefleisch verteuerte sich um 17,2 Prozent und Rindfleisch um 3,9 Prozent. Ähnlich ist die Situation bei Milchprodukten. Butter kostete 2020 im Schnitt 11,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Eine besondere Belastung für die Verbraucher stellten zudem die Preissteigerungen bei Obst und Gemüse dar. Sie betrugen 14,2 beziehungsweise 26,3 Prozent.

Diese Sprünge waren keineswegs nur den besonderen Bedingungen des Corona-Jahres geschuldet, in dem durch Grenzschließungen die Erntehelfer aus dem Ausland ausblieben. Denn die Menschen bevorzugten zumindest in der ersten Phase der Pandemie Produkte mit längerer Haltbarkeit. Vielmehr setzte sich hier eine Entwicklung fort, die schon vor geraumer Zeit begann.

Von Anfang 2010 bis Ende 2020 sind die Preise für Nahrungsmittel um insgesamt 24 Prozent gestiegen. Bei Fisch und Meeresfrüchten betrug der Zuwachs sogar 30,9 Prozent. Auffallend stark war des Weiteren auch die Verteuerung von Obst um 39,5 Prozent und Fleisch beziehungsweise Fleischwaren um 28,7 Prozent. Dabei lag der durchschnittliche jährliche Anstieg der Lebensmittelpreise um knapp 2,2 Prozent oftmals deutlich über der offiziellen Inflationsrate. Die soll im Zeitraum von 2010 bis 2019 zwischen 0,3 (2015) und 2,1 Prozent (2011) betragen haben – und für 2020



Drastischer Preisanstieg für Grundnahrungsmittel: Warenkorb mit Lebensmitteln

Foto: imago images/Panthermedia

VERBRAUCHERPREISE

Deutsche zahlen immer mehr für Grundnahrungsmittel

Die Stuttgarter Universität Hohenheim hat zur realistischeren Abbildung der Lebenshaltungskosten den „Chili-con-Carne-Index“ entwickelt

meldete das Statistische Bundesamt Monatswerte von 1,7 (Januar) bis minus 0,3 Prozent (November und Dezember) sowie einen Jahresdurchschnitt von 0,2 Prozent.

Angeichts dieser extremen Diskrepanz zwischen der Entwicklung vieler Lebensmittelpreise und der Inflationsrate haben Jan Swiatkowski und Marius Puke von den Lehrstühlen für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen der Stuttgarter Universität Hohenheim einen alternativen Index zur realistischeren Abbildung des Anstiegs der Lebenshaltungskosten auf dem Gebiet der Ernährung entwickelt. Der berücksichtigt vor allem die Preisentwicklung bei den rund 70 Produkten, welche die Verbraucher – allen voran jene mit geringerem Einkommen – in der Regel besonders häufig verwenden. Dazu zählen beispielsweise Tomaten, Dosenbohnen und Hackfleisch. Deshalb erhielt der Index dann auch die scherzhafte, aber nicht unzutreffende Bezeichnung „Chili-con-Carne-Index“. Auf der Grundlage ihres Waren-

korbes, der gleichzeitig noch den veränderten Ernährungsgewohnheiten während der Corona-Pandemie Rechnung trägt, ermittelten Swiatkowski und Puke für die Zeit von Februar bis Mai 2020 einen Preisanstieg von immerhin 7,5 Prozent – während die offizielle Inflationsrate von 1,7 auf 0,6 fiel.

Warnung vor sozialer Katastrophe

Mit Blick auf den Chili-con-Carne-Index warnte die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sabine Zimmermann von der Linkspartei, unlängst vor einer „sozialen Katastrophe“ und leitete daraus umfangreiche Forderungen ab. Darunter beispielsweise nach einer Erhöhung des Mindestlohnes von derzeit 9,50 Euro auf 12 Euro sowie einer Anhebung des Kurzarbeitergeldes für Mindestlohnempfänger auf 100 Prozent des Nettoeinkommens. Dabei gäbe es aber auch andere Möglichkeiten, um den sozialen Sprengstoff aufgrund des rasanten Anstiegs der Lebensmittelpreise

zu entschärfen. Das zeigt ein Blick auf die Hauptursache des Letzteren.

Es besteht nicht nur ein großer Unterschied zwischen der Inflationsrate und den stetig kletternden Preisen für Nahrungsmittel in einem realistisch festgesetzten Warenkorb. Genauso auffällig ist die Differenz zwischen dem, was die Produzenten in der Landwirtschaft erhalten, und dem, was der Kunde dann an der Ladenkasse hinblättern muss. Auch hierzu einige Zahlen: Während es beim Schweinefleisch 2020 zu einem Absturz der Erzeugerpreise um 30,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr kam, schnellten die Verbraucherpreise um knapp ein Fünftel nach oben. Bezogen auf alle Lebensmittel galt, dass die Erzeuger 2020 etwa vier Prozent mehr erhielten als 2015, während sich die Teuerung für die Konsumenten im gleichen Zeitraum auf durchschnittlich zwölf Prozent belief. Der Schlüssel zu einer sozial verträglicheren Entwicklung des Chili-con-Carne-Indexes liegt also wohl in der Reduzierung der hohen Gewinnmargen des Handels.

AKTIENHANDEL

Am Ende gewinnt doch immer die Wallstreet

David gegen Goliath: Wie Kleinanleger Hedgefonds unter Druck setzen – und doch unterliegen

Vom Kampf David gegen Goliath bis hin zur Fortsetzung der Occupy-Wallstreet-Bewegung haben Kommentatoren das Kräftemessen zwischen Hedgefonds und Kleinanlegern um die Gamestop-Aktie hochstilisiert. Tausende Anleger hatten sich über Internetforen zum konzertierten Kauf der Aktie zusammengeschlossen und damit den Kurs in die Höhe getrieben.

Gamestop-Aktie hoch getrieben

Noch zu Jahresbeginn dümpelte die Aktie des angeschlagenen Spielehändlers bei nur 20 US-Dollar herum. Durch den Kaufansturm kletterte sie zeitweise auf knapp 500 Dollar. Verlierer dieser Entwicklung waren Hedgefonds wie Melvin Capital, die auf sinkende Kurse gewettet hatten. Nach

und nach werden Informationen bekannt, die das Bild von den Kleinanlegern als Bezwingen der Wallstreet etwas relativieren.

Wirtschaftsmedien haben sich mit den beiden größten Anteilseignern von Gamestop beschäftigt. Dabei handelt es sich um die Vermögensverwalter BlackRock und Fidelity Investment. Laut „Aktionär“ halten beide Finanzriesen insgesamt mehr als ein Viertel aller Gamestop-Aktien. Mit dem Kursfeuerwerk konnten beide Vermögensverwalter innerhalb weniger Wochen einen Wertzuwachs im Milliardenbereich verbuchen. „Unter der Annahme, dass keine der beiden Gesellschaften zuletzt Anteile verkauft hat, haben sie in den zurückliegenden Wochen mit ihren Aktien einen Ge-

winn von 5,61 Milliarden US-Dollar seit Jahresbeginn verbucht“, so das Blatt. Als die Kurse von Gamestop und einigen anderen Aktien in die Höhe schossen, haben mehrere Broker, darunter Robinhood, für einige Zeit den Handel mit diesen Aktien eingeschränkt: Möglich war nur noch ein Verkauf der Wertpapiere, Kaufaufträge wurden abgewiesen. Kritiker unterstellten, Robinhood habe auf Druck von Großkunden wie Hedgefonds gehandelt.

Geld knapp geworden?

Robinhood-Chef Vlad Tenev verwies zur Entgegnung auf Anforderungen der zentralen Abwicklungsstelle für den Wertpapierhandel. Demzufolge war das Geld knapp geworden, das der Broker selbst als

Sicherheit bei der Abwicklungsstelle hinterlegen muss.

Ein Blick auf das Geschäftsmodell von Robinhood lohnt sich: Der Gratisbroker verdient sein Geld damit, dass er die Daten seiner Kunden an Finanzdienstleister weiterverkauft. Zu den Abnehmern zählen auch Hedgefonds, die im Hochfrequenzhandel aktiv sind. Für solche Marktteilnehmer sind Informationen, welche Wertpapiere gerade geordert oder verkauft werden sollen, bares Geld wert. Trifft der Vorwurf der Datenweitergabe an Hochfrequenzhändler zu, dann haben die vernetzten Kleinanleger mit ihrem Kursfeuerwerk zwar einigen Hedgefonds schwere Verluste zugefügt, anderen aber zu ordentlichen Gewinnen verholfen. *Norman Hanert*

● MELDUNGEN

US-Milliardäre wurden reicher

New York – Während zu Zeiten von Corona viele kleine und mittlere Unternehmen um das wirtschaftliche Überleben kämpfen, wurden die 660 Milliardäre in den USA noch reicher. Wie eine Analyse der Initiative Americans for Tax Fairness (ATR) zeigt, nahm deren Nettovermögen seit März 2020 um 1,1 Billionen US-Dollar zu. Das ist eine Steigerung von durchschnittlich 38,6 Prozent. Besonders große Zuwächse konnten zwei der bekanntesten Hochttechnologie-Oligarchen verzeichnen: Das Vermögen des Facebook-Chefs Mark Zuckerberg stieg um fast 70 Prozent auf 101 Milliarden Dollar, während sich der Amazon-Präsident Jeff Bezos über einen Zugewinn von über 60 Prozent freuen konnte und nun 193 Milliarden besitzt. Damit ist er auf den zweiten Platz unter den reichsten Menschen der Welt zurückgefallen nach Tesla-Gründer Elon Musk mit 204 Milliarden. *W.K.*

Kritik an Prioritäten

Berlin – Für den Präsidenten des Verbandes der Familienunternehmer Reinhold von Eben-Worlée setzt die Politik mit ihrer jetzigen Strategie zur Energiewende die falschen Prioritäten. Eben-Worlée moniert, dass im Zuge der Energiewende Themen wie der Netzausbau und die fehlende Grundlastfähigkeit alternativer Stromquellen auf der Strecke geblieben sind. Nach Angaben des Verbandes sorgen sich immer mehr Familienunternehmen um ihre sichere Stromversorgung. Bei einer Umfrage unter knapp 1100 Familienunternehmern gaben 47 Prozent an, sie wären in den vergangenen vier Jahren von Netzschwankungen betroffen gewesen. Bei rund zehn Prozent der Fälle dauerten die Schwankungen länger als drei Minuten. 19 Prozent der Unternehmer gaben sogar an, durch das Problem sei ein „relevanter Schaden“ entstanden. Der Verband der Familienunternehmer vertritt Firmen mit insgesamt rund acht Millionen Mitarbeitern. *N.H.*

China fischt Weltmeere leer

Quito/Peking – Chinas riesige Fischfangflotte sorgt zunehmend für Spannungen im pazifischen Raum. Laut einem Bericht des französischen Auslandsfernsehsenders France24 sollen in diesem Jahr erneut 300 Schiffe der chinesischen Fischfangflotte den gesamten Pazifik überquert haben, um nahe der unter Naturschutz stehenden Galapagos-Inseln zu fischen. Wegen der Fischerei ist in den letzten Jahren ein Streit zwischen China und Ecuador entbrannt. Ecuadors Regierung warf dabei den Chinesen vor, dass Boote ihrer Fischereiflotte ihre Ortungssysteme abschalten, um illegal in Schutzgebieten zu fischen. Um das Naturschutzgebiet der Galapagosinseln erstreckt sich 200 Seemeilen weit die ausschließliche Wirtschaftszone Ecuadors. China hat die weltweit größte Flotte für Hochseefischerei. Chinesische Unternehmen betreiben nicht nur vor den Küsten Südamerikas sogenannte Fernfischerei, sondern verstärkt auch vor Westafrika. *N.H.*

KOMMENTAR

Ansprüche im Sinkflug

ERIK LOMMATZSCH

Bildung und Ausbildung hatten in Deutschland einst einen hohen Stellenwert. Die vermittelnden Institutionen waren anspruchsvoll, die Abschlüsse Ausweis für erworbenes Wissen und erlernte Fertigkeiten. Im Ausland wurden die Zeugnisse geschätzt.

Symptomatisch für den großflächigen Bedeutungsverlust ist der Umgang mit Schulen aller Art während der sogenannten Corona-Pandemie. Wie auch in anderen Bereichen geht es offenbar hauptsächlich darum, den Betrieb so lange als möglich lahmzulegen, ohne Rücksicht auf Verluste, sprich ohne Gedanken an die Zukunft derjenigen, denen nun aufs Ganze gesehen schon ein komplettes Jahr Unterricht verloren gegangen ist. Ein Jahr, das im Leben fehlt und nicht nachgeholt werden kann. In seltenen Fällen wie etwa für Abschlussklassen gibt es „Präsenzunterricht“. Unterricht meint in der Regel Präsenz, alles andere ist normalerweise die Ausnahme. Dieser „Präsenzunterricht“ ist zudem mit organisatorischem Aufwand verbunden und findet mit „geteilten“ Klassen statt. Nahezu alle Lehrer, die sich hierzu äußern, klagen, dass unter derartigen Bedingungen eine ordnungsgemäße Vermittlung des Stoffes kaum zu bewältigen sei. Ganz zu schweigen vom „Online-Unterricht“. Jeder noch so professionelle Pädagoge, der versucht, einem vor dem heimischen Bildschirm sitzenden, durchschnittlichen Sechstklässler die Grundlagen einer Fremdsprache beizubringen, kann das bestätigen. Das vielerorts aufgetretene Versagen der Technik kommt hinzu. Traurige Wahrheit ist, dass das Schul-, Ausbildungs- und Studienjahr wiederholt werden müsste. Für alle.

Wiederholung für alle!

Das sagen sogar Mitarbeiter in den einschlägigen Ministerien, versehen mit dem Zusatz „eigentlich“. Nein, es wird nicht stattfinden, an eine Umsetzung ist nicht einmal gedacht. Der Situation kommt die Atmosphäre zupass, die durch Politik, Verantwortliche im Bildungsbe- reich und leider auch viele derjenigen, die Unterricht erteilen, geschaffen wurde. Vorherrschend sind das Bestreben nach der großen Gleichmacherei und der Wahn, jeden, der eine schlechtere Leistung erbringt, für einen Benachteiligten zu erklären, dem man glaubt, durch Zen-

surengeschenke helfen zu müssen. Die ernsthafte, an der Sache orientierte Prüfung – mit Ausschöpfung der gesamten Notenskala und eben auch der Variante, an den Anforderungen ganz zu scheitern – ist weitgehend aus der Mode gekom- men. Funktionäre wie Marlis Tepe, Vor- sitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, fordern, in diesem Jahr dürfe niemand „sitzenbleiben“. Sie merken offenbar gar nicht mehr, wie sie mit dem pauschalen Verlangen zeigen, dass sie jeglichen Anspruch an das Bil- dungssystem aufgegeben haben. Jeder kann es „durchlaufen“, also „absitzen“ und wer da war, bekommt ein Zeugnis, das Befähigung und Wissen bescheinigt. Mithin ein wertloses Zeugnis, auch für die, die bestanden hätten. Man kann sie nicht mehr unterscheiden. Bundesbil- dungsministerin Anja Karliczek – böse Zungen behaupten, es seien hohe Preis- gelder für eine schlüssige Antwort auf die Frage ausgesetzt, welche ihrer vorheri- gen Tätigkeiten sie für ihr Amt qualifi- ziert habe – führte am Montag mit Verve aus, dass „jetzt noch nicht die Zeit ist für leichtfertige Lockerungen“. Nach dem dringenden Bedürfnis, so schnell und so weit als möglich die Bildungseinrichtun- gen wieder zu öffnen und den Unterricht fortzusetzen, klang das nicht. Eher nach einem Bestreben, die engstirnige, weit- gehend nicht nur sinnfreie, sondern für die jungen Menschen nachhaltig schäd- liche Schließung noch lange aufrechtzu- erhalten. Laustarker Protest ist aller- dings auch nicht vernehmbar.

Vielleicht hat man sich schon zu sehr daran gewöhnt, dass Bildung und Ausbildung eben nicht mehr das sind, was sie einmal waren. Immerhin kann man hierzulande neuerdings universitä- re Abschlüsse in Archäologie oder Alter Geschichte erwerben, ohne jemals ein Wort Latein gelernt zu haben – für je- den, der auch nur einen Deut Interesse für diese Fächer hat, früher unvorstell- bar. Dafür gibt es inzwischen über 200 „Gender“-Lehrstühle. Die Beispiele lie- ßen sich fortsetzen. Im Übrigen dürfte ein beachtlicher Teil der „Burnout“-Fäl- le darauf zurückzuführen sein, dass Ab- schlüsse „verschenkt“ werden. Die Ein- stellung der Betroffenen erfolgt mit ei- nem Zeugnis, das ihnen Befähigungen bescheinigt, über die sie nicht verfügen, sie werden jedoch mit Aufgaben betraut, denen sie nicht gewachsen sind und an denen sie scheitern.

Widerstand an den Unis

ROBERT MÜHLBAUER

Linke Aktivisten haben den Wirt- schaftswissenschaftler Bernd Lucke im Hörsaal niederge- brüllt, der einstige AfD-Mit- gründer brauchte wochenlang Polizeiz- schutz. Ein Seminar über Meinungsfrei- heit mit Thilo Sarrazin, das ein Philoso- phieprofessor in Siegen geplant hatte, versuchte die Uni-Leitung durch Geldver- weigerung zu behindern. Bei einer Dis- kussion über das islamische Kopftuch in Frankfurt, organisiert von der Ethnologin Susanne Schröter, war schnell der „Ras- sismus“-Vorwurf bei der Hand. Später flo- gen sogar kurzzeitig die Fäuste.

Der Druck der linksgerichteten Poli- tical Correctness an den Universitäten und regelrechte Kampagnen gegen Ab- weichler haben nun eine Widerstandsbe- wegung ausgelöst. Vergangene Woche ging ein „Netzwerk Wissenschaftsfrei- heit“ mit prominenter Unterstützung an die Öffentlichkeit. 70 Professoren und Professorinnen gehören zu den Erstun- terzeichnern. „Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, die Freiheit von For- schung und Lehre aus ideologischen Mo- tiven einzuschränken“, schreiben sie. In einem Manifest beklagen sie, dass ver- sucht werde, „Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und poli- tisch zu instrumentalisieren“.

Es werde Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissen- schaftliche Debatten im Keim zu erstick- en, schreiben sie. Hochschulangehöri- ge würden unter Druck gesetzt, die Ein- ladung missliebiger Gastredner werde zum Skandal aufgeblasen. Zudem werde versucht, Forschungsprojekte, die mit den weltanschaulichen Vorgaben nicht konform gehen, zu verhindern. All dies wird gemeinhin unter dem Schlagwort „Cancel Culture“ (Löschkultur) zusam- mengefasst: Sie geht vor allem von lin- ken Aktivisten aus, die liberale oder kon- servative Andersdenkende mundtot ma- chen wollen.

Sprecherin des Netzwerks ist die His- torikerin und Migrationsforscherin San- dra Kostner von der Pädagogischen Hoch- schule Schwäbisch Gmünd, die schon mehrfach mit kritischen Aufsätzen zur linken Identitätspolitik hervorgetreten ist. Zu den weiteren führenden Organisato- ren gehören der Mainzer Historiker Andreas Rödder, die Philosophin Maria-

CANCEL CULTURE



Gehört zu den führenden Organisatoren des Netzwerkes: Andreas Rödder

Sibylla Lotter von der Ruhr-Universität Bochum, die Politologin Ulrike Ackermann vom John-Stuart-Mill-Institut und der Jurist Martin Nettesheim von der Universität Tübingen. Sandra Kostner findet, es gebe eine Verengung, welche Themen Wissenschaftler problemlos be- arbeiten könnten. Manche Themen seien karrierefördernd, andere könnten Karrie- ren erschweren oder gar zerstören.

Wer sich kritisch etwa mit (Frauen-) Quoten beschäftige, der brauche dafür Mut, sagt sie. Die Philosophin Lotter

Professoren gründen ein Netzwerk gegen die linke Löschkultur

nannte als „heikle Themen“ Islamkritik und Migration. Das Gefühl sei verbreitet, dass man bestimmte Fragen nicht mehr offen ansprechen dürfe. Nettesheim be- tonte, die Wissenschaft müsse lebendig bleiben. Die Drohung mit Ausgrenzung sei falsch. Der Jurist Reinhard Merkel be- klagte, es gebe eine Atmosphäre, in der gelauert werde, ob jemand einen falschen

PORTRÄT

„Vordrängler“ unter Beschuss

meister für sich, erst gegen einen CDU- Konkurrenten, 2019 gegen einen Kandida- ten der Linkspartei.

Ein unbeschriebenes Blatt war Bernd Wiegand schon vor der Impf-Affäre nicht. So erhob die Staatsanwaltschaft 2014 An- klage gegen den Rathauschef wegen des Verdachts auf Untreue. Dem Oberbürger-



Bernd Wiegand, Oberbürgermeister von Halle an der Saale
Foto: imago/Steffen Schellhorn

meister wurde vorgeworfen, seine drei engsten Mitarbeiter in zu hohe Erfah- rungsstufen erhoben zu haben, was eine unstatthaft hohe Besoldung nach sich ge- zogen habe, welche im Stadtsäckel in sie- ben Jahren mit insgesamt 300.000 Euro zu Buche schlug.

Vom Vorwurf der Untreue wurde Wie- gand später von der Wirtschaftskammer des Landgerichts Halle freigesprochen. Dennoch stellten die Richter fest, dass er sich „zielgerichtet“ über die bisherige Einstellungspraxis in der Stadtverwaltung hinweggesetzt habe. Allerdings sei dies nicht aus finanziellen, sondern aus ande- ren Gründen geschehen.

Das Verhältnis Wiegands zum Stadtrat gilt schon länger als angespannt. Dort wird ihm Selbstherrlichkeit vorgeworfen. Da passte sein Vordrängeln bei der Imp- fung ins Bild. Zumindest die FDP will nun seinen Rücktritt.
H.H.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebens- stil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreu- ßen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtsstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert- steuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Kunst hinter Lockdown-Gittern

Um den Anschluss ans Publikum nicht zu verlieren, bieten Museen digitale Angebote an – Eine Lösung für die Zukunft ist das kaum

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Corona-bedingte Schließung hat das Frankfurter Städel Museum, Nürnbergs Germanisches Nationalmuseum und das Potsdamer Museum Barberini auf ganz neue Ideen gebracht. Sie offerieren mithilfe der Videoplattform „Zoom“ kosten- und anmeldepflichtige Angebote. Dafür sind die Teilnehmer einem Kunstvermittler live zugeschaltet und können sich an der Darbietung beteiligen, indem sie Fragen stellen oder Kommentare abgeben.

Jannikhe Möller, Pressereferentin des Städel Museums, berichtet: „Wir haben viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich darüber freuen, endlich wieder gemeinsam mit anderen etwas über Kunst zu lernen und sich online auszutauschen. Das Angebot trifft den Nerv der Zeit.“

„Das Städel Museum für zu Hause – Live“ umfasst drei Online-Formate, die pro einstündiger Sitzung fünf Euro kosten und auf maximal 25 Teilnehmer begrenzt sind. Die Online-Touren führen in die beiden aktuellen Sonderausstellungen ein. In der einen geht es unter dem Titel „Schaulust“ um die niederländische Zeichenkunst des 18. Jahrhunderts. Die andere dreht sich um den Maler und Graphiker Max Beckmann, der von 1915 bis 1933 in der Mainmetropole wirkte. Ihm ist zudem die Online-Session „Beckmann in Frankfurt. Style, Network, Nightlife“ gewidmet.

Die Zeit des Künstlers in Frankfurt kann man online anhand von Gemälden und Graphiken der Sonderschau sowie historischen Fotos nacherleben und bekommt per Google Streetview das heutige Aussehen der Schauplätze von Beckmanns Leben präsentiert. In den Internetrunden und mehr noch im Online-Dialog „In die Falle gelockt. Leidenschaft und Verrat in der Kunst“ sind die Teilnehmer aufgefordert, den Ablauf durch Kommen-



Museum von zu Hause aus: Eine Museumsmitarbeiterin des Städel erklärt via Bildschirm das Goethe-Porträt von Tischbein

tare und Urteile, Abstimmungen und Entscheidungen voranzutreiben.

Nur digitale „Zeichen der Zukunft“

Im Museum Barberini kann die noch bis zum 14. Februar laufende Sonderschau „Impressionismus in Russland. Aufbruch zur Avantgarde“ momentan nur online präsentiert werden. Täglich gibt es für Einzelbücher die von Kunstvermittlern angeführte „Barberini Live Tour“ durch die Sonderschau. Sie dauert 50 Minuten und kostet jeden Teilnehmer drei Euro. Da die Ausstellung komplett vom zweiten Lockdown betroffen wurde, soll vom 28. August bis 9. Januar 2022 ein zweiter Anlauf unternommen werden mit Besuchern, dann hoffentlich vor Ort.

Einmal pro Woche ist im Barberini die digitale Live-Tour zur Impressionisten-Sammlung des Museumsgründers Hasso Plattner im Angebot. „Daneben gibt es Familienführungen und Angebote auf Anfrage für Gruppen bis 25 Personen, die insbesondere von Schulen, Familien und Freundesgruppen gebucht werden. Angebote für 100 und 200 Teilnehmer werden dagegen von Firmen und Freundeskreisen von Kultureinrichtungen gebucht“, erklärt Pressesprecher Achim Klapp.

Jeden Mittwoch um 18.30 Uhr gibt es außerdem den „Barberini Live Talk“. Für fünf Euro kann man einem digitalen Vortrag beiwohnen, der einen besonderen Aspekt von Plattners Kunstsammlung oder der aktuellen Sonderschau behan-

delt. Klapp ist mit der Resonanz sehr zufrieden: „Die Führungen sind fast immer ausgebucht, die Gespräche sehr gut gebucht mit bis zu 50 Teilnehmern.“

Im Germanischen Nationalmuseum von Nürnberg ist seit November die Sonderschau „Zeichen der Zukunft“ aufgebaut. Deren 130 Objekte geben Auskunft über die in Ostasien und Europa geläufigen Techniken des Wahrsagens. Betreten hat die Ausstellung noch kein Besucher. Aber seit Mitte Januar besteht für Gruppen die Möglichkeit eines einstündigen digitalen Museumsgesprächs über die „Zeichen der Zukunft“.

Als „Gruppe“ gilt bereits eine einzige Person, die höchste Anzahl besteht aus 25 Teilnehmern. Wenn die Gruppe einen

Termin vereinbart hat, werden 75 Euro fällig. Jessica Mack-Andrick, stellvertretende Leiterin des Kunst- und Kulturpädagogischen Zentrums der Museen Nürnbergs, freut sich über den regen Zuspruch.

Online-Gipfel zu Davos

Am 18. Februar beginnt im Germanischen Nationalmuseum die Sonderausstellung „Europa auf Kur: Ernst Ludwig Kirchner, Thomas Mann und der Mythos Davos“. Für Gruppen sind Online-Gespräche mit Kunstvermittlern in Vorbereitung. Zudem können sich Einzelteilnehmer für drei Euro einen von maximal 25 Plätzen der Online-Themengespräche mit den Kuratoren sichern. Im Gespräch „Spucknapf und Liegestuhl“ geht es um Medizingeschichten aus dem Luftkurort Davos, der bis zur Einführung der Antibiotikatherapie, die in den 1940er Jahren erfolgt war, ein führendes Zentrum der Tuberkulosebehandlung war.

Das Thema anderer Gespräche sind Davos als mondäner Schweizer Wintersportort, der expressionistische Maler und Graphiker Ernst Ludwig Kirchner, der 1917 Heilung in Davos suchte und bis zu seinem Selbstmord 1938 blieb, sowie Thomas Mann und sein vom Kurort inspirierter Roman „Der Zauberberg“.

Wie alle anderen hofft auch Mack-Andrick auf die baldige Wiedereröffnung der Museen. Aber sie ist überzeugt, dass die neuartigen digitalen Angebote „auch nach der Museumsöffnung für uns ein wichtiges Standbein der Vermittlung bleiben werden“. So urteilt auch Jannikhe Möller: „Wir gehen davon aus, dass die Nachfrage nach solchen Angeboten auch mit der Wiedereröffnung der Museen nicht nachlässt.“ Aber sie betont: „Es ersetzt nicht die Begegnung mit den originalen Kunstwerken in den Museen.“

Informationen und Buchungen:

www.staedelmuseum.de, www.museum-barberini.de, www.gnm.de

RENAISSANCEKÜNSTLER

Michelangelos Ebenbild

Vor 450 Jahren starb Benvenuto Cellini – Goethe übersetzte die Autobiographie des Draufgängers

Auf der Piazza della Signoria, dem zentralen Platz von Florenz, stehen sich zwei der bedeutendsten Renaissancekulpturen vis-à-vis gegenüber. Direkt vor dem Palazzo Vecchio fällt die Kopie des aus einem Marmorstück gehauenen fünf Meter großen, nackten „David“ von Michelangelo auf. Nur wenige Schritte gegenüber hält in der Loggia dei Lanzi, einem Teil der Uffizien, ein bronzener Perseus mit seiner Linken das abgeschlagene Haupt der Medusa in die Höhe.

Die auf einem Sockel stehende Skulptur befindet sich auf Augenhöhe mit dem David, sowohl was die Höhe als auch was die kunsthistorische Bedeutung betrifft. Geschaffen wurde sie von einem Künstler, der dazu noch eine ähnlich schillernde Biographie aufweist wie Michelangelo. Es handelt sich um den am 13. Februar 1571 gestorbenen Goldschmied, Medailleur, Autor, Musiker, Sodomit, Dieb, Mörder und Papstliebhaber Benvenuto Cellini.

Dass man so manches von seinem exzentrischen Leben weiß, verdankt man auch seiner Autobiographie, die Goethe nach seiner Rückkehr aus Italien ins Deut-

sche übertragen hat. Fast kann man das Buch „Leben des Benvenuto Cellini“ als eigenständiges Werk Goethes bezeichnen, hat er es doch recht frei übersetzt. Als Anhang zum Buch hat er außerdem eine Abhandlung „bezüglich auf Sitten, Kunst und Technik“ geliefert.

Diese drei Aspekte finden sich reichlich in der Biographie. Der im Jahr 1500 in Florenz geborene Cellini zeichnet dabei ein geschöntes Bild seines ziemlich sitzenlosen Lebens. Mindestens drei Morde hat er begangen, von dem Zeitgenossen sagten, dass er „mehr an die Waffen, als an die Kunst“ denkt. Natürlich hatte er stets „gute“ Begründungen für seine Taten: Rache am Todfeind oder Zufall spielten eine Rolle. Den Tod eines wütenden Postmeisters schildert er so: Das Gewehr sei von selbst losgegangen, „die Kugel traf den Bogen des Tors, schlug zurück und traf den Mann gerade in den Hals, so daß er tot zur Erde fiel“.

Egal, was er auch anstellte, die Päpste, erst Clemens VII., dann Paul III., hielten die schützende Hand über ihre Lieblingskünstler. Auch darin glich er dem 25 Jahre

älteren Michelangelo. Beide erfreuten sich der Gunst der Päpste und machten als Florentiner Künstler Karriere im Vatikan. Nur als Cellini der Falschmünzerei beschuldigt



Cellinis Halsabschneider von Florenz: „Perseus mit dem Medusenhaupt“

wurde, sperrte man ihn in der Engelsburg ein. Seine Schilderung eines Fluchtversuchs liest sich ebenso spannend wie in Casanovas „Memoiren“ dessen Flucht aus den Bleikammern von Venedig.

Den breitesten Raum in Cellinis „Leben“ aber nimmt seine Bildhauerkunst und die technische Umsetzung ein. Wie er das berühmte filigrane, goldene Salzfaß für den französischen König Franz I., das heute im Kunsthistorischen Museum Wien zu Hause ist, anfertigte, war ebenso abenteuerlich wie die Herstellung des „Perseus mit dem Medusenhaupt“, bei dem er fast die eigene Werkstatt abgefackelt hat. Denn der Ofen platzte, als er die Bronze für die aus einem Stück bestehende Riesenfigur schmelzen wollte.

Das bewegte Leben des Cellini inspirierte auch den Franzosen Hector Berlioz zu seiner Oper „Benvenuto Cellini“, für die Franz Liszt 1852 eine Fassung in deutscher Sprache schuf. Breiten Raum nimmt darin eine Liebesgeschichte mit einer Frau ein, wobei unterschlagen wird, dass Cellini – wie Michelangelo – homosexuelle Neigungen besaß.

Harald Tews

WELFENSCHATZ

Preußen siegen in den USA

Im Kampf um den Welfenschatz hat die Stiftung Preußischer Kulturbesitz einen möglicherweise entscheidenden Etappensieg errungen. Der Supreme Court der USA stimmte einstimmig gegen die Zulässigkeit einer Klage nach Restitution in den Vereinigten Staaten. Die Erben von jüdischen Kunsthändlern, denen im Nationalsozialismus der Kirchenschatz aus dem Braunschweiger Dom abgekauft wurde, wollten in den USA gegen eine – wie sie es sehen – Enteignung klagen. Der seit Donald Trump mehrheitlich konservative Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten stellte in dem Verkauf von Schätzen eigener Staatsbürger keine Verletzung des Völkerrechts fest, nur bei fremden Staatsbürgern hätte ein US-Gericht angerufen werden können. Der Fall um den im Berliner Kunstgewerbemuseum bewahrten Schatz geht nun zurück an die unterste Instanz. Hier hat die Gegenseite eine letzte Chance zu beweisen, dass die Voraussetzungen für eine Völkerrechtsverletzung erfüllt seien.

H. Tews

PHILATELIE

Briefmarken
zu runden
Jahrestagen

Corona erschwert manches, auch die Geschichtspolitik. Große Festakte fallen ebenso der Pandemie zum Opfer wie aufwendige Ausstellungen. Wenigstens hat der Staat noch die Sonderpostwertzeichen, mit denen er deutlich machen kann, was ihm lieb und teuer ist. Seit vorletzten Donnerstag gibt das Bundesministerium der Finanzen die Sonderpostwertzeichen „150. Geburtstag Friedrich Ebert“ und „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ heraus.

Die Gestaltung der Sonderbriefmarke und der Ersttagsstempel zum 150. Geburtstag des SPD-Vorsitzenden und ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, über den die PAZ in der vorletzten Ausgabe ausführlich berichtete, stammt von Matthias Wittig aus Berlin. Die Briefmarke schmücken die Worte „Demokratie braucht Demokraten“, die Ebert zugeschrieben und als sein politisches Vermächtnis betrachtet werden.

Anlass der Sonderbriefmarke „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ ist ein heute im Vatikan konserviertes Dokument. Das weitreichende Edikt wurde im Jahre 321 vom römischen Kaiser Konstantin erlassen und regelte, dass fortan auch Juden in Ämter der Kurie und der Stadtverwaltung berufen werden konnten. Die Quelle gilt als Beleg dafür, dass Juden mindestens seit damals auf dem Gebiet des heutigen



Sonderpostwertzeichen „150. Geburts-tag Friedrich Ebert“

Deutschlands leben. Die Gestaltung der Sonderbriefmarke und der Ersttagsstempel stammen von Detlef Behr aus Köln. Geschmückt ist die Briefmarke mit den Worten „Chai – Auf das Leben“. Das hebräische Wort „chai“ – das „ch“ gesprochen wie in „lachend“ – bedeutet „lebendig“ und wird auch im jüdischen Alltag in Deutschland häufig verwendet. „Le-Chaim“, „Auf das Leben“ heißt entsprechend ein klassischer Trink-spruch, der Lebensfreude symbolisiert.

E.B.



Sonderpostwertzeichen „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“



Bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung zur engeren Zusammenarbeit am 15. Februar 1991 auf der Oberen Burg von Visegrád: Der tschechoslowakische Präsident Václav Havel, der gastgebende ungarische Ministerpräsident József Antall und der polnische Präsident Lech Wałęsa (von links) Foto: Péter Antall

VISEGRÁD-GUPPE

Das konservativ-nationale Korrektiv
der Europäischen Union

Vor 30 Jahren vereinbarten die drei ostmitteleuropäischen sowie NATO- und EU-Aspiranten Polen, Ungarn und Tschechoslowakei eine verstärkte Zusammenarbeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Visegrád, zu deutsch Plintenburg, liegt 40 Kilometer nördlich von Budapest nahe der ungarisch-slowakischen Grenze und kann auf eine lange bewegte Geschichte zurückblicken. Unter anderem kamen in der dortigen Burg, dem Sitz der ungarischen Könige, im Oktober 1335 die Könige Johann von Böhmen, Karl I. von Ungarn und Kasimir III. von Polen zu einem regionalen Gipfeltreffen zusammen und vereinbarten eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Politik und Handel. Daher war es von großer symbolischer Bedeutung, dass gerade Visegrád als Tagungsort eines weiteren Gipfeltreffens ausgewählt wurde, als die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges Abstimmungsbedarf hinsichtlich ihrer künftigen politischen Positionen sahen.

Zu den Beratungen in der Oberen Burg von Visegrád trafen sich vor 30 Jahren, am 15. Februar 1991, die nunmehr frei demokratisch legitimierten Präsidenten beziehungsweise Ministerpräsidenten der drei ostmitteleuropäischen Staaten: Lech Wałęsa, József Antall und Václav Havel. Ihre anschließend verabschiedete Abschlusserklärung ist das Gründungsdokument der Visegrád-Gruppe, die seit Anfang 1993 auch „V4“ genannt wird, weil die Tschechei und die Slowakei nach dem Zerfall der Tschechoslowakei zu eigenständigen Mitgliedern avancierten. Wałęsa, Antall und Havel bekräftigten das gemeinsame Interesse ihrer Länder an der Westintegration, also dem Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO. Darüber hinaus vereinbarten sie eine verstärkte Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Wirtschaft und Technik sowie Umgang mit nationalen Minderheiten.

Mit der Aufnahme in den Nordatlantikpakt zum 12. März 1999 beziehungsweise 29. März 2004 und in die EU zum

1. Mai 2004 erreichten die vier eines ihrer Hauptziele von 1991. Dadurch wurde diese besondere Form der Kooperation zwischen Polen, der Tschechei, Ungarn und der Slowakei jedoch nicht obsolet – ganz im Gegenteil. Verantwortlich hierfür waren die politischen Entwicklungen in der Folgezeit. Das Versagen der Europäischen Union bei der Sicherung ihrer Außengrenzen, der Zurückweisung illegaler Einwanderer und der effektiven Bekämpfung des islamischen Terrorismus erreichte ein nachgerade katastrophales Ausmaß.

„Zwei plus Zwei“

In dieser Situation einigten sich die Visegrád-Staaten auf eine seitdem konsequent beibehaltene harte Linie. So lehnten sie beispielsweise verbindliche Quoten ab, nach denen „Flüchtlinge“ auf die einzelnen EU-Länder aufgeteilt werden sollen. Polen machte dabei seine ausnehmend negativen Erfahrungen mit der Aufnahme von rund 90.000 muslimischen Tschetschenen geltend. Nicht einer der V4-Staaten sah sich als Einwanderungsland, und die Tschechei erklärte ganz explizit, „keinen einzigen illegalen Migranten“ beherbergen zu wollen. Die Position der Visegrád-Gruppe fasste der

ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán dergestalt zusammen: „Das Ziel unserer Flüchtlingspolitik ist es, die Migration zu stoppen.“

Die Visegrád-Staaten bilden heute jedoch nicht etwa einen monothematischen Club. Sie eint nämlich mehr als nur das Bestreben, den Einwanderungsbefürwortern in Brüssel, Berlin und anderswo Paroli zu bieten. So sind sie auch gegen den „European Green Deal“, also das von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgestellte Konzept, den europäischen Kontinent bis 2050 „klimaneutral“ zu machen. Ebenso wird kritisiert, dass die EU das christliche Erbe Europas negiert, traditionelle Familienbilder in Frage stellt und die nationalen Identitäten der Mitgliedsländer durch einen oktroyierten Multikulturalismus zu untergraben versucht. Brüssel solle aufhören, den Ostmitteleuropäern zu diktieren, wie sie zu leben hätten, meinte Orbán im Juli vorigen Jahres hierzu. Darüber hinaus geißelte der ungarische Regierungschef im Namen auch der anderen V4-Staaten die Praxis ausländischer Konzerne, in den Visegrád-Staaten Lebensmittel minderer Qualität in Umlauf zu bringen. Dieses Agieren „mit zweierlei Maß“ müsse aufhören.

Ansonsten wenden sich Polen, Ungarn, die Tschechei und die Slowakei auch noch ganz dezidiert gegen den Ruf nach „mehr Europa“. Für die V4-Staaten ist die Bewahrung des Status quo beziehungsweise die Rückkehr zu einem Europa möglichst souveräner Vaterländer sehr viel erstrebenswerter als noch mehr Zentralismus und Kommandowirtschaft.

Als Nettoempfänger erpressbar

Damit bekleiden sie eine ganz besondere Rolle in der EU, nämlich die der halbinstitutionalisierten inneren Opposition. Das einstmalige Zweckbündnis der Staaten des früheren Ostblocks hat sich inzwischen zu einer Art Binnenorganisation der EU entwickelt, die systematisch und gezielt gegen die Hauptstrukturen der Union agiert. Letztere verfügen dabei kaum über wirksame Mechanismen, die Blockadehaltung der selbstbewusst auftretenden und von ihrer jeweiligen nationalen Homogenität profitierenden V4-Staaten zu sanktionieren – sieht man vom Geld ab, denn alle vier Visegrád-Staaten sind Nettoempfänger.

Ungeachtet der nach Außen demonstrierten Einigkeit, welche die Stärke der Visegrád-Gruppe ausmacht, gibt es unter den V4-Staaten aber auch Differenzen. So sind die Slowakei und die Tschechei etwas weniger EU-skeptisch als Polen und Ungarn. Das lässt manche Beobachter hinsichtlich der „Visegráder Vier“ von „Zwei plus Zwei“ sprechen. Die Slowakei signalisierte mittlerweile beispielsweise ihre Bereitschaft, zumindest kleinere Kontingente von „Flüchtlingen“ aufzunehmen. Darüber hinaus steht Polen mit seinem Kampf gegen Gasleitungen aus Russland unter Umgehung seines eigenen Territoriums in der Visegrád-Gruppe allein.

Käme es über solche Divergenzen, über die derzeit noch nicht laut gestritten wird, zur Erosion der Visegrád-Gruppe oder gar zu deren Zerfall, würde dies zu einer gravierenden Schwächung des konservativ-nationalen Elements in der EU führen.

Die drei unterzeichnenden Staats- und Regierungschefs



Der Dichterpräsident Václav Havel war von 1989 bis 1992 der neunte und letzte Präsident der Tschechoslowakei und von 1993 bis 2003 der erste der Tschechei



Ungarns erster Ministerpräsident nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs, József Antall, war vor 30 Jahren bereits schwer krank und starb 1993 an Krebs



Der vormalige Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarność, Lech Wałęsa, war von 1990 bis 1995 der erste Präsident der Dritten Polnischen Republik

LOLA MONTEZ

Die Frau, die König Ludwig I. die Krone kostete

Vor 200 Jahren kam die „bayerische Pompadour“ zur Welt, die nicht aus Spanien kam, sondern aus Irland und eigentlich Elizabeth Rosanna Gilbert hieß

VON MANUEL RUOFF

Lola Montez wird als „bayerische Pompadour“ bezeichnet. Dabei hat die Tänzerin auch gewisse Ähnlichkeit mit Mata Hari. Bei beiden war die Herkunft nicht so exotisch, wie sie behaupteten, sondern eher verwirrend. Bei beiden war der Tanz eher erotisch als künstlerisch. Beide hatten in ihren besten Jahren den Körper und die Ausstrahlung, die Männer um den Finger zu wickeln. Und beiden war ein Altern in Würde missgönnt.

Lola Montez kam ebenso wenig aus Spanien wie Mata Hari aus Indonesien. Vielmehr kam auch sie aus der nördlichen Hälfte Europas. Wie „Mata Hari“ war auch „Lola Montez“ ein Künstlername. Als Elizabeth Rosanna Gilbert kam die Tochter eines schottischen Offiziers und einer irischen Landadeligen vor 200 Jahren, am 17. Februar 1821, im nordwestirischen Grange zur Welt. Früh wurde sie Halbwaise. Nachdem die Familie 1822 nach Kalkutta umgezogen war, starb ihr Vater an der Cholera. Unterschiedliche Ersatzväter taten sich schwer mit ihr und schließlich landete sie in einem Internat. Nach der Schulausbildung sollte sie mit 16 Jahren eine Vernunftehe mit einem Richter eingehen. Um dem zu entgehen, brannte sie mit dem englischen Offizier Thomas James nach Irland durch. Dort heirateten die beiden und gingen dann nach Indien. Nach drei Jahren trennte sich das Paar allerdings wieder. Montez kehrte nach Europa zurück und nahm in London Schauspiel- und Tanzunterricht.

Nun gab sich die gebürtige Irin ihr spanisches Image. Sie ließ sich von einem spanischen Tanzlehrer unterrichten, lernte die spanische Sprache und spanische Tänze und beendete ihre Ausbildung mit einem Spanienaufenthalt. 1843 kam sie als die vorgebliche spanische Tänzerin aus Sevilla Maria de los Dolores Porrys y Montez oder kurz Lola Montez nach London zurück. Dabei kam ihr schließlich das Spanienfaible entgegen, das die 1847 erschienene Novelle „Carmen“ des französischen Schriftstellers Prosper Mérimée auslöste.

Das Debüt in London verlief zwar erfolgreich, aber ihre wahre Identität wurde entdeckt und sie sah sich gezwungen zu fliehen. Es begann eine Flucht durch Europa voller Skandale. In Thüringen hatte sie eine Affäre mit dem Fürsten Reuß zu Lobenstein und Ebersdorf. In Berlin tanzte sie vor dem preußischen König und dem russischen Zaren. In Warschau löste sie Tumulte aus, indem sie sich mit den polnischen Separatisten solidarierte. Franz Liszt begleitete sie nach Paris. Auch in der Seine-Metropole erregte sie Aufsehen. Dort kostete sie den Redakteur der dortigen Zeitung „Le Press“ Alexandre Dujarier das Leben, der in einem Duell erschossen wurde, das er um ihre Tugend gefordert hatte.

Umtriebe Tänzerin

Nach dieser Affäre verließ Lola Montez 1845 Paris und landete schließlich 1846 in München. Da der Intendant der dortigen Hofbühne sie

hatte abblitzen lassen, versuchte sie es am 7. Oktober direkt beim König. Angesichts ihres prallen Mieders soll dieser gefragt haben: „Natur oder Kunst?“ Statt zu antworten, soll sie mit einem Brieföffner ihr Mieder aufgeschnitten und damit dem dreieinhalb Jahrzehnte Älteren die Möglichkeit geboten haben, sich selbst ein Bild zu machen.

Das mag ein Gerücht sein. Fakt ist, dass Ludwig I. auf Lola Montez ähnlich begeistert reagierte wie sein Enkel und späterer Nachfolger Ludwig II. auf Richard Wagner, nur etwas weniger platonisch. Er ließ sie nicht nur in München auftreten, sondern beschenkte sie großzügig. Dazu gehörte ein Palais in München ebenso wie 158.084 Gulden. Das war mehr Geld als der Bau der Feldherrenhalle kostete.

Doch nicht nur mit materiellen Gütern, auch mit einem erblichen Adelstitel wollte Ludwig seine Geliebte versehen. Dafür bemühte er sich um die bayerische Staatsangehörigkeit für sie, das sogenannte Indigenat. Obwohl sie durch das von ihm erhaltene Palais Grundeigentümerin in München geworden war, verweigerte die Gemeinde jedoch die Gewährung des Heimatrechtes.

Nun wollte Ludwig Lola Montez dieses Recht per Dekret verleihen. Dafür brauchte er aber die Zustimmung des Staatsrates, die dieser verweigerte. Das Ergebnis war eine Regierungskrise. An die Stelle des Ministeriums des ultramontanen, sprich erzkatholischen Staatsministers Karl von Abel, den Ludwig in besseren Tagen seinen „ersten Staatsmann“ genannt hatte, trat ein liberales sogenanntes Kabinett der Morgenröte, das sich weder der Einbürgerung noch der Erhebung von Lola Montez zur Gräfin von Landsfeld am 25. August 1847 in den Weg stellte.

Sicherlich spielten bei der Ablehnung Lola Montez' Neid und Standesdünkel eine Rolle. Allerdings wusste sie auch zu provozieren. Bewusst verstieß sie gegen Konventionen. In Hosen zog sie Zigarren rauchend mit einer Reitpeitsche bewaffnet in Begleitung einer Dogge und einer Leibgarde durch die Haupt- und Residenzstadt. Die Leibgarde stellten Studenten des Corps Alemannia. Dabei handelte es sich um eine Abspaltung des Corps Palatia München. Die Spaltung der Münchner Studentenschaft zwischen den sogenannten Lolamännern vom Corps Alemannia und den anderen Corps führte schließlich zu Handgreiflichkeiten. Ludwig reagierte darauf, indem er am 9. Februar 1848 die Universität schloss und die Studenten Münchens verwies. Das Ergebnis waren bereits am folgenden Tag Proteste der Studenten, denen sich andere anschlossen, und Unruhen in der Stadt. Ludwig hatte den Bogen überspannt – und gab nun nach. Er öffnete die Universität wieder und ließ Lola Montez fallen – zumindest offiziell.

Per Kutsche trat Lola Montez am 11. Februar 1848 die Flucht Richtung Schweiz an. Sie blieb jedoch in Verbindung mit Ludwig. Im Folgemonat kam sie heimlich mit seinem Wissen nach München zurück. Das wurde jedoch publik, und unter dem Druck von Unruhen sah sich der König gezwungen, seine Liebe durch die Polizei verfolgen zu lassen. „Da war's mir unausstehlich, länger auf dem Thron zu sein“, erklärte Ludwig am 20. März 1848 und dankte zugunsten seines Ältesten ab.

München blieb eine Episode

Nach ihrer rund eineinhalbjährigen Episode in München setzte Lola Montez ihre Wanderschaft als Tänzerin fort. Anfänglich konnte sie sich weiterhin der finanziellen Unterstützung Ludwigs erfreuen. Das änderte sich allerdings, als das Verhältnis abkühlte, weil Ludwig von Lola Montez' Verhältnis mit dem Hochstapler Auguste Papon erfuhr. Gänzlich brach ihr bayerischer Gönner die Beziehung zu ihr ab, nachdem er davon erfahren hatte, dass sie nach ihrer Rückkehr nach London im Jahre 1849 den jungen britischen Offizier George Trafford Heald geheiratet hatte. Die Ehe kostete sie nicht nur die noch verbliebene Unterstützung Ludwigs, sondern brachte ihr auch den Vorwurf der Bigamie ein, da Thomas James noch lebte. Sie begab sich auf die Flucht. George Trafford Heald nahm sie mit.

Nach dem Scheitern ihrer Beziehung mit George Trafford Heald wechselte Lola Montez 1852 den Kontinent. In den USA spielte sie sich selbst in der Theaterrevue „Lola Montez in Bavaria“. Bis zum Frühjahr 1853 tourte sie an der Ostküste einschließlich Auftritten am Broadway. Im Mai des Jahres wechselte sie an die Westküste nach San Francisco. Im Juli 1853 heiratete sie den irischstämmigen amerikanischen Journalisten Patrick Hull, der allerdings noch im selben Jahr verstarb. Im August ließ sie sich in der kalifornischen Goldgräberstadt Grass Valley nieder.

1855/56 tourte sie durch Australien. In Victoria trat sie ebenso auf wie in der Goldgräberstadt Castlemaine, wo sie mit einer Vorstellung das Theatre Royal eröffnete. 1856 machte sie eine wenig beachtete Europatournee, von der sie im Folgejahr nach New York zurückkehrte. Das Tanzen fiel ihr zunehmend schwerer, und so verlegte sie sich auf das Vortragen und Verfassen von Texten. Ihre Bücher „The Arts of Beauty“ und „Anecdotes of Love“ entstanden.

Unter dem Einfluss des protestantischen Journalisten Charles Chauncey Burr entwickelte sich Lola Montez zur bekennenden Methodistin und engagierte sich für sogenannte gefallene Mädchen. Das entbehrt nicht einer gewissen Komik, hatte Ludwig sie doch zur Gräfin gemacht „wegen der vielen, den Armen Bayerns erzeugten Wohltaten“.

1860 erlitt sie einen Schlaganfall. Möglicherweise kam Syphilis hinzu. Nach einem Leben auf der Überholspur war die einst betörende Blüte früh gewelkt. Mit nicht einmal 40 Jahren starb Lola Montez am 17. Januar 1861 in New York an einer Lungenentzündung.

FRITZ KOLBE

Verräter oder Widerständler?

George Wood sei „zweifelloso einer der besten Agenten, die irgendein Geheimdienst jemals gehabt hat“, so Allen Welsh Dulles. Dulles war im Zweiten Weltkrieg Resident des US-amerikanischen Geheimdienstes OSS in Bern und später Direktor der daraus hervorgegangen CIA. Hinter dem Decknamen „George Wood“ verbarg sich der Top-Spion Fritz Kolbe, Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes (AA).

Seit August 1943 versorgte Kolbe die Amerikaner mit Wissen unter anderem über das Ausmaß von Bombenschäden an kriegswichtigen Fabriken, über das erste in Serie gebaute Strahlflugzeug Messerschmidt Me 262 oder V-Waffen. Als wichtigster Hinweis gilt die Enttarnung von Elyesa Bazna, Kammerdiener des britischen Botschafters in Istanbul. Bazna stand in deutschen Diensten und wurde als „Cicero“ bekannt.

Kolbe lieferte über 1600 Dokumente. Nicht auf alle seine Mitteilungen wurde jedoch adäquat reagiert, so auch auf die über das Vorgehen gegen die Juden in Rom und in Ungarn. Man misstraute ihm, er galt als „zu gut“. Später wurden seine Materialien als derartig geheim eingestuft, dass nicht einmal ein Dutzend Personen Zugriff darauf hatte und die Informationen nicht effektiv genutzt werden konnten. Dabei gab es keinen Anlass, an Kolbes Integrität zu zweifeln. Das NS-System lehnte er konsequent ab.

Am 25. September 1900 in Berlin geboren, wurde er nach verschiedenen Auslandsverwendungen 1941 Mitarbeiter des Sonderbotschafters Karl Ritter, des Verbindungsmannes des AA zum Oberkommando der Wehrmacht. Damit hatte Kolbe Zugriff auf die entsprechenden Unterlagen. „Mein Wunsch war es, den Krieg zu verkürzen“, erklärte er einmal, den „Vorwurf des Verrats“, habe er „überwunden“. Nie nahm er Geld für seine Dienste. Die Befreiung vom NS-Regime konnte seiner Meinung nach nur von außen erfolgen. Ideen, aktiv tätig zu werden, etwa durch Aufstellung einer „Volksmiliz“,



Vor 50 Jahren gestorben: Fritz Kolbe

die landende US-Fallschirmjäger unterstützen sollte, redete ihm Dulles aus – als Spion war er ihm nützlicher.

Unentdeckt bis zum Ende, fand Kolbe im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik kein Unterkommen mehr, als einstiger Top-Agent der Amerikaner war er nicht gut gelitten. Am 16. Februar 1971 ist er in Bern gestorben. Offizielle Würdigungen erfolgten erst nach der Jahrtausendwende. So wurde 2004 im Andenken an Kolbe unter dem damaligen Minister Joseph Fischer im AA ein Sitzungssaal nach ihm benannt. Erik Lommatzsch



FOTO: IMAGO IMAGES/LEENAGE

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Das Regal fiel, und Gott sei Dank lagen nur sämtliche Bücher und CDs darunter begraben und nicht der fünfjährige Julian, der, um seinem kleinen Bruder ein Geburtstagsgeschenk zu verpacken, eine CD aus seinem Regal holen wollte. Zu dumm nur, dass er noch nicht ganz ran kam. So kletterte er kurzerhand auf die ersten Bretter und konnte noch rechtzeitig abspringen.

Wie konnte es dazu kommen? Kindergarten- und Vorschulkinder wie Julian brauchen Anleitung und Hilfe, um das zu machen, was sie machen dürfen, können und wollen. Die Scheren, der Klebstoff – alles liegt gut verpackt im Schrank, in dem sich auch eine Bastelunterlage befindet, damit nicht wieder der Abend damit verbracht wird, den Küchentisch von Kleberesten zu befreien. Nur leider liegen sie außerhalb seiner Reichweite.

Das Spielen allein macht auch nur eine bestimmte Zeit des Tages aus. Irgendwann wird es ihm langweilig, und der kleine Strolch schleicht vom Schreibtisch seiner schulpflichtigen Schwester zum Arbeitsplatz der Eltern – und geht enttäuscht wieder in sein Zimmer, weil keiner für ihn Zeit hat, ihm aber auch Aufgaben fehlen, die ihn ohne Hilfe seiner Eltern beschäftigen könnten.

Psychosomatische Leiden

Nachdem das zweite Malbuch am Tag bekritzelt wurde, das dritte LÜK-Rätsel gelöst ist, die Spielzeugwelten aufgebaut, bespielt und wieder abgebaut wurden, ist es gerade mal zehn Uhr. Erst nach dem Mittagessen hat seine Schwester endlich Zeit, mit ihm zu spielen. Auf die Frage, was er sich am meisten wünscht, antwortet er schüchtern, dass jemand Geburtstag hat, weil im letzten Lockdown Geburtstagsfeiern mit mehreren Kindern noch erlaubt gewesen sind.

Er hat es schon aufgegeben, sich zu wünschen, dass er endlich mit seinen Freunden in der Kita wieder toben kann. Das Spielen unter freiem Himmel können sich auch nur Eltern erlauben, die eine solche Gelegenheit haben, ihr draußen spielendes Kind zu beaufsichtigen und gleichzeitig zu arbeiten, beispielsweise im eigenen Garten. Mit einem Spielplatz zwei Straßen weiter kommen wir da leider nicht weit.

So hat neben allem anderen seine Fitness ganz schön zu leiden. Von befreundeten Familien hört man, dass ihre Kinder schon psychosomatische Leiden entwickeln wie das schwere Luftholen, was in der Literatur auch als Lufthunger bezeichnet wird. Die Gefühlslage ist bei keinem im Lot, natürlich auch nicht bei den Kindergarten- und Vorschulkindern. So fließen reichlich Tränen, Schlafenszeiten werden gnadenlos gerissen, und das Durchschlafen im eigenen Bett ist auch



„Was können wir als Eltern tun?“, Mutter mit Kind in Heimarbeit

Foto: imago images/photothek

KINDHEIT IN DER PANDEMIE

Und es hat Rums gemacht

„Ich habe gar keinen mehr zum Spielen“: Vom Leben eines Fünfjährigen im x-ten Lockdown – der Erfahrungsbericht einer Mutter

nur eine Wunschvorstellung der Eltern. Man möchte seinen Kleinen immer nur knuddeln, gerade wenn solche Aussagen fallen wie „Ihr habt mich gar nicht mehr lieb!“ oder „Ich habe gar keinen mehr zum Spielen.“ Und doch ist man – gefühlt – viel am Schimpfen, weil der eingespielte Tagesablauf völlig aus dem Takt geraten ist.

Weinend am Bein der Eltern

Mancher Kindergarten hat sich zur Aufgabe gemacht, Kindern ein – wenn auch nur kurzes – Programm zu bieten. Hierzu zählen Onlinesitzungen mit Bastelzeit. Oder Unterlagen können in der Kita abgeholt werden. Doch kann jeder Fünfjährige eine Zoomsitzung starten? Tatsächlich bedarf es wieder der Vorbereitung der Eltern. Da müssen Kreise vorbereitet, ein Bastelplatz eingerichtet, der Schwester das Notebook entrissen und die eigene Telefonkonferenz unterbrochen werden, damit der Junge mal was anderes erlebt.

Eine Freundin sagte neulich: „Ich bin jetzt schon auf der Suche nach Feen-

staub.“ Andere Kindertagesstätten können Live-Morgenkreise gar nicht mehr anbieten, weil die Mitarbeiter angehalten sind, zu Hause zu bleiben, die Notgrupsituation aber eine Zusatzleistung der Erzieher nicht mehr zulässt.

Was können wir als Eltern tun? Wir könnten die Kinderkrankentage nutzen. Aber machen wir das? Nein, denn wir sind froh, arbeiten zu können. Da geht es anderen viel schlechter. Man denke nur an die Mitarbeiter von insolventen Einzelhändlern.

Planungssicherheit könnte helfen, doch was vonseiten der Bundesregierung und seitens der Länder kommt, ist, um es diplomatisch auszudrücken, schwierig. Schulen sollen auf den Präsenzunterricht verzichten, Kindertagesstätten haben Notbetreuung. In der Zeitung „Die Welt“ heißt es: „16 Bundesländer, 16 unterschiedliche Konzepte“. Hören Sie auch die Titelmelodie von Pipi Langstrumpf? In einigen Bundesländern gibt es Lockerungen, Mecklenburg-Vorpommern will die Schüler wieder in die Schulen lassen.

Was ist aber mit den Kindergarten- oder gar den Krippenkindern? Wenn die Kitas wieder ganz öffnen dürfen, müssen viele eine neue Eingewöhnung durchleben. Bei den älteren Kindergartenkindern wird es nicht viel anders sein. So sehr sie es sich wünschen, in die Kita zu dürfen, so gewiss ist auch, dass Kinder, die von Natur aus eher schüchtern sind, wieder weinend am Bein ihrer Eltern hängen, weil sie gar nicht wissen, was sie nun dürfen und was nicht.

Kinderrechte neu ins Grundgesetz?

Ähnlich sieht es für die Schulkinder aus. Wird es wieder einen Hybridunterricht geben? Gott bewahre! Hybridunterricht handhabt jede Schule ganz individuell. Meistens werden die Klassen in je zwei Gruppen geteilt. Die erste Gruppe darf dann in der Schule unterrichtet werden, die andere arbeitet von zu Hause aus. So weit, so gut. Aber in vielen Schulen wird nicht wochenweise vorgegangen, sondern tage- oder gar stundenweise. Montags von zehn bis zwölf Uhr, mittwochs

von acht bis zehn Uhr. Nur, wie kommen die Schüler, die noch nicht allein zur Schule gehen können, dort pünktlich hin? Flexible Arbeitszeiten sind auch kein Allheilmittel, weil sich so die Arbeitszeit nur noch weiter in den Abend verlagert und von der gemeinsamen Familienzeit nichts bleibt, von der guten Laune ganz zu schweigen.

Da gerät es zur Farce, dass Kinderrechte nun ins Grundgesetz geschrieben werden sollen. Ergänzt wird Artikel 6, Absatz 2: „Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“ So steht es auf der Internetseite der Bundesregierung. Das Recht auf Entwicklung? Ja, wir haben das Regal nun zweifach an der Wand festgeschraubt.

HAYEK-GESELLSCHAFT

Wieder Krach bei der libertären Denkfabrik

Der Streit um die Haltung zur Alternative für Deutschland entzweit aufs Neue

Fünf Jahre nach einem aufsehenerregenden Massenaustritt steht die libertäre Hayek-Gesellschaft abermals vor der Spaltung. Vordergründig geht es um die Mitgliedschaft von Personen, die der Alternative für Deutschland (AfD) angehören, aber auch finanzielle Aspekte dürften eine Rolle spielen.

Die Vereinigung hat sich auf die Fahnen geschrieben, das Andenken und die Ideen des österreichischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Friedrich August von Hayek (1899–1992) zu pflegen. Derzeit gehören ihr noch rund 300 Personen an. Nach der Etablierung der AfD im Parteienspektrum und dem Bekanntwerden der

Tatsache, dass prominente AfD-Führungsfiguren wie Alice Weidel oder Beatrix von Storch der liberalen Gesellschaft angehören, hatten sich vor gut fünf Jahren bereits mehr als 50 Mitglieder verabschiedet, unter anderem die damalige Vorsitzende Karen Horn sowie der FDP-Chef Christian Lindner.

Höhepunkt der Konfrontation

In den vergangenen Wochen eskalierte die Situation dann abermals. Ein Beschluss der von der Hayek-Gesellschaft formal unabhängigen August-von-Hayek-Stiftung, wonach die Mitgliedschaft in der AfD mit jener in der Gesellschaft und der

Stiftung unvereinbar sei, war der bisherige Höhepunkt der Konfrontation. Die Stiftung hat keinen direkten Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Vorstands der Gesellschaft. Dieser aber entscheidet über Mitgliederaufnahmen und wird von den Mitgliedern gewählt. Die zentrale Aufgabe der Stiftung ist es dagegen, die Hayek-Gesellschaft und deren Projekte zu finanzieren.

Die Hayek-Stiftung verwaltet ein mittleres siebenstelliges Stiftungsvermögen, es geht also um viel Geld. Umgehend verkündete die Gesellschaft, den Unvereinbarkeitsbeschluss in Richtung der AfD nicht zu akzeptieren. Der Stif-

tungsrat überschreite seine Kompetenzen, erklärte Stefan Kooths, Chef der Hayek-Gesellschaft. Kooths ist ein angesehener Ökonom, in Kiel leitet er als Direktor die Abteilung für Konjunktur und Wachstum des Instituts für Weltwirtschaft (IfW).

Auch Alice Weidel wurde es zu viel

Er argumentiert, dass eine unterstellte „AfD-Nähe“ zu einem politischen Kampfbegriff geworden sei. „Seit Monaten erleben wir, dass der frühere vertrauensvolle Dialog zwischen Hayek-Gesellschaft und -Stiftung durch den offensichtlichen Versuch maßgeblicher Kräfte im Stiftungsrat

abgelöst worden ist, die demokratisch verfasste Hayek-Gesellschaft dem Einfluss der Stiftung unterzuordnen“, schrieb Kooths in der vergangenen Woche an die Mitglieder.

Das ist ein deutlicher Hinweis, dass finanzielle Aspekte mit im Spiel sein könnten. Ruhe wird so schnell keine einkommen. Schon vor einigen Tagen traten die FDP-Bundestagsabgeordneten Linda Teuteberg und Frank Schäffler aus. Offizielle Begründung: zu große AfD-Nähe. Doch auch aus deren Reihen gibt es einen Abgang. Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel kündigte ebenfalls. Ihre Motivation: „Zu viel Streit.“ *Peter Entinger*



KÖNIGSBERGER MUSEEN

Meerestiere unter der großen Weltkugel

Nach über siebenjähriger Bauzeit fertig: das kugelförmige Gebäude „Planet Ozean“ des Ozeanmuseums

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Der Bau des einzigartigen Gebäudes „Planet Ozean“ in der Form einer Weltkugel auf dem Gelände des Ozeanmuseums in Königsberg wurde abgeschlossen – das letzte Glaselement ist eingebaut. Insgesamt wurden für das ungewöhnliche Gewölbe 1200 Glasscheiben verarbeitet. Jede von ihnen ist ein Unikat, das eine eigene Form und seinen Platz in der Gesamtstruktur eingenommen hat. In der Höhe haben alle Einzelstücke das gleiche Maß von 2,20 Meter, aber in der Breite sind sie unterschiedlich, da sie ein Trapez bilden: 2,20 Meter ist die eine Grundlänge und 1,90 Meter die andere.

1200 Unikate verbaut

Ganz oben auf der Kugel befindet sich eine transparente Zone, bestehend aus doppelt verglasten Fenstern. Der größte Teil der Kugel besteht aus „Triplex“, das heißt, aus Strukturkammerplatten, die aufgrund ihres leichten Gewichts und einer außerordentlichen Druck- und Stoßbelastbarkeit vielfältig einsetzbar sind. Die Technologie ihrer Herstellung basiert darauf, dass das „Glas“ von innen mit keramischer blauer Farbe gestrichen wird, die im Ofen eingebrannt wird. Anschließend wird ein Wolkenmuster mit weißer Farbe auf die Außenseite aufgetragen und ebenfalls eingebrannt.

Die Arbeiten auf der Baustelle des neuen Gebäudes des Ozeanmuseums wurden im Jahr 2013 begonnen. Seitdem mussten mehrmals die Auftragnehmer ausgetauscht werden, was die Fertigstellung verzögerte. Zuletzt war die Moskauer Firma „StroyMonolitService“ mit der



Letzte Arbeiten an der Kuppel des Gebäudes „Planet Ozean“: In dem neuen Nebengebäude des Ozeanmuseums im Zentrum Königsbergs sollen bald Aquarien und neue Ausstellungen unter der Kuppel gezeigt werden

Foto: J.T.

Bauausführung beauftragt. Die Anlage sollte eigentlich bis zum 25. November 2019 fertiggestellt sein. Doch die russische Regierung, der das Museum direkt unterstellt ist, verschob den Termin für die Inbetriebnahme des Gebäudes auf 2021.

Die Gesamtfläche des kugelförmigen Gebäudes beträgt fast 10.000 Quadratmeter, von denen 500 Quadratmeter für Aquarien vorgesehen sind. Der Rest soll für Ausstellungen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird das Gebäude mit

dem Museums- und Bildungszentrum „OCEANIJA“ (Doppelbedeutung für den Kontinent Ozeanien und „Der Ozean und ich“) ein Wissenschaftspark sein. Außerdem soll es das Erholungsgebiet „Bernsteinmeer“ und einen Yachthafen geben.

10.000 Quadratmeter Fläche

Vor Kurzem musste das Ozeanmuseum aufgrund der epidemiologischen Situation erneut den Ausflugsverkehr vorübergehend einstellen sowie das Schiff „Kos-

monaut Viktor Pazajew“ und den Fischtrawler „SRT-129“ für Besucher schließen. Es ist das zweite Mal, dass die Aktivitäten des Museums wegen der Coronapandemie eingeschränkt wurden. Zu Beginn des Frühjahrs war es für die Öffentlichkeit komplett geschlossen und öffnete erst Ende Juni wieder.

Die Museumsverantwortlichen hoffen, dass die große neue Ausstellung in den kommenden Jahren diese Verluste ausgleichen und noch mehr Besucher anlocken wird.

SPENDENSAMMLUNG

Allensteiner engagieren sich für Kinder in Not

Verschlüsse von Kunststoffflaschen als wertvoller Recycling-Wertstoff – Erlös kommt Bedürftigen zugute

Seit Jahren führen verschiedene Stiftungen, Hospize, Schulen, Betriebe und Privatpersonen wohltätige Sammlungen zugunsten schwerkranker und behinderter Kinder durch. Neben der traditionellen Geldspende zur Unterstützung von Bedürftigen erweist sich das Sammeln von Plastikflaschenverschlüssen, die dann an Annahmestellen verkauft werden, als echte Hilfe für diejenigen, die eine Rehabilitation, aufwendige Operationen und Therapien, teure Medikamente oder spezielle Rehabilitationsgeräte wie Rollstühle beziehungsweise Pflegebetten benötigen.

Um die Spende der Plastikflaschenkappen für wohltätige Zwecke zu erleichtern, erhielt die Stiftung „Zukunft für Kinder“ von der Firma Dam-Rob aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, mehrere große herzförmige Behälter, in welche die Deckel geworfen werden können.

Die schönen Metallherzen wurden an stark frequentierten Orten in Allenstein aufgestellt. Sie befinden sich unter anderem im Stadtzentrum beim Rathausgebäude, an den Eingängen zu den größten Einkaufszentren „Aura“ und „Ermländische Galerie“ sowie im Zentralpark und vor dem Gebäude der Sozialversicherungsanstalt.

Die Aktion der Stiftung, die von der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Ermland und Masuren, den Stadtbehörden sowie den Verwaltern der Einkaufszentren unterstützt wurde, erwies sich schnell als Volltreffer. Die herzförmigen Behälter füllten sich in rasantem Tempo, was das

enorme Engagement der Allensteiner Bürger bei der Hilfe für Kinder in Not beweist.

Hervorzuheben ist, dass kleine Kunststoffdeckel, die oft gedankenlos wegwerfen werden, nicht nur Abfall sind, sondern vor allem ein idealer Sekundärroh-

stoff. Verschlüsse sind viel mehr wert als Kunststoffflaschen, da sie aus hartem Plastik, das heißt, einem reinen Polymer PET (Polyethylen), hergestellt werden. Die Wiederverwendung dieses Materials ist viel einfacher und profitabler als das Flaschenrecycling, das spezielle Geräte, Methoden und viel Lagerfläche erfordert.

Reines Polyethylen kann, wenn es durch Schreddern zu Granulat verarbeitet wird, sofort zu weiteren Deckeln, Kunststoffverpackungen, Behältern, Mülleimern oder PVC-Rohren und sogar Computergehäusen wiederverwertet werden. Auch kann recyclingfähiger Kunststoff aus gesammelten Deckeln bei der Herstellung von Müllsäcken wieder eingesetzt werden.

Der Preis, den polnische Annahmestellen für ein Kilogramm Kunststoffkappen zahlen, schwankt umgerechnet zwischen vier und 17 Eurocent pro Kilogramm. Um die zahlreichen Hilfsbedürftigen der Stiftung zu unterstützen, ist es notwendig, Tausende von Verbrauchern zu mobilisieren, die durch das Sammeln und Spenden von Getränkeverschlüssen ihr großes Herz zeigen und gleichzeitig die Umwelt schützen sowie zur Wiederverwendung von Sekundärrohstoffen beitragen.

Dawid Kazanski



Ein pinkfarbenes Herz vor dem Einkaufszentrum: Sammelbox in Allenstein

Foto: D.J.

● MELDUNGEN

Barockgebäude wird saniert

Königsberg – Das Gebäude der Bank „Ostpreußische Landschaft“ in der Landhofmeisterstraße [ul. Tjulina] soll restauriert werden. Das teilte der Leiter des regionalen Dienstes für den Schutz des kulturellen Erbes, Jewegnij Maslow, vor wenigen Tagen mit. Bauexperten hätten bereits eine Dokumentation für die Überholung des Dachs und der Fassade des Gebäudes im Barockstil eingereicht. Eigentümer des Gebäudes ist derzeit das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation. Doch obwohl das Gebäude bereits seit 2007 unter Denkmalschutz steht, sah das Ministerium bislang keine Veranlassung, es vor dem Verfall zu schützen. Eine 2017 angestrebte Klage des Denkmalschutzdienstes verlief im Sande. Das Gericht sah das Verteidigungsministerium nicht in der Pflicht. In dem 1899 errichteten Haus befinden sich das Archiv der Baltischen Flotte und das Büro des Militärkommissariats für Königsberg. MRK

Rekordjahr für Memeler Hafen

Memel – Das Jahr 2020 ist eines der erfolgreichsten des Memeler Hafens. 47,74 Millionen Tonnen Fracht wurden im vergangenen Jahr umgesetzt und damit mehr als im Rekordjahr 2018 mit 46,58 Tonnen. In gleich vier Frachtkategorien wurde das beste Ergebnis aller Zeiten erzielt. Das höchste Wachstum wurde in den Segmenten Düngemittel, Getreide und Flüssigerdgas (LNG) verzeichnet. Der Getreideumschlag ist am stärksten gestiegen – im Vergleich zu 2019 wurde im letzten Jahr ein Drittel mehr Getreide umgeschlagen. Auch die Menge an Düngemitteln ist deutlich gestiegen. Der Umschlag von diesem Gut stieg um zwölf Prozent. Die Stärke liege in der Diversifizierung der Ladungen, das heißt, der Hafen sei für den Umschlag verschiedener Frachtarten maßgeschneidert, sagte Algis Latakas, Chef der Klaipėda State Seaport Authority. Der Memeler Hafen stehe damit nicht nur gut unter den Häfen Ostmittel und Osteuropas da, sondern auch unter denen ganz Europas. MRK

Tulpen aus Ostpreußen

Irglacken – Mit elf Millionen Tulpen und 800.000 Hyazinthen für den Valentinstag am 14. Februar und den Internationalen Frauentag am 8. März hat die Gärtnerei „Kalinkowo“ in Irglacken fast doppelt so viele Blumen wie im Vorjahr produziert. Der größte Produzent von Zierpflanzen und Blumen im Gebiet baut seine Pflanzen auf einer Fläche von mehr als fünf Hektar in einem modernen Gewächshauskomplex an. Der Großteil der sieben Tulpensorten ist für den Verkauf nach Moskau, St. Petersburg und Nowosibirsk, aber auch für den Export nach Weißrussland bestimmt. Für das Königsberger Gebiet wird ein spezielles Farbsortiment aus hellen, gesättigten Farben produziert, während die restlichen Kunden Pastellfarben bevorzugen. MRK

Wir gratulieren...



Zum 101. Geburtstag

Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Buttgereit, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Ladda, Hedwig, geb. **Schall**, aus Lötzen, am 17. Februar
Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ravn, Elfi, geb. **Kuczinski**, aus Herzogsmühle/Röbel, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Zlomke, Horst, aus Opitten, Kreis Blumenau, am 14. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-

ZUM 97. GEBURTSTAG

Banz, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Breitsprecher, Elsa, geb. **Pohlenz**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Hennig, Marianne, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Jestrzowski, Hildegard, aus Lyck, am 12. Februar
Moll, Hedwig, geb. **Todzi**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Zickermann, Elisabeth, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Happach, Hildegard, geb. **Krause**, aus Liska-Schaaken, Kreis Fischhausen, am 12. Februar
Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Saathoff, Frieda, geb. **Festerling**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borowy, Siegfried, aus Kobilinen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Dennig, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Wischnewski, Christel, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, am 13. Februar
Dudek, Ilse, geb. **Nüske**, aus Lyck, Morgenstraße 14, am 18. Februar
Eggert, Elisabeth, geb. **Schröder**, aus Paggehnen, Kreis Fischhausen, am 12. Februar

den (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Gerlach, Marie-Anne, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Februar
Gritzan, Elfriede, geb. **Kensy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Kieselbach, Erika, geb. Budzinski, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Ponzelar, Ruth, geb. **Mrohs**, aus Binien, Kreis Lyck, am 12. Februar
Schwiderrek, Kurt, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 17. Februar
Wolgast, Hildegard, geb. **Mat-schuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Brockmann, Gertrud, geb. **Küchmeister**, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Höhn, Gerda, geb. **Oelsner**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 14. Februar
Joneleit, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, am 12. Februar
Jorzik, Irmgard, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Knapp, Klara, geb. **Bendzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 15. Februar
Sawischlewski, Gertrud, geb. **Bergholz**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Schmidt, Erika, geb. **Liedke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Schott, Irene, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 18. Februar
Wachsmuth, Herta, geb. **Brozio**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 16. Februar
Weigelt, Hildegard, geb. **Wiesner**, aus Treuburg, am 12. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beckmann, Lieselotte, geb. **Potrafke**, aus Himmelforth, Kreis Mohrungen, am 15. Februar
Burdinski, Heinrich, aus Magdalenzen, Kreis Neidenburg, am 15. Februar
Dannowitz, Inge, aus Sentken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Görich, Hedwig, geb. **Dubies**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 17. Februar
Jedamcik, Christel, geb. **Cittrich**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. Februar
Lojewski, Gisela, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Februar
Luszek, Günter, aus Wallenrode Lindenhof, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Meson, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Februar

Passiep, Hildegard, geb. **Kollek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 10. Februar
Redepennig, Gerda, geb. **Horn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Rutkowski, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Schwarz, Frieda, geb. **Jankowski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Tölke, Ursula, geb. **Kupzik**, aus Quellbruch, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Woit, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fabricius, Irmgard, geb. **Kurowski**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 13. Februar
Gerlitz, Bernhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 18. Februar
Jensen, Karl-Heinz, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Meynert, Erna, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Neumann, Kurt, aus Lyck, am 18. Februar
Okuniek, Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Riedzewski, Edeltraut, geb. **Nowotsch**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Sander, Eva, geb. Heyer, aus Treuburg, am 16. Februar
Schönfeld, Elfriede, geb. **Druba**, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Stuhr, Erika, geb. **Gramatzki**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Wiemann, Werner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Worgull, Heinz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 17. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barczewski, Walter, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 14. Februar
Baudisch, Elfriede, geb. **Lask**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 9. Februar
Bischoff, Ella, geb. **Libuschewski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Busgen, Irmgard, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Frömel, Erika, geb. **Stramm**, aus Ihllicken, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Gerull, Edith, geb. **Szuggat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Gronau, Gertrud, geb. **Blümel**, aus Wehlau, am 12. Februar

Hetkamp, Edith, geb. Wilks, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Hoffmann, Horst, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Hufenbach, Helene, geb. **Bumann**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 13. Februar
Kudritzki, Gerhard, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 17. Februar
Maletz, Karl, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Matull, Waltraut, geb. **Gembalies**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Meiritz, Irene, geb. **Gutt**, aus Auer, Kreis Mohrungen, am 15. Februar
Marquardt, Gisela, geb. **Kropeit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Peise, Hildegard, geb. **Przykopp**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Rutkowski, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 17. Februar
Schulz, Lucie, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Strojek, Heinz, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 18. Februar
Supkus, Helmut, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Teller, Günter, aus Wehlau, am 12. Februar
Tiburczy, Edith, geb. **Raudies**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Tietz, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Weber, Elfriede, geb. **Schwetblick**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Zepik, Paul, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 14. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bavar, Hannelore, geb. **Kalweit**, aus Lyck, am 12. Februar
Birtsch, Elwira, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Brandt, Adelheit, geb. **Ernst** aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. Februar
Brozio, Günter, aus Treuburg, am 8. Februar
Bruns, Hanna, geb. **Wessel**, aus Wehlau, am 15. Februar
Fehr, Walter, aus Regeln, Kreis Lyck, am 12. Februar
Gerull, Waldemar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Haak, Dorothea, geb. **Pawlowski**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Heinacher, Rita, geb. **Elberling**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 12. Februar
Kabelitz, Inge, geb. **Knapp**, aus Fischhausen, am 12. Februar

Kallisch, Fritz, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Kopp, Margarete, geb. **Plewka**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Kossack, Rudi, aus Wehlau, am 14. Februar
Kowalzik, Hartmut, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. Februar
Krause, Martin, aus Liska-Schaaken, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Lask, Alfred, aus Maihof, Kreis Lyck, am 18. Februar
Loss, Thea, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 18. Februar
Moser, Johanna, geb. Bednarz, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Schmidt, Irma, geb. **Sach**, aus Dip-pelsee, Kreis Lyck, am 12. Februar
Tramer, Dora, geb. **Spitz**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Winter, Gerhard, aus Buchwalde, Kreis Mohrungen, am 12. Februar
Zapusek, Christel, geb. **Brozio**, aus Lyck, am 12. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abel, Ingrid, geb. **Handelmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Breuhammer, Hartmut, aus Wehlau, am 12. Februar
Dzimba, Hartmut, Kreisgemein-schaft Lötzen, am 17. Februar
Gaentzsch, Elvira, geb. **Magazin**, aus Lyck, am 14. Februar
Jebam, Peter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Maschitzki, Heinz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Maschitzki, Helmut, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Nörenberg, Ingrid, geb. **Geisen-dorf**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Platzek, Dietmar, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 17. Februar
Ratz, Ingrid, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Schubert, Sabine, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Schwokowski, Prof. Dr. Christi-an, aus Lötzen, am 15. Februar
Waschkewitz, Ingrid, geb. **Waldek**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bilek, Brigitte, geb. **Przybylski**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Wilken, Ernst-Heino, aus Pop-pendorf, Kreis Wehlau, am 14. Februar

Kontakt Glückwünsche

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Kontakt

Redaktion Heimat
Christiane Rinser-Schrut
Telefon (040) 41400834
Fax (040) 41400850
E-Mail: rinser@paz.de
Adresse: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle

drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der **Jahresbeitrag** beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Wartet auf Betrachter: Aquarell von Hans Pluquet

Foto: privat

Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, Telefon (0421)
3469718

Mitgliedsbeitrag

Bremen – Mit diesem Aquarell „Dünenlandschaft bei Nidden“ des Königsberger Akademieschülers Hans Pluquet, geboren am 15. Oktober 1903 in Wertheim im Kreis Gumbinnen, gestorben am 18. Mai 1981 in Bremen, grüßen wir unsere Mitglieder und Freunde. Das Bild befindet sich in unserer Geschäftsstelle, die leider weiterhin nicht für Besuche geöffnet sein darf. So können wir dort und bei unseren Zusammenkünften auch leider nicht Ihre Beitragszahlungen annehmen. In den vergangenen Jahren war es üblich geworden, dass vor allem die Mitglieder unserer Frauengruppe bei der ersten Zusammenkunft im Januar den Beitrag in bar entrichteten. Leider muss dieses in diesem Jahr entfallen und wir bitten all unsere Mitglieder, den Jahresbeitrag von 40,- EURO für Einzelmitglieder und 55,- EURO für

Paare per Überweisung zu zahlen. Bankverbindung:
IBAN DE92 2905 0101 0001 0805 14. Herzlichen Dank.

Heinrich Lohmann

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684,
Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Telefon (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968

Jahresbericht 2020

Oldenburg – Das Jahr 2020 begann ganz normal, um dann ab April „geschlossen“ zu werden. Das Verbot von Veranstaltungen aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hinderte uns daran, unsere Zusam-

menkünfte abzuhalten. Im September 2020 wagten wir wieder, unter strengen Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen zusammenzukommen und Ostpreußens zu gedenken. Wir durften aber nicht singen, deshalb haben wir das Ostpreußenlied verlesen. Aber ab November war wiederum Schluss und so konnten wir nicht einmal eine Adventsfeier veranstalten.
8. Januar 2020: Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg begann das Jahr 2020 mit dem Video „Ostpreußens Schlösser“, der die virtuellen Rekonstruktionsversuche an den zerstörten Schlössern Schlobitten, Schlodien und Friedrichstein in Ostpreußen zeigt, um eine detailgetreue Darstellung am Computer zu ermöglichen. Wir gedachten auch unserer Verstorbenen des vergangenen Jahres (vier Personen) und hörten den Jahresrückblick 2019.
12. Februar: Professor Siegmund Fröhlich stellte uns sein Buch „Masurische Wortschätze und Familiengeschichten“ vor. Er machte zunächst masurische Wortübungen mit dem Publikum, bevor er seine Geschichten aus dem Buch las, die zweisprachig sind: masurisch und deutsch.
11. März: Forstdirektor Horst Buschalsky berichtete uns von der „Jagd in Ostpreußen einst und heute“. Seine väterlichen Vorfahren kamen aus Ostpreußen und so hatte ihn berufliches und familiäres Interesse zu diesem Vortrag veranlasst. In der Rominter Heide und der Elchniederung hatte sich in Ostpreußen eine große Ursprünglichkeit von Natur und Landschaft bis ins 20. Jahrhundert erhalten, die sich positiv auf die Entwicklung aller Wildarten auswirkte.
In den Monaten April bis August gab es keine Veranstaltungen.
9. September: Wir versuchten nach der Sommerpause einen Wiederanfang mit persönlicher Anmeldung, Begrenzung auf 30 Personen und weiten Abständen in der Sitz-

ordnung. Burghard Gieseler, Kreisvertreter der Kreismannschaft Osterode, Ostpreußen, berichtete von seiner Arbeit für Ostpreußen. Als nach dem Krieg Geborener eines Osteroders fand er seinen Weg in die Kreismannschaft über seine Besuche in der Heimat des Vaters. Er widmet seine Arbeit einem intensiven Austausch mit dem heutigen Osterode und der dortigen Deutschen Minderheit, um auch heute noch das deutsche Kulturgut in Ostpreußen zu pflegen.
14. Oktober: Wir konnten das Erntedankfest nicht wie üblich mit einem Basar von Produkten unserer heimischen Ernte feiern. Kurzen Textbeiträgen zum Erntedank schloss eine Lesung der Kammer-schauspielerin Elfi Hoppe an, gebürtig aus Labiau, Ostpreußen, heute Oldenburg. Sie las uns Erzählungen aus ihrem Buch „Marthelchen“, in dem sie Kurzgeschichten über Erlebtes mit ihrer Tante Martha – „Marthelchen“ – aufgeschrieben hatte. Sie hatte von ihrer Tante die ostpreußische Mundart erlernt und so las sie diese Geschichten auch in Mundart. Verständlich für jedermann und kurzweilig vorgetragen schuf sie eine ostpreußische Atmosphäre, auch ohne Lieder, die uns an die Heimat erinnerten.
Zusammenfassung und Statistisches: Unsere fünf Veranstaltungen wurden im Durchschnitt von 32 Personen besucht, womit wir zufrieden sein können. Mit ost- oder westpreußischen Themen erreichen wir hin und wieder Personen, die nicht regelmäßig kommen. Da wir nur noch die einzige Gruppe in Oldenburg sind, die die kulturellen Interessen Ost- und Westpreußens vertritt, wollen wir auch weiterhin das Kulturgut und Brauchtum unserer Heimat in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Wir versenden unsere Programme zweimal im Jahr, im Jahr 2020 zusätzlich ein Schreiben im Mai. Fünf Mitglieder unserer Gruppe sind im Jahr 2020 verstorben. Wir erheben keinen Mitgliederbeitrag, sondern leben von freiwilli-

gen Spenden, sowie unserer Teller-sammlung oder den Basaren. Die Kasse wurde von Frau A. Neumann geführt und von Herrn J. Neumann geprüft. Sie ist für das Jahr 2020 abgeschlossen. Wir sind Mitglied im „Landesverband Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen“ und der Agnes-Miegel-Gesellschaft, Bad Nenndorf.

Gisela Borchers

Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefte@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Neue Broschüre

Landesgruppe – Zwischen Verzweiflung und Hoffnung
Anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung Königsbergs erscheint ein Vortrag Professor Wladimir Gilmanovs als Broschüre. In einer Zeit, die eine Schwelle überschreitet und einer neuen Ordnung zuneigt, gibt es viele Stimmen, die warnen oder verkünden. Eine Stimme darf man nicht überhören: Es ist die Stimme von Wladimir Gilmanov, der an der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität in Königsberg lehrt und als profunder Kenner der ostpreußischen Geistesgeschichte hervorgetreten ist. Er hat sich am 30. August 2019 in einem Vortrag grundsätzliche Gedanken gemacht in Zusammenhang mit der zweifachen Bombardierung Königsbergs im August 1944. Unter dem Bombenhagel der britischen Lancaster Bomber, die unter Verletzung des schwedischen Luftraumes eingeflogen waren, verglühte ein großer Teil der ostpreußischen Landes-

hauptstadt: Über 40 Prozent des Stadtgebietes wurden zerstört und mehr als 5000 Personen verloren ihr Leben.
Für Wladimir Gilmanov ist dieser gezielte Zerstörungsakt „eine Apokalypse durch menschliche Hand“, und er ordnet das Geschehen ein in die weiteren Zerstörungsakte des 20. Jahrhunderts. Insbesondere Königsberg mit seinem Philosophen Kant und seinem grausamen Schicksal am Ende des Zweiten Weltkriegs erscheint ihm als Ausgangspunkt seiner Überlegungen besonders geeignet. So entwickelt er von hier aus eine umfassende Perspektive, der er die Bezeichnung „Zwischen Verzweiflung und Hoffnung“ gibt. Unter diesem Blickwinkel gewinnt der Vortrag die Konturen eines nahezu endzeitlichen Appells an die Vernunft des Menschen, denn es liegt an ihm, der „subjektorientierten Ontologie“ zu entrinnen und eine dem Zerstörerischen abgewandte „Denkkultur“ zu gewinnen.
Die einzige Antwort auf die uns bedrängende Krise, und hier folgt Gilmanov seinem Leitbild Kant, ist die Erlangung einer „essentiellen Freiheit“. Nur so kommen wir aus der „Spirale zentrifugaler Entfremdungs-dynamik“ heraus. Das aber bedeutet im Gegensatz zu dem von der Politik geforderten Wachstum bewusste Selbstbeschränkung: „Freiheit ohne Selbstbeschränkung, ohne Rücksicht auf die vom moralischen Gesetz gesetzten Grenzen endet mit blindem Amoklauf zum berausenden Konsum, was zwangsläufig zur Sinnentleerung, Frustration und Entfremdung führt“. Damit gelangt der Vortragende zum Schluss, „dass der einzige denkbare Widerstand gegen die moderne Krise des Überlebens im Mut zum wahren Menschsein besteht“.
Sind das die Worte eines realitätsfremden Schwarmgeistes? Wladimir Gilmanov verweist in diesem Zusammenhang auf das rationale Vermögen des Menschen, das

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



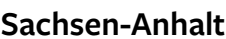
Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

sie der Vortrag diagnostiziert, nicht nur auf ein weites Interesse stößt, sondern auch, wie die zahlreichen Schriften und Vorträge Wladimir Gilmanovs, eine Brücke zwischen Deutschen und Russen schlägt. *Walter T. Rix*

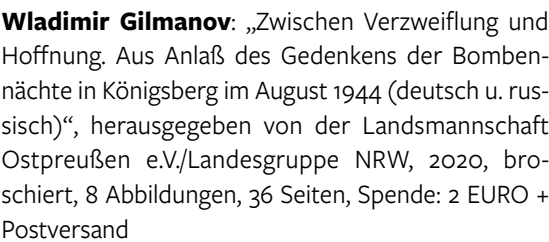
Der Vortrag kann als Video unter folgender Internetadresse angesehen werden: www.youtube.com/watch?v=nfEumpfgUtI



Vorsitzender: Michael Gründling,
Große Brauhausstraße 1, 06108
Halle, Tel. privat (0345)2080680

Dessau-Roßlau – Sigrd Krüger hatte nach der politischen Wende in Dessau unsere Kreisgruppe aufgebaut. Sie war bis ins hohe Alter sehr aktiv. Ihr Tod hinterlässt eine große Lücke. Wir werden ihr Andenken bewahren und in ihrem Sinne unsere Arbeit für die Ost- und Westpreußen in unserer Region fortsetzen.

Im Namen der Kreisgruppe Dessau-Roßlau, im Landesverband Sachsen-Anhalt Siegfried Rupietta



Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 – 983-31 00; Fax: 04261 – 983 –31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Eigentlich wollte die Kreisgemeinschaft Angerburg zusammen mit dem Patenkreis Rotenburg (Wümme) am 20. und 21. Februar zur 63. Heimatpolitischen Tagung nach Rotenburg (Wümme) einladen. Die Vorbereitungen hierzu waren bereits im Februar des Vorjahres angelaufen. Doch daraus wird „coronabedingt“ leider nichts. Die Veranstaltung muss daher abgesagt werden. Die Verantwortlichen hoffen auf Ihr Verständnis.

Michael Meyer



Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-
dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr.
22, 24327 Flehm.
Geschäftsstelle: Patenschaft
Rastenburg: Kaiserring 4, 46483
Wesel, Tel. (0281) 26950

Es folgt die Veröffentlichung der Ergebnisse der Nachwahl für die Bezirksvertretung vom Kirchspiel Langheim der Kreisgemeinschaft Rastenburg.

Durch den Tod der Bezirks- und Ortsvertreterin von Langheim, Mimi Scheiba, gab es eine Nachwahl zu den Kreisgemeinschaftswahlen von 2019.

Änderung im Kirchspiel Langheim: Ute Seibt, Neu-Ulm, wird das Amt der Bezirksvertreterin und Ursula Lösch, Gerlingen, das Amt als Ortsvertreterin übernehmen. Die Kreisgemeinschaft dankt den Damen für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit.

Ursula Lösch

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 8/2021 (Erstverkaufstag 26. Februar) bis spätestens Dienstag, den 16. Februar 2021, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4,
22087 Hamburg

Nach zwölf Jahren vollendet

Vierter Band des deutsch-polnischen Geschichtsbuches erscheint

Mit der Herausgabe des vierten Bandes des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs stehe das Projekt nach gut zwölf Jahren harter gemeinsamer Arbeit nun kurz vor dem Abschluss, so der Vorsitzende der Stiftung Haus Oberschlesien Sebastian Wladarz. Es fehle lediglich die Zulassung des Lehrbuchs in Polen. In Deutschland ist sie bereits erfolgt.

Perspektivwechsel

Es „ist das Ergebnis des Willens, nationale Einseitigkeiten in der Geschichtsdarstellung zu überwinden und das ist gerade heute mehr gefragt, denn je. Wir brauchen eher eine gemeinsame, europäische Erinnerungskultur als einen Blick durch die nationale Brille“, sagt Wladarz. Dabei sei der Vorzug des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs, dass es für die jeweils ande-

re Seite einen Perspektivenwechsel ermöglicht. So werden Wissensdefizite auf beiden Seiten verringert, meint der gebürtige Oberschlesier. Insbesondere der vierte Band sei für die Stiftung ganz spannend, auch in der Museumspädagogik und politischen Bildung. Dort wird das 20. Jahrhundert behandelt, das durch Krieg und Gewaltherrschaft, aber auch Flucht und Vertreibung geprägt war.

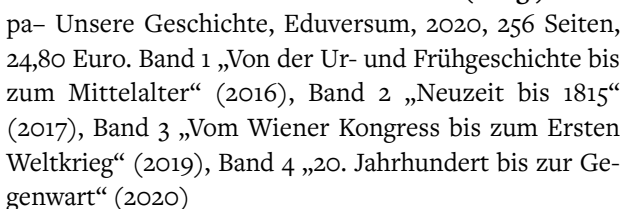
„In der Wissensvermittlung zu den Themen Flucht und Vertreibung der Deutschen infolge des Zweiten Weltkriegs gibt es durchaus Defizi-

te. Dankenswerterweise hat die Landesregierung Lehrplananpassungen vorgenommen“, sagt Andrea Perl, neue Direktorin des Oberschlesischen Landesmuseums.

Einsatz im Unterricht

Der Erfolg des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs hänge freilich von seinem Einsatz im Unterricht ab. „Daher hoffen wir, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen, aber natürlich auch anderswo, möglichst flächendeckend dieses Lehrbuch nutzen“, so Perlt. S. W.

Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission (Hrsg.): Euro-



Rätsel

[illegible]

Schüttelrätsel

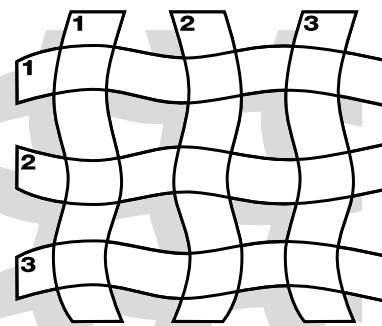
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EGLL NORZZ	BENO	AKLPS	AGRT	EKRUZ	AENW	EILZ	EEGN
▶							
ABERR				EIN			
AINS TZ		AEGS UW	▶				
▶				AEL	▶		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderer Begriff für sehr leise, ohne Geräusch.

1	POOL								TUCH
2	HERZ								OEL
3	START								SCHEIN
4	ALT								BRIEF
5	WASSER								ROCK
6	BOHNEN								WAND
7	OBST								WEIN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Lagerraum; Vorratsraum
2 ein Gewürz; ein Gemüse
3 dünnflüssiger Arzneiauszug

FREILICHTMUSEUM AM KIEKEBERG

Ein Haus zieht um

Die „Königsberger Straße“ wurde um ein Flüchtlingssiedlungshaus erweitert

Die Ganzteiltranslozierung ist abgeschlossen: Vom 27. bis 31. Januar ist ein 1955 erbautes Flüchtlingssiedlungshaus in einem aufwendigen Verfahren ins Freilichtmuseum am Kiekeberg gefahren worden. Für das Museum ist es besonders wertvoll, denn es ist weitgehend so erhalten, wie es vor über 60 Jahren erbaut worden ist. Jetzt wird das Gebäude am Kiekeberg restauriert, historisch gerecht eingerichtet und wohl im Frühjahr 2023 eröffnet.

Eröffnung im Jahr 2023

Das Gebäude steht in der „Königsberger Straße. Heimat in der jungen Bundesrepublik“, der neuen Baugruppe am Kiekeberg, die die Zeit von 1949 bis 1979 darstellt. Dazu baut das Museum fünf regional-typische Gebäude mit entsprechender Einrichtung und aussagekräftigen Geschichten auf, legt Gärten und Straßen an. Ausstellungen zeigen politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen in Deutschland. Bewohnergeschichten und Einzelschicksale aus der Zeit illustrieren besonders eindringlich die individuellen Auswirkungen.

„Für uns ist das komplett erhaltene Siedlungshaus ein Glücksfall. Originalbaumaterial, -ausstattung, -einrichtung sind zum Großteil erhalten, mit den früheren Bewohnern werden intensive zeitgeschichtliche Forschungen durchgeführt“, sagt Museumsdirektor Stefan Zimmermann. „Die Eigentümerfamilie begrüßt es, dass ihr Haus gezeigt und auch ihre Familiengeschichte im Freilichtmuseum am Kiekeberg für kommende Generationen erzählt wird. Sie unterstützt uns mit privaten Dokumenten und Zeitzeugen-Interviews.“

Ehepaar aus Königsberg

Vor dem Hintergrund der Integration Geflüchteter und Vertriebener nach dem Zweiten Weltkrieg ist besonders bezeichnend: Das Gebäude wurde von einem geflohenen Ehepaar aus Königsberg gebaut. Stefan Zimmermann: „Anhand der Aufbauleistung einer Familie können wir so die Integrationsleistung und den individuellen Beitrag der Flüchtlinge und Ausgebombten zum wirtschaftlichen Aufschwung verdeutlichen.“ Das



Ungewöhnlicher Anblick: Am 30. Januar wird das Flüchtlingssiedlungshaus mit Polizeibegleitung auf dem Weg von Tostedt zum Kiekeberg gefahren. Foto: FLM

Freilichtmuseum veranschaulicht mit dem kompakten Siedlungshaus, wie sich Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Welt-

gebombten hatten ihren Besitz weitgehend verloren und waren zunächst notdürftig in Behelfsunterkünften, Zimmern und auch Ställen einquartiert. Nach der Währungsreform 1948 und insbesondere in den 1950er Jahren verbesserte sich ihre Situation: Diverse Gesetze unterstützten den Neuanfang, Wohnungsbau- und Siedlerprogramme halfen zu kostengünstigem Wohnraum. In dieser Zeit gründeten sich viele Selbsthilfe-Siedlervereine. Die nun überall entstehenden Siedlungen veränderten das Erscheinungsbild zahlreicher Orte und prägen es bis heute. Stefan Zimmermann erklärt: „Daher ist das Siedlungshaus ein ganz zentrales materielles Zeugnis der Architektur-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte aus der Anfangsphase der Bundesrepublik.“

Drei für 30

In Tostedt im Landkreis Harburg, nur 30 Fahrkilometer vom Kiekeberg entfernt, stand das Flüchtlingssiedlungshaus – die reine Fahrtzeit zum Kiekeberg betrug letztlich drei Tage. Das Freilichtmuseum am Kiekeberg translozierte das Gebäude im Ganzen, lediglich die Dachspitze musste aufgrund der zu hohen Transporthöhe einzeln gefahren werden. Das ehemalige, alleinstehende Abort-Häuschen wurde vor Jahrzehnten abgerissen und wird am Kiekeberg rekonstruiert. Ebenfalls an den Kiekeberg geholt wird der Stall: Die Familie hielt zwei Schweine,

direkt weiterverarbeitet werden. Stall, Garten und die Grundstücksgröße von 2400 Quadratmeter zeigen, dass die Flüchtlingssiedlungen mit dem Selbstversorger-Gedanken angelegt wurden.

„Königsberger Straße“

Mit dem Großprojekt „Königsberger Straße“ errichtet das Freilichtmuseum bis 2023 eine Baugruppe mit Gebäuden, die typisch für das Leben in der Nachkriegszeit sind und bis heute das Erscheinungsbild von Dörfern in ganz Deutschland prägen. Museumsdirektor Zimmermann erläutert: „Wir stellen dar, wie Einheimische, aber auch Neubürger die Aufbauzeit erlebten. Viele Menschen fanden eine neue Heimat in der jungen Bundesrepublik. Sie erarbeiteten sich ihren Lebensstandard und ihre Anerkennung hart. Schließlich brachten sie viele neue Impulse mit, die insbesondere auf dem Land einen Prozess der kulturellen und wirtschaftlichen Modernisierung an-

stießen.“ Zahlreiche Förderer unterstützen das einmalige Projekt „Königsberger Straße“. Ihr Ziel ist es, die kulturellen Zeugen der unmittelbaren Nachkriegszeit für die Nachwelt zu erhalten und die Aufbauleistung darzustellen. Die „Königsberger Straße“ im Freilichtmuseum am Kiekeberg wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Bund), das Land Niedersachsen, den Landkreis Harburg, den Förderfonds Hamburg/Niedersachsen der Metropolregion Hamburg, die Stiftung Niedersachsen, die Stiftung Hof Schlüter, die Niedersächsische Sparkassenstiftung, die Stiftung der Sparkasse Harburg-Buxtehude, den Lüneburgischen Landschaftsverband, die Klosterkammer Hannover, die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung und den Förderverein des Freilichtmuseums am Kiekeberg. Das Gesamtprojekt ist auf 6,14 Millionen Euro angelegt.

Marion Junker

„Daher ist das Siedlungshaus ein ganz zentrales materielles Zeugnis der Architektur-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte aus der Anfangsphase der Bundesrepublik.“

Stefan Zimmermann
Direktor des
Freilichtmuseums am
Kiekeberg

krieg eine neue Heimat in West-Deutschland aufbauten. Die meisten der über zwölf Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Aus-



Nur noch ein kurzes Stück: Das Haus auf der letzten Etappe zum Freilichtmuseum. Die Umladung des Flüchtlingshauses in Rosengarten (Vahrendorf) Bild FLMK

ANZEIGE

www.ostpreussen.de

verschoben auf 2022

Jahrestreffen



der Landsmannschaft Ostpreußen

Das Jahrestreffen am 5. Juni 2021 in Wolfsburg ist abgesagt, da der CongressPark Wolfsburg als Impfzentrum genutzt wird.

Der neue Termin ist der 11. Juni 2022.
Veranstaltungsort: CongressPark Wolfsburg

Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Tel.: 040-4140080, info@ostpreussen.de

DEN PRUSSEN AUF DER SPUR

Frühe Quellen der Prußen

Die weitgehend unbekannte Geschichte des westbaltischen Volkes bleibt Forschungsinhalt der Wissenschaft

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Prußen – oder wie sie sich selbst nannten, Prusai – waren ein westbaltisches Volk, das im Gebiet zwischen der unteren Weichsel und der Memel siedelte und später dann auch den Namenspaten für die geographische Bezeichnung „Preußen“ abgab. Die ursprüngliche Bedeutung von „Prusai“ ist dabei genauso unklar wie die konkreten Wurzeln der prußischen Sprache. Diese hat aber auf jeden Fall Ähnlichkeiten mit dem Lettischen und Litauischen, welche auf eine gemeinsame Herkunft aus dem indoeuropäischen Sanskrit hindeuten.

Archäologischen Befunden zufolge lebten bereits vor rund 5000 Jahren, also während der Jungsteinzeit, Menschen im späteren Preußenland. Und da es weder im Zuge der Völkerwanderung noch bei anderen Gelegenheiten zu einem größeren Exodus aus der Region gekommen ist, müssten das auch die Ur-Prußen gewesen sein. Späterhin bildeten sich dann elf Stämme heraus, nämlich die Samen, Warmier, Natanger, Barter, Pogesanen, Pomesanen, Sassen, Galinder, Sudauer, Nadrauer und Schalauer.

Tacitus, Ptolemaios und Jordanes

Der älteste Text in der Sprache der Prußen stammt aus dem 14. Jahrhundert und berichtet nichts über die frühe Geschichte dieses Volkes. Wer etwas hierüber erfahren will, muss auf römische, griechische, gotische, angelsächsische, deutsche und arabische Quellen zurückgreifen. So zum Beispiel auf die ethnographische Schrift „Germania“ von Publius Cornelius Tacitus, der um 100 n. Chr. über den Bernstein-Handel im Bereich der südlichen Ostseeküste berichtete. Rund 50 Jahre später erwähnte das antike Universalgenie Claudius Ptolemaios in seiner „Geographischen Anleitung“ erstmals zwei prußische Stämme, nämlich die Ga-



Ein früher Besucher der Prußen: Ibrāhīm ibn Yaḡūb. Seine Reisebeschreibungen sind nicht als Einheit erhalten geblieben, sondern in Schriften anderer Autoren enthalten. So auch seine Notizen über die „Brus“
Foto: Internet, Foto klein: Popik

linder und die Sudauer. Das nächste Zeugnis entstand dann zur Mitte des 6. Jahrhunderts und stammt aus der Feder des gotischen Gelehrten Jordanes, der die Bewohner des späteren Ostpreußen in „Der Ursprung und die Taten der Goten“ als friedfertige Bauern charakterisierte. Aber auch das war letztlich nur Wissen aus zweiter oder gar dritter Hand.

Wissen aus erster Hand

Einen Augenzeugenbericht lieferte erst der angelsächsische Händler Wulfstan von Haithabu, welcher um das Jahr 890 herum im Auftrag von König Alfred dem Großen bis nach Truso segelte. Das war eine Handelsniederlassung der Prußen am Frischen Haff. Seine Erlebnisse während der Reise und die Bräuche der Menschen in Truso schilderte Wulfstan in

einigen Texten, die später in die von Alfred initiierte Übersetzung von Paulus Orosius' Geschichtswerk „Historiae adversum Paganos“ ins Altenglische eingingen und dadurch der Nachwelt erhalten blieben. Ungefähr zur gleichen Zeit verwendete der anonyme Geographus Bavaricus in seiner Auflistung der Völker und Stämme von der Donau bis zur Ostsee erstmals die Bezeichnung „Bruzi“.

Ein weiterer früher Besucher des Landes der Prußen war der jüdischstämmige Ibrāhīm ibn Yaḡūb, welcher als Gesandter des Kalifen von Córdoba al-Hakam II. fungierte und um 965 von Magdeburg aus ins spätere Ostpreußen reiste. Dessen Notizen über die „Brus“ gelangten nachfolgend in die Hände des andalusischen Geographen Abū Ubaid al-Bakrī, der sie in seiner 1068 beendeten Schrift „Buch der Königreiche und Wege“ verarbeitete.

Christliche Quellen

Mit Beginn der christlichen Missionierung der Prußen ab dem Jahre 997, in dem der böhmische Bischof Adalbert von Prag irgendwo östlich von Danzig an der Ostseeküste landete und dort getötet wurde, tauchten weitere Berichte über das Volk im Raum zwischen Weichsel und Memel auf, die allerdings nach wie vor sehr knapp ausfielen. So finden sich in der Hamburgischen Kirchengeschichte „Gesta Hammaburgensis ecclesiae pontificum“ des Domscholasters Adam von Bremen vom Ende des 11. Jahrhunderts lediglich ein paar Sätze über die Ernährungsgewohnheiten der Samen. Deshalb stellen auch die Ausführungen des arabischen Gelehrten Muhammad al-Idrisi noch eine wertvolle frühe Quelle über die Prußen dar. In dem 1154 fertiggestellten Werk „Reise des Sehnsüchtigen zwecks Durchquerung der Horizonte“, das im Auftrag des normannischen Königs Roger II. von Sizilien entstand, schilderte der vorgebliche Nachfahre des Propheten Mohammed den Feuerkult der „Burus“.

Mehr über die Prußen erfuhr die übrige Welt erst im Zuge der Kolonisation ihrer Heimat durch den Deutschen Orden zwischen 1234 und 1283. Dabei blieb die prußische Geschichte der Jahrhunderte zuvor aber trotzdem weitgehend im Dunkeln. Diesbezügliche Erkenntnisse sind daher praktisch nur noch von der Archäologie zu erwarten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Vom Ökofenster zum Schutz ungeborenen Lebens

Emotional aufgeladene Diskussion über eine Plakataktion

Große und kleine Städte polenweit werden derzeit mit einer Plakataktion überflutet, die für den Schutz des ungeborenen Lebens steht. Auf den Plakaten ist auf weißem Hintergrund ein rotes Herz zu sehen, das einen Fötus einschließt. Hinter dieser Aktion steht die 2018 gegründete oberschlesische Stiftung „Unsere Kinder – Bildung, Gesundheit, Glaube“ (Fundacja Nasze Dzieci - Edukacja, Zdrowie, Wiara) aus Kornitz [Kornice] bei Ratibor.

Die ersten Plakate sind bereits im November letzten Jahres aufgetaucht, nachdem das Oberste Gericht (Trybunał Konstytucyjny) festgestellt hat, dass die Verordnung zur Genehmigung von Abtreibungen bei schweren und irreparablen Fehlern des Fötus verfassungswidrig sei. Manche Plakate sind um den Aufdruck „Perinatale Hospize“ erweitert.

21 perinatale Hospize

Es gibt im ganzen Land 21 solcher Hospize, in denen Eltern noch vor der Entbindung eines todgeweihten Kindes medizinische, psychologische und geistige Hilfestellung oder Beistand beim Verlust eines Kindes erhalten können. Die Kosten dieser Leistung deckt die staatliche Krankenkasse. Die Unterstützung der Mutter-

schaft sowie der Schutz des ungeborenen Lebens ist oberste Priorität für die Kornitzer Stiftung. Ihr Vorsitzender Ma-

Überklebt**Die Gruppe Frauenstreik Posen**

(Strajk Kobiet Poznań) befürwortet die Plakatüberklebung. Nun steht auf den Werbeplakaten frei übersetzt: „Diese Werbekampagne kostet Hunderttausende von PLN Zlotty. Der Kindergeldhöchstbetrag beträgt pro Kind 135 PLN, und das Kindergeld für Alleinerziehende maximal 386 PLN.“

teusz Klosek ist Inhaber des mittelständischen Unternehmens „Eko-Okna“, das als Tischlerei auch ökologische Fenster produziert. Er ist bekennender Christ und für seine Gebetsaktionen, die er zusammen mit seinen Mitarbeitern organisiert, über die Grenzen Oberschlesiens hinaus bekannt. Im vergangenen Jahr eröffnete er zusammen mit seiner Ehefrau in Ratibor ein Büchercafé. Auf den Ti-

schen liegen Bibel-Zitate, Tageslosungen und in den Bücherregalen findet sich christliche Literatur. „Zum Glaube gehört nicht nur der sonntägliche Kirchengang, sondern auch der Alltag. In unserer Verantwortung liegt es, dass auch die kommenden Generationen christlich sind“, sagte Adam Wajda, Vorstandsvor-

sitzender der Firma „Eko-Okna“ bei der Eröffnung in Ratibor. Wajda ist zugleich Vorsitzender des Kreistages von Ratibor. In der mittelalterlichen Hauptstadt Oberschlesiens ist man froh, dass mit dem Büchercafé ein weiteres Gebäude saniert wurde, was der Belebung der Stadt dient.



Freude versus Unbill: Ausgang dieser Illustration war die Freude an der Mutterschaft einer Russin, jetzt wird sie in Polen als Kampagne genutzt, um (auch ungewolltes) Leben zu schützen
Foto: fundacja-nasze-dzieci-edukacja-zdrowie-wiara

Doch der christliche Geschäftsmann und seine Stiftung ernten nicht nur Beifall. Im 45 Kilometer entfernten Gleiwitz haben Frauen vom sogenannten „Frauenstreik“ ihren Missmut geäußert. Sie fühlen sich durch die Plakate gestört. „Diese Kampagne hat keine positive Intention. Viele Frauen beschwerten sich, dass die aufdringlichen Bilder in der Öffentlichkeit Emotionen hervorgerufen“, heißt es auf ihrer Facebookseite. Die Plakate seien nichts anderes als „emotionale Gewalt“. Sie hätten allein in Gleiwitz und Umgebung 45 Stellen gezählt, an denen die Antiabtreibungsplakate hängen würden. Gleiwitz zählt etwa 180.000 Einwohner.

Die Grafik des Fötus im Herz stammt von Jekatarina Glazkova, die ihre Werke über eine Plattform verkauft. „Diese Illustration ist positiv, sie entstand aus Freude an der Mutterschaft, jedoch nicht der erzwungenen Mutterschaft und nicht als Symbol der Unterdrückung der Frauenrechte. Ich verkaufe dieses Bild seit vielen Jahren und theoretisch kann es jeder kaufen und nutzen“, schreibt Glazkova. Nun empört sie sich über eine derartige Nutzung.

Chris W. Wagner

MILITÄRMUSEUM

Prüfstand für V 3 auf der Insel Wollin

Laatziger Ablage – Vor 76 Jahren wurde der Testbetrieb eingestellt

VON MARTIN STOLZENAU

Wollin ist eine Insel in Hinterpommern zwischen dem Stettiner Haff im Süden und der Pommerschen Bucht der Ostsee im Norden und umfasst rund 265 Quadratkilometer. Nach Stettin im Süden sind es etwa 60 Kilometer. Die Insel war zunächst von ostgermanischen Stämmen bevölkert, wurde dann von slawischen Wenden besiedelt und ab 1000 oft von den Wikingen heimgesucht. Nach der Christianisierung um 1124 herrschten die Pommernherzöge. Anfang des 18. Jahrhunderts fiel Wollin an Preußen, das für eine ökonomische Entwicklung in der preußischen Provinz Pommern sorgte. Nach dem II. Weltkrieg kam die Insel an Polen. Sie ist heute vor allem wegen ihrer feinen und breiten Sandstrände und dem traditionsreichen Seebad Misdroy bekannt.

Einst Militärgelände in reizvoller Landschaft

Doch wer abseits vom Ostseestrand eine Insel-Rundfahrt unternimmt, kann noch viel mehr entdecken. Das reicht von reizvollen alten Alleen, den Strauchmoränen im Insel-Zentrum sowie den moorigen Grundmoränenflächen im Osten über den Nationalpark Wollin mit einer Fläche von 11.000 Hektar und einer Herde der fast ausgestorbenen Wisente bis zur Stadt Wollin und der Laatziger Ablage. Hier war ein geheimes Testgelände für die V-Waffen der Nationalsozialisten. Peenemünde auf der nahen Nachbar-Insel Usedom ist als Testgelände für die V 1 und V 2 weltbekannt. Hier pilgern jährlich die Touristenströme hin. Dagegen liegt die Laatziger Ablage vergessen im Abseits der Insel Wollin. An das einstige Testgelände für V3-Waffen erinnern heute nur noch wenige Rudimente. Vor 76 Jahren wurde der Testbetrieb eingestellt, die Anlage zerstört und von der deutschen Besatzung verlassen, ehe die von den Resten der Anlage überraschte Rote Armee davon Besitz ergriff. Das V steht für den Begriff der Vergeltungswaffe. Die V 3 wurde während des Zweiten Weltkrieges als Superkanone für



V3 Testgelände Laatziger Ablage bei Misdroy auf Wollin, Sicht von oben auf die Stellung Mitte eines Mehrkammergeschützes

den Beschuss Englands entwickelt und wird in einigen Quellen auch als Englandkanone bezeichnet.

Ursprünglich amerikanische Patente

Ihre Anfänge gehen allerdings auf erste amerikanische Patente von 1855 zurück, die vom französischen Ingenieur Louis-Guillaume Perreux zu einem Mehrkammergeschütz 1878 weiterentwickelt wurden. Die Pläne für diese Kanone kamen 1940 bei der deutschen Besetzung Frankreichs in den Besitz deutscher Ingenieure der Röchling-Werke in Wetzlar, die auf dieser Grundlage eine eigene Version eines Mehrkammergeschützes entwickelten. Der Chefentwickler hieß August Coenders, der 1943 in der Heeresversuchsanstalt Hillersleben damit erste vielversprechende Schießversuche unternahm. Die HVA Hillersleben lag in der Colbitz-Letzlinger Heide zwischen Haldensleben und Magdeburg. Daraus sollte dann parallel zur V1- und V2-Entwicklung in Peenemünde auf Usedom eine weittragende Superkanone als weitere Vergeltungswaffe für den Beschuss Englands entstehen. Für die Serienversuche wurde der Höhenzug südlich der Laatziger Ablage auf der Insel Wollin ausgewählt. Das Gelände besaß die Neigung für die Einrichtung des 130 m langen Kanonenrohrs, war weitaus unbesiedelt, bot mit der angrenzenden

Ostsee ein weites Schussfeld und erhielt 1943/44 den Tarnnamen „Pumpwerk Misdroy“. Fast parallel entstand in Mimoyecques bei Landrethun-le-Nord bei Calais an der französischen Kanalküste die Einsatzanlage für den Beschuss Englands, die für eine Zielentfernung bis 165 Kilometer gedacht war. Doch der Komplex bei Calais wurde von der Luftaufklärung der Alliierten entdeckt und dann, wie auch Peenemünde auf Usedom, mehrfach bombardiert.

Anlage in Calais entdeckt

Dazu kam die Landung der Alliierten in der Normandie und deren Vormarsch auf Deutschland. Deshalb befahl SS-Gruppenführer Hans Kammler als Chef über alle V-Waffen den Bau der Abschussanlage Lampaden bei Trier für die V3, die während der deutschen Ardennenoffensive im Dezember 1944 bis Januar 1945

zum Beschuss der vorrückenden Alliierten an der Westfront zum Einsatz kam. In diesem Zusammenhang gab es 44 belegte Treffer der Superkanone von Lampaden aus im Stadtgebiet von Luxemburg. Nach dem Scheitern der Ardennenoffensive wurde die Stellung in Lampaden abgebaut und ins Landesinnere verlagert. In dieser Zeit gingen die Tests in der Heeresversuchsanstalt Hillersleben und vom Testgelände auf der Insel Wollin weiter, zumal die Geschosse nicht die angestrebten Geschwindigkeiten erreichten und teilweise Rohrbrüche verursachten.

Testgelände blieb unentdeckt

Deshalb wurde bis zuletzt die Qualität der Gussrohre verbessert. Im Unterschied zur Abschussanlage bei Calais und dem V-Waffen-Komplex in Peenemünde auf Usedom blieb das Testgelände für die V 3 auf Wollin aber unentdeckt. Es war bis zum 12. Februar 1945 in Betrieb. Doch dann konnte man schon die Geschütze der heranrückenden Roten Armee hören. Deshalb gab es an diesem Tag durch den Chef über die V-Waffen den Befehl zur Beendigung der Versuche und die Zerstörung der Anlage. Als dann die Rotarmisten die Laatziger Ablage mit den Überresten des Testbetriebes für die V3 erreichten und hinzugezogene sowjetische Spezialisten das deutsche Projekt entschlüsselten, war das Staunen groß.

Heute erinnern an die V3-Aktivitäten auf Wollin, bei Calais und in Lampaden bei Trier nur noch wenige Überreste.



Foto: Wolfgang Reith



Renovierung der Marienkirche Danzig abgeschlossen

Die drei Jahre dauernde Renovierung der Marienkirche ab 2017 war das größte Bauprojekt in der Geschichte der Kirche, das von der Europäischen Union nach dem Wiederaufbau nach der Zerstörung des Zweiten Weltkriegs kofinanziert wurde. Während der Sitzung des Danziger Stadtrats, die am Donnerstag, dem 28. Januar Online stattfand, dankte Pater Dr. Ireneusz Bradtke – der Pfarrer der Marienkirche – all denen, ohne die eine solch beeindruckende Investition nicht möglich gewesen wäre. Die Gesamtkosten des Projekts beliefen sich auf 19.731.670,41 PLN, wovon 16.563.020,97 PLN aus EU-Mitteln (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) stammten. Der Zuschuss der Danziger Stadtgemeinde belief sich auf 2.229.749,72 PLN. Der verbleibende Betrag stammte aus eigenen Mitteln der römisch-katholischen Pfarrei Mariä Himmelfahrt in Danzig.

Pater Bradtke ließ noch einmal die geleisteten Arbeiten Revue passieren. Der technische Zustand des Daches und der Fassade der Marienkirche stellte nicht nur eine Gefahr für das Denkmal selbst dar. Viele Bewohner und Besucher, die an der Kirche vorbeikamen, fanden verschiedene Arten von Fragmenten, die vom Dach gefallen waren. Die Meinung von Wissenschaftlern der Technischen Universität Danzig hat auch gezeigt, dass es sich um eine sehr notwendige und dringende Renovierung handelt. Als das Dach der Marienkirche am Ende des Zweiten Weltkriegs niederbrannte und die Gewölbe einstürzten, wurde seinerzeit das Dachskelett mit einer Stahlbeton- und Metallkonstruktion wieder aufgebaut. Das ganze Dach bestand aus Betonziegeln, die wiederum mit Ziegeln bedeckt waren. Während der Renovierung stellte sich jetzt heraus, dass die Gewichtsbelastung zu groß ist. Durch die neue Konstruktion wiegt das Dach 600 Tonnen weniger als vor der Renovierung. Außerdem wurde eine Blitzschutzanlage installiert.

Im Inneren wurden u.a. Konservierungsarbeiten am Hauptaltar durchgeführt, ein Multimedia- und Ausstellungsraum sowie Installationskanäle im Boden für eine neue Elektro- und Telekommunikationsanlage geschaffen.

Der gotische Charakter der Marienkirche wurde mit der Restaurierung des Altars wiederhergestellt, der an seinen alten Platz zurückgekehrt ist. Um den Altar vor der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg zu schützen, wurde er abgebaut und in einem Schuppen versteckt. Seit den 1960-er Jahren arbeitete man immer wieder daran, den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen.

Die vielen Besucher Danzigs dürfen sich also auf die Marienkirche in neuem Glanz und ohne Baustellen freuen.

ZUKUNFTSSIGNALE

Pommerscher Evangelischer Kirchenkreis

Der Kirchenkreisrat (KKR) des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises (PEK) beschäftigte sich in seiner jüngsten Sitzung, die als Videokonferenz stattfand, mit verschiedenen Projekten. Auszugsweise werden hier zwei genannt.

Projekt mit großer Strahlkraft

Der Kirchenkreisrat unterstützt das Projekt „Marien-Pilgerweg“ mit einem Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro aus dem Fonds „Initiativen und Projekte“. Der Pilgerweg ist ein Vorhaben der Kirchengemeinde Verchen-Kummerow. In der naturnahen Landschaft am Ostufer des Kummerower Sees soll ein Pilgerweg entstehen, der die Offenen Kirchen in Verchen, Meesiger, Sommersdorf, Wolkwitz und Moltzahn verbindet. Die Kirchen haben durch Mariengemälde oder Marienfiguren einen inhaltlichen Bezug zueinander. Ein Wanderweg ist bereits vorhanden, im Rahmen des Pilger-Projekts sollen nun Wegweiser und Bänke aufgestellt werden. Ebenfalls geplant sind eine Bro-

schüre mit Kartenmaterial und zahlreichen Informationen, wie beispielsweise zu Sehenswürdigkeiten und Unterkünften, sowie eine eigene Homepage. Neben den fünf Offenen Kirchen als Orte der Einkehr und Stille sind weitere Haltepunkte auf der Strecke vorgesehen, darunter Naturdenkmale und Wegkreuzungen.

„Das Projekt des Marien-Pilgerwegs verbindet eine ganze Region und vernetzt die Kirchengemeinden rings um den Kummerower See“, so der Vorsitzende des Kirchenkreisrats, Propst Gerd Panknin. „Der Pilgerweg steht auf einem festen Fundament aus ehrenamtlichem Engagement, er setzt inhaltlich sehr gute Schwerpunkte und kann über den Tourismus ganz neue Kontakte knüpfen.“ Es freue ihn ganz besonders, dass der Pilgerweg mit dem Marien-Thema auch ein Stück des guten Geistes der früher im Kloster Verchen beheimateten Schwestern der evangelischen Community Christusbruderschaft in sich trägt. Zu-

dem sei das Thema Pilgern zunehmend aktuell und werde immer mehr nachgefragt. So könne der Marien-Pilgerweg ein Türöffner mit großer Strahlkraft nach außen werden, so Gerd Panknin. Die Gesamtkosten für das Pilgerweg-Projekt am Kummerower See belaufen sich auf 14.000 Euro. Durch das Maßnahmenprogramm LEADER der Europäischen Union, mit dem Projekte im ländlichen Raum unterstützt werden, wird der Pilgerweg mit 9.000 Euro gefördert.

Positives Signal für Nachwuchsgewinnung

Mit 200 Euro aus dem Fonds „Initiativen und Projekte“ unterstützt der Kirchenkreisrat die Studienfahrt 2021 des Vikariatskurses Ost-Nord. Die Studienfahrt der Vikarinnen und Vikare steht unter dem Motto „Lernen auf der Schwelle“. Im Unterstützungsantrag des Vikariatskurses an den Kirchenkreisrat heißt es: „Viele Erfahrungen haben wir in unserer Nordkirche bereits machen dürfen. Während ei-

ner Studienfahrt wollen wir über den eigenen Tellerrand hinausblicken. Geplant ist eine Reise in die Mitteldeutsche Kirche, die kreativ ihre Schwellenerfahrungen bearbeitet: mit neuen innovativen Projekten in die Zukunft blickend, aber auch die Vergangenheit aufarbeitend.“ Einige der Vikarinnen und Vikare, die an der Studienfahrt teilnehmen, werden möglicherweise im Anschluss an das Vikariat als Pastorin beziehungsweise Pastor zur Anstellung im Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis tätig werden. Die Unterstützung der Studienfahrt sei daher ein positives Signal in die Zukunft seitens des Kirchenkreises, so der KKR zu dem Beschluss. Der Kirchenkreis werde auf diese Weise wahrgenommen als Unterstützer und Partner, der die Fachkräfte der Zukunft im Blick hat. Die nächste Sitzung des Kirchenkreisrats findet am 9. März 2021 statt.

Quelle: PEK (sk)

BS aus gdansk.pl

„Ein Zeichen für eine offene Gesellschaft“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Einfach klasse!
Der Autor spricht
mir aus dem
Herzen! Danke!“

Michael Laux, Reinbek
zum Thema: „Eine Nation ohne
Selbst-Bewusstsein“ (Nr. 4)



Ausgabe Nr. 4

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

HÄUPTLICHE IN US-ARMEE ZU: INDIANER FÜR DIE KONFÖDE- RIERTEN IM BÜRGERKRIEG (NR. 3)

Es ist erfreulich, dass der Autor diese historischen Fakten (über Indianer in der US-Armee, d. Red.) einmal thematisiert hat, denn in nahezu allen Publikationen zum amerikanischen Bürgerkrieg der Jahre 1861 bis 1865 ist davon kaum die Rede. Gelegentlich wird erwähnt, dass in der Armee der Nordstaaten auch schwarze Soldaten kämpften, aber einen Hinweis auf teilnehmende Ureinwohner findet man fast nirgendwo.

Was den in Ihrem Beitrag erwähnten Cherokee-Häuptling Stand Watie angeht, so ist es richtig, dass er als einziger Indianer während des Bürgerkrieges zum General (der Konföderiertenarmee) ernannt wurde. Allerdings gab es kurz darauf auch einen indigenen General in den Nordstaaten. Dabei handelte es sich um Ely S. Parker, Häuptling eines Stammes der Seneca-Indianer. Er war seit 1863 zunächst Hauptmann einer Freiwilligen-Truppe, 1864 wurde er Oberstleutnant in der regulären Unionsarmee und diente dem neu ernannten Oberbefehlshaber, General Ulysses S. Grant, als Adjutant. Kurz nach dem Krieg 1865 beförderte Grant ihn zum Oberst und Brevet-Brigadegeneral.

Den Brevet-Rang gab es in vielen englischsprachigen Streitkräften, er wurde temporär vergeben (Dienstgrad auf Zeit, Titularrang), so für den Verlauf eines Krieges oder auch nur einer speziellen militärischen Operation und häufig nach dem Eintritt in den Ruhestand. Parker blieb dann noch Grants Adjutant, bis dieser 1869 zum Präsidenten der USA gewählt wurde.

Der erste indianische General auf nordamerikanischem Boden allerdings war der Shawnee-Häuptling Tecumseh. Er schloss sich im britisch-amerikanischen Krieg von 1812 bis 1814 der Armee der Briten an, die ihn zum Brigadegeneral ernannten. Als solcher fiel er im Oktober 1813 in der Schlacht an der Themse im kanadischen Ontario. Der Nachfolger Grants als Oberbefehlshaber der US-Ar-

mee, General Sherman, führte übrigens neben seinem englischen Vornamen William als zweiten Vornamen Tecumseh, den ihm sein Vater aus Verehrung für den Indianer-Häuptling gegeben hatte.

Wolfgang Reith, Neuss

OFFENE DISKUSSIONEN

ZU: SCHICKSALSJAHR FÜR DIE AFD
(NR. 2)

Bezüglich der „Querdenken-Bewegung“ wird gesagt, dass laut Umfrage große Teile dieser diffusen Protestbewegung ohnehin eher den Grünen und Linken nahestehen. Dies ist sicherlich nicht richtig. Der größte Teil der „Querdenken-Bewegung“ steht gerade nicht den Grünen und Linken nahe und es ist auch keine diffuse Protestbewegung. Es sind größtenteils 30- bis 60-jährige, ja sogar 70- bis 80-jährige Menschen in dieser Bewegung versammelt, die meisten aus der Mitte der Gesellschaft.

Wenn man innerhalb dieser „Querdenken-Demos“ auch Yoga-Tänzer, Regenbogen- und Peace-Fahnen sieht, so ist dies doch nur ein Zeichen für eine offene Gesellschaft. Und auch Diskussionen mit Rechtsextremisten dürfen nicht ausgeschlossen sein und dies einer negativen Bedeutung gleichgesetzt werden, denn auch mit diesen Gruppen sollte der Dialog geführt werden.

Margarethe Wolf, Neu-Isenburg

STATISTISCHE (UN-)WAHRHEIT

ZU: SELBER SCHULD (NR. 2)

Mit der durch Corona ausgelösten Pandemie lernen wir immer neue Zahlendefinitionen kennen. Aber ich verstehe nicht, warum die keiner hinterfragt. Da ist zum Beispiel die Sieben-Tage-Inzidenz. Übersteigt die 50, so beginnen harte Maßnahmen, wird die 200 überschritten, kann die Bewegungsfreiheit auf einen Umkreis von 15 Kilometern eingeschränkt werden.

50 und 200, das sind auf den ersten Blick beachtlich wirkende Zahlen. Aber

diese stehen in Bezug zu einer Grundgesamtheit aus 100.000 Individuen. Und da sollte jeder Mensch, der die Grundrechenarten beherrscht, in der Lage sein, das in Prozent umzurechnen. Wenn 0,05 Prozent einer Bevölkerung innerhalb einer Woche einen positiven Test haben, beginnen die harten Maßnahmen, wenn 0,2 Prozent erreicht sind, darf man nur noch im Umkreis von 15 Kilometern unterwegs sein.

Fakt ist, alle die positiv getestet wurden, werden durch Quarantäne aus dem Verkehr gezogen, ebenso viele Kontaktpersonen. Die können schon mal andere kaum noch anstecken. Wenn man sich ansieht, in welchem Umkreis sich die meisten Menschen bewegen, überschreiten viele den 15-Kilometer-Radius kaum. Es stellt sich daher die Frage, welchen Nutzen diese Maßnahme hat.

Das gilt auch für andere Dinge, wie die Maske. Wäre die so wirksam, hätte es doch zum Jahresende 2020 nicht den Anstieg geben dürfen. Es muss daher andere Ursachen geben, die man bisher sträflich vernachlässigt hat, wie die Unterstützung des Immunsystems mit Mikronährstoffen. Es ist sogar schulmedizinisch anerkannt, dass es da Mangel gibt, so beim Vitamin D.

Wer nicht mehr aus dem Altenheim herauskommt oder sich nur in Wohnungen, Autos und Fabriken, Geschäften oder Büros aufhält, dem fehlt die Erzeugung von Vitamin D durch die Sommersonne. Wenn dann noch andere Faktoren hinzukommen, führt das zu einer Schwächung des Immunsystems, und das dürfte erklären, warum Bewohner von Altenheimen so gefährdet sind.

Was würde die Sieben-Tage-Inzidenz für frühere Grippewellen bedeuten? Grippe kann bei schweren Wellen bis zu 20 Prozent der Bevölkerung erreichen, was zu regional viel stärkeren Hotspots führen kann. Also kann Grippe in Deutschland eine Welleninzidenz von 20.000 erreichen. Bei Grippe liegen aber alle mindestens eine Woche im Bett mit Fieber und anderen Symptomen.

Von denen, die positiv auf Corona-Gen getestet wurden, sitzt die Mehrzahl danach zwei Wochen lang ohne Symptome zu Hause herum. In den ersten 13 Wochen eines Jahres wütet die Grippe am stärksten. Bezogen auf diese Zeit gibt es eine durchschnittliche Sieben-Tage-Inzidenz von bis zu 1540. Da aber so eine Welle niedriger beginnt und einen höheren Scheitelpunkt hat, sind bis zu 6000 denkbar. Das als so gefährlich angesehene Coronavirus hat in Deutschland noch nirgendwo die 1000 erreicht. Dann wäre ein Prozent einer Bevölkerung in einer Woche positiv getestet, in 13 Wochen 13 Prozent. Von der Zahl her entspricht das einer stärkeren Grippewelle. Von der Praxis her, wie viele Leute Symptome haben, bleibt das aber weit dahinter zurück.

Auch viele andere Zahlen, mit denen Panik erzeugt wird, sind wissenschaftlich nicht brauchbar, weil wichtige Zusammenhänge fehlen, wie etwa der Vergleich mit den Entwicklungen der letzten zehn oder 20 Jahre oder die Entwicklung der Einwohnerzahl und der Altersgruppen in einer Bevölkerung, die akut in der Tendenz jedes Jahr die Zahl der Todesfälle ansteigen lassen. Gute Statistik würde das beachten und die Daten um diese Faktoren bereinigen, um zu erkennen, ob es Sterbezahlen gibt, die pandemisch deutlich über der ohne Corona zu erwartenden Anzahl der Verstorbenen liegen.

Felix Staratschek, Radevormwald

KORREKTUR

ZU: ZWEI ALTE POSTKARTEN
(NR. 3)

Den PAZ-Lesern wurden auf zwei alten Postkarten höchst Erinnerungswürdige Motive der Städte Tapiau und Pillkallen vorgestellt. Leider ist dabei die geographische Zuordnung gleich in beiden Fällen danebengeraten. Tapiau liegt doch ebenfalls am Pregel und damit östlich und nicht südlich von Königsberg. Bei Pillkallen sieht es ähnlich aus. Dieser 1938 in Schloßberg umgetaufte Ort liegt nordöstlich von Gumbinnen und somit fernab der

ANZEIGE

»Zur Erntezeit der Heidelbeere kann der Arzt Urlaub machen.«
Alte Volksweisheit

■ Unter den zahlreichen wunderbaren Pflanzen der Erde ragt eine heraus: die wilde Heidelbeere. Sie birgt eine Fülle an kostbaren Wirkstoffen und ist ein besonderes Geschenk der Natur an den Menschen. Über Jahrtausende hinweg hat sie die Fähigkeit zur Anpassung bis zur Vollkommenheit entwickelt.

Wilde Heidelbeeren besitzen die besonderen Eigenschaften der Adaptogene: Mit der ihnen innewohnenden Intelligenz spüren sie beginnende Fehlentwicklungen und Krankheiten im Körper auf und arbeiten daran, das gesunde Gleichgewicht wiederherzustellen. Ihre zellschützende und zellregenerierende Kraft ist dabei von unschätzbarem Wert für Mensch und Tier, denn wenn die Zellen gesund und funktionstüchtig sind, kommt die Gesundheit von allein.

Kostbare Nährstoffe für einen gesunden Körper
Die wild wachsende Heidelbeere ist ein Füllhorn an Stoffen, die unser Körper täglich braucht. Jeder dieser Stoffe hat zahlreiche Aufgaben im Körper. Alle zusammen stärken und schützen, halten Darm und Darmimmunsystem gesund und sorgen für leistungsfähige Zellen bis hinein in die energieproduzierenden Mitochondrien.

- Wilde Heidelbeeren verbessern die Hirnfunktion. Sie stärken Gehirn und Nerven und helfen bei Depressionen.
- Ihre Anthocyane können die Blut-Hirn-Schranke überwinden und so das Gehirn vor Entzündungen schützen, wie sie bei Multipler Sklerose, Parkinson und Alzheimer auftreten.
- Dank ihrer besonderen Pflanzenintelligenz erkennen wilde Heidelbeeren Gift- und Abfallstoffe im Körper und helfen bei der Ausleitung.
- Mit erstaunlichem Spürsinn finden wilde Heidelbeeren den bestmöglichen Weg, um stressbedingte Reaktionen im Körper zu verringern.
- Selbst in den Augen können wilde Heidelbeeren Alterung und Degeneration verlangsamen und vor Grauem Star und Makuladegeneration schützen.

»Alles, was wir brauchen, hat uns die Natur reichlich geschenkt.«
Sebastian Kneipp

Gabriela Schwarz: Wilde Heidelbeere
Paperback • 173 Seiten • durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr. 982 800 • 12,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

TIERHANDEL

Auf den Corona-Hund gekommen

Viele Lockdown-geplagte Bürger schaffen sich ein Haustier an – Dadurch blüht auch der Handel mit illegalen Hundewelpen

VON STEPHANIE SIECKMANN

Ein sonniger Tag am Stadtrand von Bremen. Eiskalter Wind fegt Sprühregen über die Wiesen. „Komm Bonni, komm!“ Bettina Wachler strahlt glücklich. Bonni ignoriert die Rufe und folgt weiter seiner Nase. Seine Besitzerin nimmt es gelassen, dass der Hund nicht gehorcht.

„Mein Mann und mein Sohn wollten schon immer einen Hund haben, meine Tochter und ich waren dagegen,“ erzählt die 42-Jährige, die in Teilzeit arbeitet und an zwei Tagen in der Woche ins Büro fährt. Dann kam Corona und ihr Mann, der sonst sehr viel auf Reisen ist, zog ins Homeoffice, die Schule hatte geschlossen, die Kinder blieben zu Hause. Unternehmungen fielen ersatzlos aus. Ein Hund war da die perfekte Lösung: Abwechslung, Gesellschaft, Beschäftigung, Grund für Spaziergänge. Aber Bonni zu finden, war nicht leicht.

Die Entscheidung, einen Hund anzuschaffen, traf Familie Wachler im März 2020, mitten im ersten Lockdown. Die Tierheime der Umgebung hatten keinen jungen Hund im Angebot, bei Rassehundezüchtern wurde auf die Wurfplanung verwiesen. Ein Jahr warten wollte die Familie nicht. Gefunden haben die Wachlers ihren Hund schließlich auf einer Webseite im Internet. Der Rüde war zu dem Zeitpunkt zehn Monate alt und lebte auf einer Pflegestation in Deutschland, nachdem er von einer Hilfsorganisation aus Rumänien gerettet worden war. So die Geschichte, die der Familie erzählt wurde.

Der Corona-Lockdown mit Homeoffice und Schulschließungen hat die Nachfrage nach Heimtieren explodieren lassen. Der Geschäftsführer des weltweit größten Tierfachhandels „Zoo Zajac“ in Duisburg wird von der „Bild“-Zeitung mit der Aussage zitiert, „er mache das Geschäft seines Lebens“. Über den Ladentisch gehen hier derzeit täglich so viele Hamster wie sonst in einer Woche verkauft werden.



Video-Gespräch mit Hund: Im Lockdown helfen Tiere vor allem älteren Menschen über die Zeit der Isolation von der Familie hinweg

Bei den Wellensittichen sind es pro Monat 500 Tiere statt 17. Hunde sind ausverkauft. Auch der Verband für das Deutsche Hundewesen (VDH) verzeichnet einen deutlich gestiegenen Absatz. Bundesweit sind im Corona-Jahr 2020 rund 20 Prozent mehr Hunde verkauft worden. Die Züchter von Rassehunden können die schlagartig gestiegene Nachfrage jedoch nicht bedienen. Sie planen die Würfe ihrer Hündinnen in der Regel Monate im Voraus, haben dann oft schon Interessenten, die sich für einen Welpen vormerken lassen. Da stellt sich die Frage: Woher kommen die vielen Hunde, die im Corona-Jahr neue Besitzer gefunden haben?

Bundesweit hat sich die Zahl der registrierten Hunde im vergangenen Jahr deutlich erhöht. Nachdem im März und April

die Grenzen geschlossen waren, explodierte die Anzahl der Registrierungen im Juni auf 39.000 Tiere und wies damit eine Steigerung um 25 Prozent zum Vorjahr auf. Der Grund: Viele Hunde kommen aus Süd- und Osteuropa. Der Onlinehandel mit angeblich geretteten Hunden aus diesen Regionen boomt, der illegale Welpenhandel ebenfalls.

Lockangebote aus dem Internet

Lea Schmitz vom Tierschutzbund kennt sich mit dem Thema gut aus. Dort gehen täglich Anrufe von Hundehaltern ein, die verzweifelt sind, weil sie ein Tier über eine Online-Anzeige gekauft haben und dabei auf Kriminelle hereingefallen sind. Oft ist der Welpen zu jung von der Mutter weggenommen worden, zeigt Verhaltensauf-

fälligkeiten oder wird nach wenigen Tagen schwer krank. Der Verkäufer ist dann nicht mehr zu erreichen. Zunehmend werden in den Tierheimen junge Hunde im Alter bis zu neun Monaten mit Verhaltensauffälligkeiten abgegeben. Die neuen Besitzer sind überfordert mit den verstörten Tieren.

„Die Gefahr ist derzeit groß, dass Interessenten den vermeintlichen einfachen und schnellen Weg wählen, ein Tier über den Onlinehandel zu kaufen und dabei – oft auch ohne es zu wissen – den illegalen Welpenhandel unterstützen“, erklärt Tierschützerin Schmitz. Dazu kommt, dass die Anbieter sich angepasst haben, die Lockangebote fallen kaum noch auf.

„Dass Angebote in gebrochenem Deutsch formuliert waren und Welpen zu

günstigen Schnäppchenpreisen für wenige hundert Euro angeboten wurden, war lange Zeit ein Indiz, kommt heute aber selten vor“, sagt Schmitz und erklärt weiter: „Die meisten Anzeigen von Hunden aus einer Massen-Zucht mit tierschutzwidrigen Bedingungen sind heute kaum von Anzeigen seriöser Züchter zu unterscheiden. Auch die Preise sind mittlerweile so hoch wie beim seriösen Züchter: Je nach Rasse werden die Welpen für 1000 bis 2000 Euro angeboten und damit eine seriöse Zucht vorgetäuscht.“

Ab ins Tierheim damit

Die Corona-Maßnahmen spielen den Strippenziehern hinter dem Hundehandel in die Hände. Die Übergabe der Hunde findet draußen, an einem vereinbarten Treffpunkt auf einem Parkplatz oder einem anderen öffentlichen Ort statt. Corona-konform mit Maske und Abstand und unter freiem Himmel. Nach dem Kauf treten dann Probleme auf – und den Schaden tragen letztlich alle, außer den Kriminellen. Oft erkrankt der Welpen ein paar Tage nach der Übergabe. Die Tierarztpraxis stellt fest, dass der EU-Heimtierausweis und die eingetragene Impfung gefälscht sind. Es entstehen teilweise hohe Behandlungskosten. „Lebenslange Verhaltensstörungen des Tieres infolge der zu frühen Trennung vom Muttertier kommen möglicherweise noch hinzu“, so Schmitz.

Familie Wachler hatte Glück beim Hundekauf im Internet. Bonni ist gesund. „Wir können uns jetzt ein Leben ohne Hund gar nicht mehr vorstellen“, strahlt Bettina Wachler.

Doch so gut wie Bonni wird es nicht allen Hunden gehen, die im Corona-Lockdown als Freund und Familienmitglied angeschafft wurden. Die nächste Welle ist schon abzusehen. Wenn der Lockdown vorbei ist und endlich wieder die heißersehnte und durch Corona mehrfach verschobene Reise gebucht werden kann, werden die Telefone der Tierheime vermutlich wieder häufiger klingeln. Diesmal weil Hunde abgegeben werden.

GEISTERBESCHWÖRUNG

Blumengrüße aus dem Jenseits

Vor einem Jahrhundert hielt Anna Rothe die Berliner mit Séancen auf Trab – Die Geister, die sie rief, schnappte ihr die Polizei weg

Am 1. März 1902 hielt Anna Rothe in ihrer Schöneberger Wohnung eine ihrer sehr beliebten Séancen ab. Die Gäste nahmen gespannt am Wohnzimmertisch Platz. Zuverlässig fiel Anna in einen tiefen Dämmerzustand und in dieser Trance ertönten schon bald die ersten Geisterstimmen aus ihrem Mund, die den Anwesenden Botschaften übermittelten.

So lautete jedenfalls die Legende. Ein wenig Tische-Rücken gehörte ebenfalls zum Repertoire, doch dann folgte der absolute Höhepunkt: Blumen aus dem Jenseits, die von der Decke zu regnen schienen und dann von Anna aufgefangen wurden. Dieses als „Apport“ bekannte Phänomen war nämlich ihre Spezialität.

Für gewöhnlich fielen bei den Séancen ganz Zartbesaitete in Ohnmacht, andere kreischten hysterisch, Skeptiker schmunzelten. Doch der Abend sollte in einem Fiasko enden: Als Landwirte getarnte Kriminalbeamte hatten sich nämlich in die Sitzung eingeschlichen, um die „Geisterseherin“ zu enttarnen.

Die 1850 im sächsischen Altenburg geborene Anna Zahl konnte, wie sie später vor Gericht behauptete, im Alter von zehn

Jahren die Geister von Toten sehen. Als der verstorbene Bräutigam ihrer Tochter – Anna hatte 1868 den Kesselschmied Hermann Rothe geheiratet – ihr im Wohnzimmer erschienen war, war das der Beginn ihrer Karriere als Spiritistin, nachdem man ihr aus diesen Kreisen zugeflü-



Betrügerin: Anna Rothe mit Blumen, die sie angeblich aus dem Jenseits zauberte

tert hatte, ein „vorzügliches Medium“ zu sein. Vorreiterinnen waren die US-amerikanischen Fox-Schwester, bei denen sich am 31. März 1848 das Phänomen der Klopfzeichen bemerkbar gemacht hatte. Einlass begehrt hatte damals angeblich ein längst verstorbener Häftling.

Von den USA schwappte die Spiritismus-Welle nach Europa über und fand bald auch in Deutschland Anklang, wo sich deren Berliner Jünger vor allem aus dem Adel und dem Militär rekrutierten. Um 1900 lebten dort um die 90.000 Spiritisten, die stark polarisierten. Den Verfechtern dieser Weltanschauung, deren bekanntester Vertreter ein Dr. Egbert Müller war, standen Skeptiker wie der Breslauer Rechtsanwalt Erich Bohn gegenüber, seines Zeichens Präsident der Gesellschaft für Psychische Forschung.

Die beiden Gruppen bekämpften sich, zumindest verbal, ausgiebig in einschlägigen Zeitschriften wie zum Beispiel den „Psychischen Studien“. Bohn, der die Rothe für eine Betrügerin hielt – kein Wunder, war sie doch einige Jahre zuvor in Zwickau wegen „grobe Unfugs“ verurteilt worden –, war auch derjenige gewe-

sen, der im März 1901 seine „kriminalpsychologische Studie“ über den „Fall Anna Rothe“ veröffentlicht hatte.

Als unmittelbare Folge war die Kriminalpolizei auf Anna aufmerksam geworden, was ihr an jenem 1. März zum Verhängnis wurde. Die Beamten gaben sich zu erkennen, es kam zum Tumult, Anna

Absoluter Höhepunkt: Blumen aus dem Jenseits, die von der Decke zu regnen schienen

leistete erheblichen Widerstand, doch vergeblich. In ihrem Unterrock fand man schließlich etliche „tütenartig umgebundene“ Blumen, die sie vorher am Potsdamer Platz gekauft hatte, wo sich die Verkäuferinnen nur zu gut an ihre sächelnde Stammkundin erinnern konnten.

Im März 1903 fand die Hauptverhandlung statt, bei der man ihr 61 vollendete

und neun versuchte Betrugsfälle zur Last legte. Dem Gerichtsreporter Hugo Friedländer ist es zu verdanken, dass ein ausführlicher Prozessbericht erhalten geblieben ist, den er in seiner Reihe „Interessante Kriminalprozesse“ publiziert hat.

Am 28. März 1903 wurde Anna Rothe zu einer Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren verurteilt. Schließlich wurde der Schriftsteller Maximilian Harden noch zu Annas Verteidiger, wenn auch nur auf dem Papier. In seinem 1910 veröffentlichten Buch „Köpfe“ – Anna Rothe war bereits am 16. Dezember 1904 im Alter von nur 54 Jahren gestorben – beschuldigte er ihren „Impresario“ Max Jentsch, einen ehemaligen Spirituosenvvertreter, der Ausbeuter der Frau gewesen zu sein.

Am Anfang ihrer Karriere hatte das Blumenmedium nämlich gar kein Eintrittsgeld für ihre Dienste gefordert. So hatte der illustre Impresario zunächst federleicht den Sprung von den Spirituosen zum Spiritismus gemeistert und sich dann rechtzeitig nach New York abgesetzt. Gehört hat man nie wieder etwas von ihm. Und auch die Geister schwiegen beharrlich.

Bettina Müller

FÜR SIE GELESEN

Eine Kindheit in Berlin

Die Kindheitserinnerungen von Dieter Franke aus Grevenbroich sind mit einem Hotel namens „Altmärkischer Hof“ in der Berliner Rosenthaler Straße 68 verbunden, heute im Ortsteil Mitte des gleichnamigen Bezirks gelegen. Dort wuchs der 1935 in Berlin geborene Diplom-Psychologe bei seinen Großeltern auf, die das dreigeschossige gründerzeitliche Gebäude um 1910 erworben hatten und den Hotelbetrieb entweder übernahmen oder gründeten.

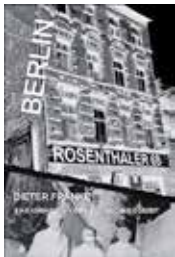
In seinem autobiografischen Buch „Berlin Rosenthaler 68. Eine Kindheit in Krieg und Nachkriegszeit“ stellt Franke neben der eigenen Vita den Lebensablauf seiner nahen Verwandten in den Mittelpunkt, die er im Kindesalter verlor. Seine Mutter hat er nie kennengelernt. Der Zeitrahmen des Buchs umfasst die Kriegs- und Nachkriegsjahre 1940 bis 1949. Mangels mündlicher Überlieferungen griff Franke auf Briefe, amtliche Dokumente und eigene Erinnerungen zurück, um die verschiedenen Erzählstränge nachvollziehbar zu entwickeln.

In die kunstvolle Rekonstruktion dieser Familiengeschichte eingebunden sind ergänzende Informationen des Autors, Rückblicke in die Geschichte sowie gelegentliche „Konsultationen“ des „Wörterbuchs der Psychologie“ von Werner D. Fröhlich, einem der jüngeren Lehrer des Autors während seines Studiums. Gar nicht so abwegig erscheint bei näherem Hinsehen dieser Deutungsansatz angesichts des unbeirrten Festhaltens an nationalsozialistischen Überzeugungen von Frontsoldaten wie dem Vater und dem Onkel des Autors bis zum bitteren Ende oder der Verzweiflungstat seiner Tante Gerdi, die sich nach privaten und beruflichen Enttäuschungen im März 1946 das Leben nahm.

Gerda von der Osten geb. Funke (geb. 1904) war eine Theater- und Filmschauspielerin und im privaten Rose-Theater engagiert, das bei der Schlacht um Berlin im April und Mai 1945 zerstört wurde. Wenige Monate nach ihrem Tod starb Dieters 31-jähriger kriegsversehrter Vater, nachdem er schlechten Schnaps getrunken hatte, und kurz darauf auch seine Oma. Auch Dieters Onkel Arno Funke war Theaterschauspieler. Er lebte 1946 in der Französischen Zone und hatte das Glück, im wiedereröffneten Koblenzer Stadttheater engagiert zu werden. Seinen verwaisten elfjährigen Neffen Dieter nahm er Ende 1946 bei sich auf, wie es die Großmutter in ihrem Testament verfügt hatte. Einige Jahre später adoptierte er ihn. Arno starb 1964 mit 59 Jahren. Franke vermutet, dass in ihm durch den frühzeitigen Verlust seiner Angehörigen der Hang zur Beständigkeit erweckt worden sein könnte. 1962 gründete er ein Institut für Markt- und Sozialforschung, welches er bis 2013 leitete. Noch bis 2015 hielt er an seiner Leidenschaft, dem Marathon, fest.

Das Vorderhaus Rosenthaler Straße 68 überstand trotz erheblicher Beschädigungen als einziges auf dieser Seite eines Straßenabschnitts den schwersten Luftangriff, von dem Berlin in den letzten Kriegsjahren betroffen war.

Dagmar Jestrzanski



Dieter Franke: „Berlin Rosenthaler 68. Eine Kindheit in Krieg und Nachkriegszeit“, Helios Verlag, Aachen 2020, gebunden, 208 Seiten, 19,50 Euro

BILDBAND BRANDENBURGER DOM



Kirchenwunder der Mark

Ein exquisiter Bildband gibt kenntnisreiche und detaillierte Einblicke in den Dom zu Brandenburg

FOTO: LUTZ HANNEMANN

Wiege der Mark Brandenburg Als solche wird der auf der Dominsel der Stadt Brandenburg gelegene Dom Sankt Peter und Paul oft bezeichnet. Diesem großartigen Kirchendenkmal, das zu den frühesten monumentalen Bauten der nordeuropäischen Backsteingotik zählt, hat der Leiter des dortigen Dommuseums, Rüdiger von Schnurbein, einen faszinierenden Bildband gewidmet.

Großformatige Detailansichten erzählen von der Geschichte des 850 Jahre alten Bauwerks, das romanisch angelegt, in ein gotisches Gotteshaus umgewandelt, von Karl Friedrich Schinkel umgebaut wurde und in dem 1848/49 die Preußische Nationalversammlung tagte. Auch den Textilschatz „Brandenburger Hundertuch“ bekommt man dicht vor Augen geführt. **tws**



Rüdiger von Schnurbein: „Der Dom zu Brandenburg an der Havel“, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2021, Hardcover, 152 Seiten, 25 Euro

RELIGION

Von Adam und Eva bis zur Gegenwart

Auf fesselnde Weise erzählt der Theologe Jörg Lauster die Geschichte des Christentums und dessen Einfluss auf die Kultur des Abendlandes

VON DIRK KLOSE

Als diese „Kulturgeschichte des Christentums“ vor sechs Jahren erschien, erregte „Die Verzauberung der Welt“ wegen der beeindruckenden Darstellung eines derart komplexen Themas viel Bewunderung. Trotz des recht hohen Preises hat sie die vierte Auflage erreicht. Nun ist eine günstigere, broschiierte Ausgabe erschienen, die noch mehr Leser zu einem großen Leseabenteuer verleiten könnte.

Der Autor Jörg Lauster ist Professor für Theologie und Religionsphilosophie an der Universität Marburg. Sein Werk ist kein theologisches Buch, keine heilsgeschichtliche Darstellung. In nüchtern-historiographischer Diktion beschreibt er den Siegeszug einer monotheistisch geprägten Idee, die Europa wie keine andere durch fast zwei Jahrtausende geprägt hat und erst in unseren Tagen zu verblasen scheint. Fast ließe sich sagen, die Geschichte des Christentums ist die Geschichte Europas schlechthin.

Der Autor beginnt fast sprichwörtlich „bei Adam und Eva“, also beim ausgeprägten Sendungsbewusstsein des „Religionsstifters Jesu“. Dann zeigt er in chronologischer Abfolge, welche Kulturrevolution das frühe Christentum in der Antike bedeutete. Die lange Christianisierung Europas mündete in den Aufstieg des Abendlandes und in der Weltherrschaft des Paps-

tes. Renaissance und Reformation relativierten das Papsttum, ohne es allerdings ernstlich zu gefährden, ebenso wenig der die weltliche und christliche Pracht verbindende Barock. Erst im 19. und dann vollends im 20. Jahrhundert verliert das Christentum seine dominierende Stellung.

Lauster beschreibt beides, sowohl die großen kulturellen als auch politischen Leistungen des Christentums, wie sie sich in früher Staatenbildung und in der Förderung von Kunst und Wissenschaft zeigen, als auch entsetzliche Verfehlungen durch viele Jahrhunderte: die fanatisierten Kreuzzüge, die Hysterie von Schwärmern und Bußpredigern, die Inquisition, gnadlose Religionskriege und ebenso gnadlose Verfolgung religiöser Minderheiten, Kulturkämpfe und Antimodernismus.

Am Ende steht der Leser ebenso erschöpft wie hingerissen von so vielem extremen Auf und Ab einer Idee, die sich auf göttliches Gebot berief und doch zutiefst menschlich war – und ist.



Jörg Lauster: „Die Verzauberung der Welt. Eine Kulturgeschichte des Christentums“, C.H. Beck Verlag, München 2020, broschiert, 734 Seiten, 18 Euro

PSYCHOLOGIE

Die Leiden der Heranwachsenden

Ein Tübinger Förderverein hat psychisch erkrankte Kinder- und Jugendliche sowie deren Eltern oder Erzieher über ihre Erfahrungen befragt

VON SILVIA FRIEDRICH

Eine Ärztin und eine Studienrätin, die an einer Klinikschule arbeitet, ein Philosoph und Kinderarzt, der als Stellvertreter des Ärztlichen Direktors an einer Tübinger Kinder- und Jugendpsychiatrie tätig ist, haben zusammen ein Buch herausgegeben, das jeden, der sich in die einzelnen Berichte vertieft, zutiefst erschüttern wird.

Einblicke in die Erlebnisse

„Vögel im Kopf“ sind Geschichten aus dem Leben seelisch erkrankter Jugendlicher, die ihre Erlebnisse schildern. Ebenso zu Wort kommen Angehörige, Lehrerinnen und Mitarbeiterinnen der Jugendpsychiatrie. Entstanden ist das Werk aufgrund einer Befragung der jungen Patienten durch den Förderverein der Kinder- und Jugendpsychiatrie Tübingen Schirm e.V.

So wurden über 60 verbürgte Lebensabläufe aufgeschrieben. Die Betroffenen und ihre Angehörigen schildern in dem Buch, wie sie die psychischen Erkrankungen erlebt und durchlitten haben sowie welche Berg- und Talfahrten die Familien mit erkrankten Kindern und Jugendlichen meist bewerkstelligen müssen.

Es geht um Depressionen, Zwangshandlungen, Panikattacken, Ess- oder

Magersucht, wobei es den Herausgebern wichtig ist, die allgemeine Tabuisierung psychischer Erkrankungen aufzubrechen. Am Ende eines jeden Berichts, die sich alle durch eine nahegehende sprachliche Wucht auszeichnen, gibt es jeweils eine kurze Biographie des Berichtenden.

Die Tabuisierung aufbrechen

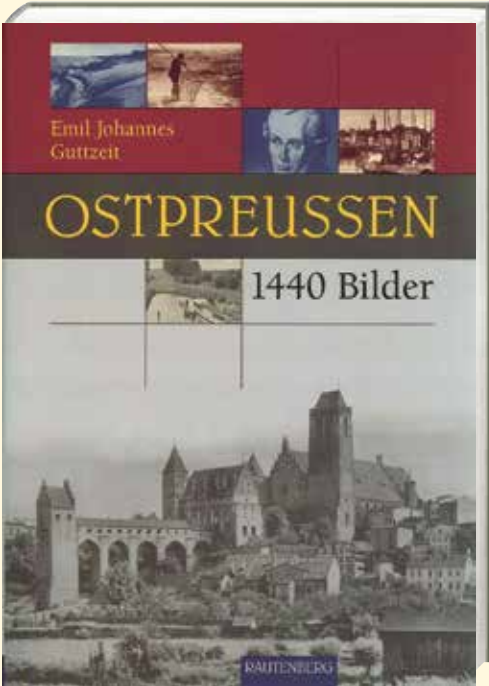
Psychische Erkrankungen seien etwas, was man habe und nicht etwas, was man sei, heißt es im Nachwort. Menschen mit psychischer Erkrankung seien nicht eins mit ihrer Erkrankung und dürften nicht darauf reduziert werden.

Wer ehrlich mit sich selbst ist, wird wahrscheinlich in der persönlichen Umgebung von ähnlichen Geschichten schon gehört, sie vielleicht selbst durchlebt haben.

Mit diesem Band gelingt es den Herausgebern, die Leiden der Heranwachsenden öffentlich zu machen, um ihnen auf diese Weise eine wichtige Stimme und Gehör zu verschaffen.



Bernd Gomeriger/Jessica Sängler/Ulrike Sünkel (Hg.): „Vögel im Kopf“, Hirzel Verlag, Zürich 2020, gebunden, 320 Seiten, 24 Euro



Emil Johannes Guttzeit

Ostpreußen in 1440 Bildern

Ostpreußen in 1440 Bildern ist ein einmaliges, umfassendes Werk. Es ist mit der Fülle seiner Bilder und seinem einführenden Text ein Ostpreußenbuch, das alle ostpreußischen Stadt- und Landkreise mit den Burgen des Deutschen Ritterordens, Städten, Dörfern, Adelsitzen, Straßen, Eisenbahnen, Kirchen, bemerkenswerten Gebäuden, Bauernhäusern, Denkmäler in Wort und Bild darstellt. Neben der Entwicklung der Städte werden geographische Grundlagen, geschichtliche Ereignisse, volkshundliche Besonderheiten und bedeutende Persönlichkeiten herausgestellt. Es ist ein dokumentarisches Buch über das deutsche Ostpreußen bis 1945, ein Werk über alle 1939 bestehenden Verwaltungskreise der Provinz in den vier Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen, Allenstein und Westpreußen wie es seit Jahrzehnten nicht vorgelegen hat. 732 Seiten.

Nr. P 1006 Gebunden mit Schutzumschlag 69,95 €



Kartenmappchen Ostpreußen

Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmappchen Königsberg u. ostpr. Städte

Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €

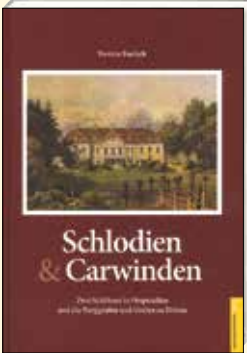


Daniel Stelter

Das Märchen vom reichen Land

Wie die Politik uns ruiniert
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1293 9,95 €

Wir leben in Deutschland in der scheinbar besten aller Welten, doch schon bald werden wir feststellen, dass wir nicht das reiche Land sind, das uns Medien und Politik glauben machen wollen. Denn der Boom der hiesigen Wirtschaft ist nicht unser Verdienst, sondern in erster Linie eine Folge der tiefen Zinsen, des schwachen Euro und des Verschuldungsexzesses im Rest der Welt. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssten die regierenden Politiker den aktuellen Aufschwung nutzen, um in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und somit in die Zukunft des Landes zu investieren. In seinem neuen Buch zeigt Daniel Stelter, einer der klarsten und profiliertesten Denker in Sachen Ökonomie auch konkrete Wege auf, wie wir dem Albtraumszenario entgehen können.



Torsten Foelsch

Schlodien & Carwinden

Zwei Schlösser in Ostpreußen und die Burggrafen und Grafen zu Dohna
412 Seiten/Gebunden
Nr. P A0861 69,80 €

Einzigartige Bilder und Geschichten aus der versunkenen Welt des ostpreußischen Adels und seiner Schlösser bietet die vorliegende Monographie über Schlodien und Carwinden im preußischen Oberland. Heute liegen diese Orte in der polnischen Woiwodschaft Ermland und Masuren und trotz der Kriegs- und Nachkriegszerstörungen finden immer wieder Touristen hierher und wandeln auf den Spuren verklungener Zeiten, auf der Suche nach den barocken Landschlössern und den Überresten ihres von Marion Gräfin Dönhoff vielfach beschriebenen patriarchalischen Mikrokosmos "Gutshof". Eingebunden in die vielschichtige, sehr weitläufige Geschichte der berühmtesten ostpreußischen Adelsfamilie, der Burggrafen und Grafen zu Dohna, wird hier die Bau- und Nutzungsgeschichte zwei ihrer wichtigsten Schlösser dokumentiert.

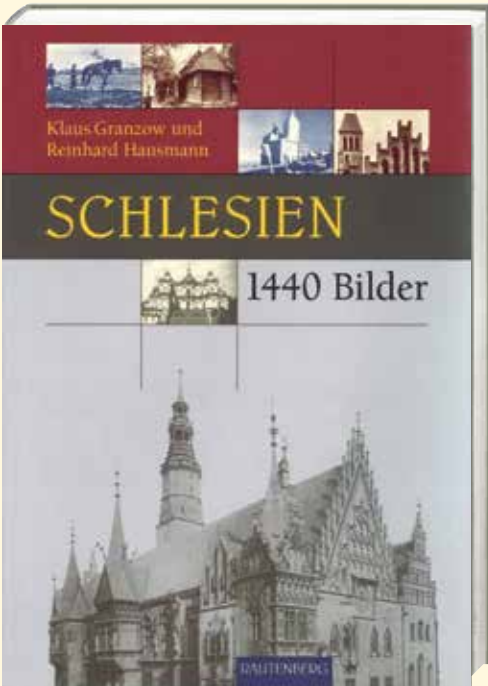


Sabine Henze-Döhring

Friedrich der Große Musiker und Monarch

256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1445 7,95 €

Friedrich der Große war nicht nur ein bedeutender Monarch, sondern gestaltete auch hingebungsvoll und professionell das Musikleben am preußischen Hof. Wie er es kontinuierlich auf Augenhöhe mit jenem der großen europäischen Kulturnationen brachte, das erzählt Sabine Henze-Döhring in ihrem unterhaltsam geschriebenen Buch. Die Autorin entwirft das Bild Friedrichs als Mars und Apoll – diese Sichtweise ist jedoch keine modernistische Neuschöpfung, sondern entspricht dem zeitgenössischen Konzept des Monarchen selbst. Pflege von Kunst und Kultur und insbesondere der Musik galt ihm nachgerade als ein Wesensmerkmal der Herrschaft eines guten Fürsten. So begegnen wir den Größen der Musikwelt des Barock und erfahren welch hohe Bedeutung der Musik seinerzeit auf internationalem Parkett zukam.



Klaus Granzow und Reinhard Hausmann

Schlesien in 1440 Bildern

Goethe nannte Schlesien – „ein zehnfach interessantes Land“ – und schrieb, dass es sich alleine wegen der Dominsel und ihrer Kunstwerke lohne, von Frankfurt zu Fuß nach Breslau zu gehen. Wer heute Schlesien – wie es war – noch einmal entdecken will, der wandere in diesem Band noch einmal von Seite zu Seite und von Bild zu Bild. Er wird erfahren, dass Schlesien nicht nur ein zehnfach interessantes Land ist, sondern sich in vielfältigen Formen der Schönheit darbietet. Jeder wird dabei „seinem Schlesien“; begegnen, denn jeder bewahrt ein anderes Bild seiner Heimat. Über 1400 Bilder wurden ausgewählt, so dass auf jeden Stadt- und jeden Landkreis viele Bilder entfallen. Im Textteil werden die einzelnen Landkreise und Städte mit ihren geographischen Grundlagen und geschichtlichen Ereignissen vorgestellt. Das Buch ist ein Zeugnis der schlesischen Landschaft mit ihren Städten, Dörfern, Kirchen und Gebirgen.

Nr. P 4001 Gebunden mit Schutzumschlag 69,95 €



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 18,95 €



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 23,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 64,00 €



Agnes Miegel

Wie ich zu meiner Heimat stehe

Beiträge in der Königsberger Allgemeinen Zeitung" 1926–1932
311 Seiten
Nr. P 5144 Geb. 9,95 €

Zum 1. Oktober 1926 wechselte Agnes Miegel von der „Ostpreußischen Zeitung“ als freie Mitarbeiterin zur „Königsberger Allgemeinen Zeitung“. Ihre Beiträge umfassten Begebenheiten aus dem Alltag, einfühlsame Natur- und Landschaftsbeschreibungen, interessante Reiseberichte und sachkundige Stadtführungen in ganz Deutschland – Artikel, die nahezu ausnahmslos in der anspruchsvollen Unterhaltungsbeilage der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ erschienen. Die Wiederentdeckung dieser wertvollen Zeitungsbeiträge bedeutet für die Literaturwissenschaft eine kleine Sensation, für die Leser und Verehrer Agnes Miegels ein ganz besonderes Lesevergnügen.

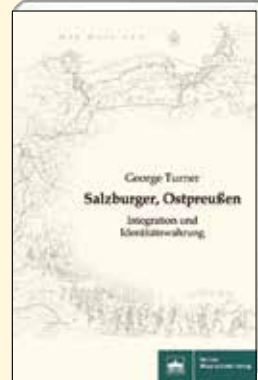


Gerhard Greß/Jörg Petzold

Ostpreußen und seine Verkehrswege

Teil 2 ab 1945

In den Jahren 1989/90, als die Menschen den „Eisernen Vorhang“ überwandten und die 1949 entstandenen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR wieder zu einem Deutschland zusammenfanden, kam uns gedanklich auch jenes Land wieder näher, das Stalin 1945 zur einen Hälfte Polen und zur anderen seiner Sowjetunion zugeordnet hatte. Die Westmächte billigten dieses Vorgehen nur widerstrebend, weil sich dadurch eine weitere menschliche Katastrophe abzeichnete: die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die zu den folgenschwersten Ereignissen der Geschichte zählt. Viele Vorstellungen verbinden sich noch heute mit dieser einst östlichsten deutschen Provinz. Durch seine wunderschönen Landschaften, tiefdunklen Wälder, unzähligen Seen und schattigen Baumalleen an den Chausseen wurde es zum Begriff für verlorene Heimat und Sehnsucht. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, spielen in diesem Standardwerk die großen und kleinen Bahnen sowie die sonstigen Verkehrswege wie Straßenbahnen und die Schifffahrt eine wichtige Rolle. Auch dieser Teil 2 führt Sie mit seltenen Fotografien durch ein Gebiet, das bis heute nichts von seiner landschaftlichen Schönheit und seinem magischen Reiz verloren hat... ca. 350 seltene Aufnahmen.
216 Seiten
Nr. P A1383 Gebunden 49,95 €



George Turner

Salzburger, Ostpreußen

Integration und Identitätswahrung
128 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1187 19,95 €

Professor Turner widmet sich den Lebensverhältnissen der „Salzburger“ in der Zeit 1732–1944/45 in Ostpreußen und deren Versuch, den Zusammenhalt trotz des Auseinanderdriftens in unterschiedliche Länder nach 1945 zu fördern. Wie ein roter Faden ziehen sich dabei die Themen „Integration“ und „Bewahrung der Herkunft“ durch die einzelnen Kapitel. Es zeigt sich, dass in der bisherigen Darstellung des Schicksals der „Salzburger“ manches sehr summarisch, gelegentlich auch zu euphorisch behandelt wurde. Das gilt vor allem für ihr Verhältnis zu der bereits im Siedlungsgebiet ansässigen Bevölkerung. Auch wenn die vorliegende Darstellung viele Aspekte berücksichtigt, das Thema „Salzburger und Ostpreußen“ ist noch längst nicht abgeschlossen.



Echt Stonsdorfer
Frucht-Kräuter-Likör
32 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5700 12,95 €



Sonderpreis
€ 23,45 € 19,90

Kurfürstlicher Magenbitter
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5687 19,90 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 21,45 €



Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Sonderpreis
€ 18,95 € 16,50

Der Redliche Preuße
Ostpreußischer Weißer
33 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5698 16,50 €



Sonderpreis
€ 19,95 € 18,95

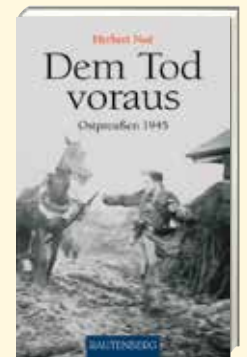
Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 18,95 €



Schüttboden Herrenkummel
Schlesischer Kümmelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5675 20,95 €



Einer geht noch
Reiner Klarer
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5690 18,95 €



Herbert Noé

Dem Tod voraus Ostpreußen 1945

Ein Zeitzeugenbericht.
67 SW-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsm Monaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 23,45 €



Kirchwin Magen-Bitter
Magen-Bitter
40 % vol., Flasche 0,5 Liter
Nr. P 5678 17,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 23,45 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsischer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

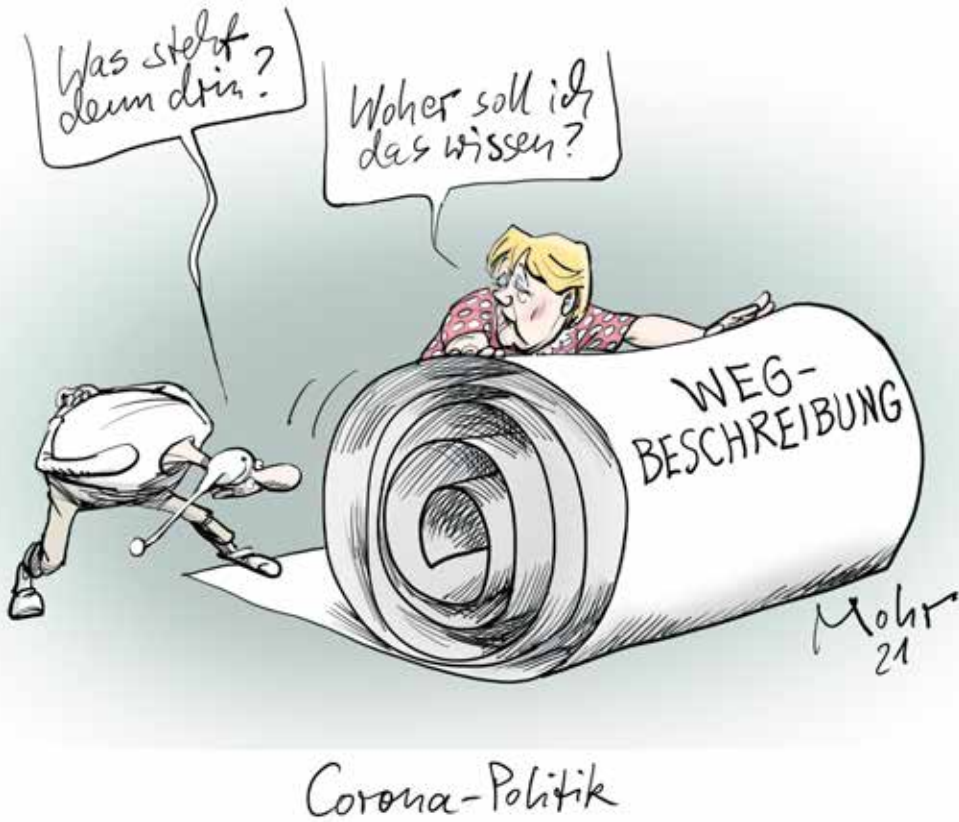
BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Was mit unseren Steuermitteln so alles finanziert wird! Wie die Berliner „B.Z.“ unter Berufung auf Polizeikreise berichtet, waren zwei linksextreme mutmaßliche Bombenbauer bei staatlich bezuschussten Vereinen zum „Kampf gegen rechts“ engagiert. Die beiden stehen im Verdacht, eine Bombe im Innenhof eines Berliner Hauses gezündet zu haben. Einer der beiden versuchte zu fliehen, wurde festgenommen. Den Zweiten griffen die Beamten in einer Wohnung auf, in der sich Utensilien zum Bau von Sprengsätzen befanden. Einer der Männer engagiert sich offenbar bei der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“, die mit Steuergeldern bezuschusst wird. Die Verdächtigen Claudio C. und Gregor D. sind dem Vernehmen nach Politikwissenschaftler. Die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) löste 2011 Empörung bei Rot-Rot-Grün aus, weil sie nur Gruppen für die Bekämpfung des Rechtsextremismus fördern wollte, die ihre Verfassungstreue erklärten. Diese Klausel wurde inzwischen getilgt. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Für den Europarechtler Frank Schorkopf ist im Impfdesaster auch die empfindliche Schwächung der EU durch den Brexit offenbar geworden, wie er gegenüber „Spiegel online“ (29. Januar) feststellt:

„Wir haben es hier im Prinzip mit einer unmittelbaren Folge des Brexits zu tun: Dass die EU nun eben nicht mehr den gesamten europäischen Wirtschaftsraum im Griff hat, wird uns hier schmerzlich bewusst. Die EU hat einen Machtverlust erlitten, und das bekommt sie jetzt zu spüren.“

Der Schweizerische Schriftsteller und Dichter Jürg Halter stellt sich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (28. Januar) gegen Missverständnisse der Emanzipation:

„Ich bin für Gleichberechtigung, nicht für Gleichmacherei. Wenn man heute sagt, auf hundert Metern seien die Männer immer schneller gerannt als die Frauen, dann kann man in gewissen Kreisen bereits in Teufels Küche kommen, obwohl es sporthistorisch doch nichts zu bestreiten gibt. Das geht für mich in Richtung alternativer Fakten.“

Gunnar Schupelius gibt in der Berliner „B.Z.“ (3. Februar) Alarm, weil ein Massensterben im Einzelhandel nur noch durch umgehende Öffnung der Geschäfte, allerspätestens Anfang März, zu verhindern sei:

„Diese Probleme haben ein Ausmaß erreicht, das bei näherem Hinsehen nur noch Angst machen kann. Ich treffe täglich mit Unternehmern, Geschäftsführern und Handwerksmeistern zusammen, die vor zwei Monaten noch optimistisch zu sein versuchten. Das haben sie verlernt. Es geht nicht mehr.“

Im „Hamburger Abendblatt“ (9. Februar) zieht Matthias Iken eine bittere Bilanz der Schulpolitik in der Corona-Krise:

„Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Kinder und Familien in diesem Land keine Lobby haben – Corona hätte ihn erbracht ... Einmal mehr sollen geschlossene Schulen das Versagen in anderen Bereichen kaschieren und Handlungsstärke demonstrieren.“

● WORT DER WOCH

„Freiheit, die ihre Ungefährlichkeit beweisen muss, ist abgeschafft ... Wenn jeder Todesfall an, mit oder wegen Corona als Versagen der Politik, als ethisches Versagen einer solidarischen Gesellschaft betrachtet wird, darf die Verbotspolitik prinzipiell niemals enden.“

Hinnerk Wißmann, Staatsrechtexperte, in der „Welt“ (9. Februar)

DER WOCHENRÜCKBLICK

Stolpernde Schranzen

Woran Merkels Personalauswahl so unerwartet scheitert, und warum uns ein Juso nicht interessiert

VON HANS HECKEL

In Berlin bricht langsam Panik aus. Es ist dermaßen viel verbockert worden, dass selbst die pflichtbewussten Staatsmedien das epochale Versagen nur noch mit Mühe unter den Teppich ihrer „kritischen Berichterstattung“ kehren können. Sogar die Kanzlerin gerät ins Schwitzen und keilt in ihrer Not ausgerechnet gegen ihren treuen Wirtschaftsminister Peter Altmaier aus. Der hatte auf seiner Flucht vor der Verantwortung versucht, die Schuld für die Misere mit den „November-“ oder „Überbrückungs-Hilfen“ den Landesregierungen zuzuschieben.

Die gingen sofort in die Luft. Schließlich sei es Altmaiers Haus, das die Programmierung der Zahlungsmechanismen nicht hinbekomme. Darauf zog Merkel den Kopf ein, statt sich vor ihren Minister zu stellen, und bemerkte ebenfalls spitz, dass sie nicht verstehe, „dass da immer noch programmiert werden muss“. So geht es munter hin und her, drunter und drüber, während draußen im Land die Unternehmen absaufen.

Merkel kommt jetzt ihre eigene Personalauswahl in die Quere, was erstaunen muss. Die Kanzlerin selbst am allermeisten: Schließlich hat ihr System anderthalb Jahrzehnte lang glänzend funktioniert. Überall Ja-Sager und blasse Hofschranzen hinsetzen, die niemals allein auf den Beinen stehen könnten – ohne die Stütze der Chefin also. Solche Leute werden der Führung nie gefährlich und haben immer nur die Meinung, die am Kopfe des Tisches vorgegeben wird, denn sie wissen: Sobald ihnen die Huld ihrer Herrin verloren geht, sind sie geliefert.

Allerdings geht das nur solange gut, wie nicht jeder Einzelne gefordert wird und an seinem Platz kompetent zupacken muss, weil das Problem so groß und vielschichtig geworden ist, dass jeder gebraucht wird und Schlafmützigkeit unentrinnbar auffliegt. Genau das aber ist mit der Corona-Krise eingetreten.

Hinzu kommt, dass sich Inkompetenz, dem Gesetz vom Fisch, seinem Kopf und dem Gestank folgend, von der Spitze eines Organismus irgendwann nach unten durchfrisst. Das gilt natürlich auch für ein Wirtschaftsministerium, wo sie dann auf der Arbeitsebene nicht einmal mehr in der Lage sind, ein Rechnerprogramm in die Spur zu bringen.

Das Gleiche erleidet Merkel von Seiten der EU, wohin sie ihren Schützling Ursula von der Leyen bugsiert hat, nachdem die Frau

schon die Bundeswehr zerrüttet hatte. Von der Leyens Leistungen im Wehressort hatten die Kanzlerin so sehr überzeugt, dass sie sich sagte: Die Frau ist dermaßen panne, die kann ich von Berlin aus fernsteuern. Und wenn sie scheitert, bin ich's nicht gewesen. Perfekt!

Beim Impfen ist der Trick jedoch fehlgeschlagen. Denn bedauerlicherweise sickerte Merkels Rolle beim Wegschieben der Verantwortung für den Impfstoff-Kauf zur Öffentlichkeit durch. Nun hat sie den Schaden selbst und kann nicht einmal jemand anderen opfern.

Himmel noch mal, wie kommt man da nur wieder raus? Nicht verzagen: Immer wenn du glaubst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Diesmal kommt es von Merkels Lieblingspartei, den Grünen. Deren Fraktionschef Anton Hofreiter zeigt einen Ausweg aus dem Schlamassel, der sich in der Geschichte schon eindrucksvoll bewährt hat: Maximal absurder Größenwahn!

Hofreiter hat erkannt: Scheitern im Kleinen und Konkreten fällt den Leuten auf, weil sie genau überschauen können, was läuft – oder, um genauer zu sein: was eben nicht läuft. Dann hagelt es Fragen, dann gibt es Kritik, ganz schrecklich.

Drehst du aber das ganz große Rad, verlieren die Bürger den Überblick. Dann sind sie wieder still, und darum geht es dem Politiker schließlich: Das „Volk“ stört nur und soll den Rand halten.

So also stellt Hofreiter erst einmal fest, „dass uns überhaupt nicht geholfen ist, uns beim Impfen nur auf Europa zu konzentrieren“. Stattdessen müssten wir „weltweit impfen“, und Deutschland müsse das „mit auf den Weg bringen“, tut der Grüne in der „Welt“ kund. Ein Land also, dessen Gesundheitsämter in Zettelkästen wühlen und das nach anderthalb Monaten Impferei bei der Zahl der Geimpften weiter im unteren einstelligen Prozentbereich – weit abgeschlagen im internationalen Vergleich – vor sich hin murkelt, soll die Impfung der ganzen Menschheit „mit auf den Weg bringen“. Sonst bringt es nichts.

Wer das für bare Münze nimmt, der kann nur resignieren. Danach fällt jede Wut auf das Impfversagen der Bundesregierung von ihm ab, denn er „erkennt“: Es hat ohnehin keinen Zweck. Das mit der ganzen Welt kriegt eh keiner hin, also ist alles egal. Lassen wir sie in Ruhe weiterstümpfern in Berlin und Brüssel.

—
Anton Hofreiter zeigt einen Ausweg aus dem Schlamassel, der sich historisch bewährt hat: Maximal absurder Größenwahn!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de